

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 14. Januar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Tabakfabriksteuer.

II.

Die Beweisführung, daß die Tabakarbeiter durch die Zollerhöhung nicht geschädigt sind, baut sich in der Begründung der Vorlage auf folgende Ziffern auf: 1875 waren in Deutschland 110 891 Tabakarbeiter beschäftigt. 1882 wurden 113 396 Tabakarbeiter gezählt. Es war also in dieser Periode, in die die Zollerhöhung fällt, keine Verminderung der Arbeiter eingetreten. Das Bild wäre aber auf jeden Fall ein ganz anderes gewesen, wenn 1878 und 1880 gezählt worden wäre. Wie der normale Zugang zum Gewerbe ist, zeigt die Zählung von 1895, als 153 080 Tabakarbeiter in Deutschland gezählt wurden. Die 13 Jahre zeigen also einen durchschnittlichen Zugang von 3052 Köpfen pro Jahr. Stellt man einen solchen auch für die Jahre 1875 bis 1879 ein, dann gab es 1879 123 000 Tabakarbeiter. Rechnet man, daß auch 1880 bis 1882 einen solchen Zugang gehabt haben, dann hätten 1882 132 000 Tabakarbeiter sein müssen. Es waren aber nur 113 000. Die fehlenden 19 000 das sind die Opfer, die 1879 auf der Strecke blieben oder zum größten Teil ins Ausland gebrängt wurden.

Diese Zahlen haben aber wenig Bedeutung. Denn die Mehrheit der arbeitslos werdenden Zigarrenarbeiter ging nach Amerika, wo sie bei der damals steigenden Konjunktur gut bezahlte Arbeit fanden. Schlimmer erging es den Arbeitern, die zurückblieben.

Nach den Büchern von 15 der größten Zigarrenfabrikanten Hamburgs ließen diese 1878 100 760 Mille Zigarren anfertigen und zahlten hierfür einen Lohn von 1 831 334 M., also durchschnittlich pro Mille 18,17 M. Die Motive behaupten zwar, daß man Hamburg und Bremen nicht zum Vergleiche heranziehen kann, weil diese Städte 1879 noch Freihafengebiet waren und daher nicht vom Zoll getroffen wurden. Wenn hier aber von Hamburg und Bremen die Rede ist, dann ist nicht die Stadt, sondern das Wirtschaftsgebiet gemeint. Jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß um jene Zeit der größte Teil der Hamburger Zigarrenarbeiter in Ottenfen oder der Zollvereinsniederlage arbeitete, und der größte Teil der Bremer Zigarrenarbeiter in den Fabriken vor dem bunten Tor, in Hemelingen, Verben, Burgdamm und anderen zum Zollgebiet gehörenden Fabriken arbeitete. Dieselben Fabrikanten, die 1878 in Hamburg und Umgebung 14 bis 40 M. pro Tausend an Lohn zahlten, verlegten ihre Fabrikation nach Westfalen, Thüringen, Hessen usw. und zahlten dort für dieselben Sorten 5 bis 12 M. pro Tausend. Sie konnten also dieselben Zigarren für denselben Preis liefern. Da durchschnittlich 8 Mille Tabak zu tausend Zigarren gebraucht werden, betrug die Zollerhöhung 4,88 M. Der Lohnabzug war so groß, daß hieraus nicht nur die Zollerhöhung, sondern auch die anderen Spesen, die aus der Verlegung der Fabriken entstanden, gedeckt wurden. Daraus erklärt sich das Rätsel, daß 1879 die Zollerhöhung keinen Konsumrückgang an Zigarren brachte. Anders stand es mit dem Pfeifentabak. Hier konnte die Steuererhöhung den Arbeitern nicht vom Lohne abgezogen werden. Da trat denn der plötzliche Rückgang im Konsum ein.

Die Leidensgeschichte der Tabakarbeiter ist nicht aufgeschrieben und nicht poetisch dargestellt. Sicher ist, daß Dichter in den Familien der Tabakarbeiter Stoff für Dramen hätten finden können, der richtig bearbeitet mindestens so ergreifend wirken könnte wie Hauptmanns „Weber“. Wie auf dem Disdorfer Friedhofe bei Hamburg einfache Grabdenkmäler von der verheerenden Wirkung der Cholera im Jahre 1892 Kunde geben, aber nicht die Leiden schildern, die tausende Familien ertragen haben, ebenso lassen auch einzelne statistische Zahlen auf die Leiden der Tabakarbeiter schließen. Es kam nach Annahme der Zollerhöhung 1879 zwar nicht vor, daß den Hamburger Zigarrenarbeitern gesagt wurde, daß sie das Tausend Zigarren 4—5 M. billiger liefern müßten, wenn sie noch ferner Arbeit behalten wollten. Abwehrstreik gab es nicht, denn Bismarck hatte ja durch das Sozialistengesetz dafür gesorgt, daß die Arbeiter stillhalten mußten. Aber der direkte Lohnabzug war nur der Anfang. Die Industrie wanderte aus. Hamburger und Bremer Fabrikanten nach Westfalen, aber den Hauptanziehungspunkt bildete Baden.

Ueber die Löhne in Baden berichtete der Gewerbeinspektor Wörriehoffer in seinem Buch: „Die soziale Lage der Zigarrenarbeiter im Großherzogtum Baden.“ 1889. S. 51: „Für die Zigarrensorten, wie sie hier den ganz überwiegenden Teil der Produktion bilden, wird 4,60 bis 5,80 M. pro 1000 Stück bezahlt. Nur an einigen Orten stehen die normalen Preise bis zu 20 und 40 Pf. für die genannte Menge niedriger, und außerdem wird den Lehrlingen wegen des Verdienens von Tabak etwa ein Jahr lang ebenfalls ein geringerer Preis als der übliche bezahlt.“ Er berichtet weiter, daß vereinzelte Sorten gemacht werden, wofür 7 M. bezahlt werden. Wird man den Durchschnittslohn ausrechnen, dann bleibt er unter 5 M. pro Tausend, ein Lohn, der hinter den Löhnen, die in Altona im Gefängnis gezahlt werden, zurückbleibt. Denn der Fabrikant, der dort die Arbeitskraft der Gefangenen gekauft hatte, zahlte 6 M. pro Tausend. Rechnet man für Baden einen Durchschnittslohn von 4,35 M. pro Tausend und 1,65 M. für die Jurichtung des Tabaks, dann ergibt er 6,00 M. pro Tausend, also 11,57 M. weniger als 1878 von Hamburger

Fabrikanten gezahlt wurde. Die Lohn Differenz in Deutschland war eine so große, daß durch Verlegung der Produktion die Mehrausgaben für Zoll und Steuer am Arbeitslohn gespart werden konnten.

Die hauptsächlichste Auswanderung aus dem Norden fällt in die Jahre 1880 und 1881. Wie groß dieselbe war, läßt sich nicht feststellen, weil 1878 keine Gewerbezahlung stattfand. Aber sie wirkte auch später noch, das ergeben die Zahlen von 1882 und 1895. Wie bereits oben erwähnt, muß man bei Hamburg Ottenfen und andere Orte Schleswig-Holsteins, bei Bremen Zeile Hannovers und Oldenburgs mitzählen. In der Anlage 11 der Vorlage werden die Zahlen der Tabakarbeiter in den einzelnen Landesteilen mitgeteilt, aber es sind immer nur ganze Länder und Provinzen angegeben, wodurch das Bild getrübt wird. Denn das südliche Hannover und das südliche Oldenburg waren Einwanderungsgebiete, weil auch dort niedrige Löhne gezahlt werden. Aber doch war die Abwanderung im Norden Hannovers und Oldenburgs noch größer als die Zuwanderung im Süden, und doch geben die Zahlen noch folgendes Bild:

Es wurden Tabakarbeiter gezählt:

	1882	1895
Schleswig-Holstein . . . . .	4 380	3 651
Hannover . . . . .	5 925	5 544
Mecklenburg u. Oldenburg . . . . .	1 066	1 493
Hansestädte . . . . .	5 888	4 802
	17 868	15 490

Obwohl in der Periode 1882/95 nur die Nachwehen und die beginnende Wiederbelebung fallen und in den genannten Gebietsteilen auch solche Orte liegen, die wegen der niedrigen Löhne aufgesucht wurden, so ist doch eine Abnahme von 2378 Arbeitern zu verzeichnen. Wie sah es aber in den Gebieten mit ausschließlich niedrigen Löhnen aus? Hier kommen in erster Linie Baden und Westfalen in Betracht. Dort traten folgende Veränderungen ein:

	1882	1895
Baden . . . . .	15 705	28 698
Westfalen . . . . .	9 127	15 117
	24 832	43 815

Diese beiden Gebiete zeigen also eine Zunahme von 18 483 Arbeitern. Da die Lohn Differenz für 1000 Zigarren zwischen Hamburg und Baden 11,57 M. betrug und jeder Arbeiter durchschnittlich pro Woche 1500 Zigarren macht, so kann man ermessen, wieviel der Mehreinnahmen des Reichs aus Tabakzoll und Steuer aus den Minderausgaben für Arbeitslohn gedeckt wurden. Baden hat seine Anziehungskraft für Zigarrenfabrikation behalten. 1907 arbeiteten in den der Fabrikinspektion unterstellten Fabriken 30 085 Arbeiter. Hierzu kommen noch die Hausarbeiter. Die Kinder des Glendes, als solche darf man die Tabakarbeiter bezeichnen, haben es in den letzten Jahren durchsehen können, daß ihre Löhne etwas aufgebessert wurden. Die Durchschnittslöhne betragen nach den Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften:

1903 . . . . .	531 M.
1904 . . . . .	543 "
1905 . . . . .	553 "
1906 . . . . .	575 "
1907 . . . . .	601 "

Der Durchschnittsverdienst aller versicherten gewerblichen Arbeiter betrug 1907 950,7 M. Die Tabakarbeiter haben also 349 M. weniger als der Durchschnittsarbeiter.

Der sachverständige Verfasser der Motive denkt, etwas können die Tabakarbeiter von den eroberten Lohnsteigerungen wieder hergeben. Sie sind in den letzten Jahrzehnten so ans Hungern gewöhnt, daß sie gar zu üppig leben und mit ihren 2 M. Tagesverdienst verschwenderisch werden. In der Begründung zu § 5 wird es zwar ganz verschämt ausgedrückt. Es heißt auf Seite 47 der Motive:

„Die Abwälzung der Steuer wird sich, soweit letztere nicht durch Vereinfachung oder Verkleinerung der Form u. a. ausgeglichen werden kann, bei der Erhöhung der Steuerlast durch Erhöhung der derzeitigen Kleinverkaufspreise um ganze und halbe Pfennige leicht ermöglichen lassen.“

In erster Reihe steht also die Vereinfachung der Form. Zasson, wofür man niedere Arbeitslöhne zahlt, sollen eingeführt werden. Gewiß macht die sogenannte schräge Zasson dem Arbeiter, der sonst nur sogenannte Schlanks gemacht hat, große Schwierigkeiten. Hat er sich aber eingearbeitet, dann macht er eben so viel von den Zigarren mit schräger Zasson als er sonst von schlanker Zasson gemacht hat. Weil der Lohn etwas höher ist, verdient er nun mehr als er sonst verdient hat. Die Rückkehr zu der einfacheren schlanken Zasson hat nun den Effekt, daß er weniger verdient. Die besseren Arbeiter verdienen nur so lange mehr, als sie ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeit haben. Gibt man dem Arbeiter, der die teuersten Sorten für den höchsten Lohn gemacht hat, die billigsten Sorten zu machen, dann bleibt er mit seinem Verdienste hinter dem schwächsten Arbeiter zurück, weil er zwar schönere Zigarren als sein sonst sehr schwacher Kollege macht, aber der sonst gute Arbeiter macht weniger und verdient dann auch weniger als der Durchschnittsarbeiter.

Besonders gefährlich für die Tabakarbeiter ist die „Gerechtigkeit“ in dem Gesetz. Es klingt ja sehr schön, wenn man sagt, daß die Leute, die teurere Zigarren rauchen, auch höhere Steuern zahlen sollen. Man will nicht die in Amerika angewandte brutale Gleichheit. Aber auf

Seite 121 Anlage 21 wird mitgeteilt, daß auch Amerika während des Krieges 1864, eine ähnliche Steuerquote gehabt hat. Aber das Gesetz vom 30. Juni 1864 wurde schon am 3. März 1865 wieder außer Kraft gesetzt. Auf dem Papier hat das Gesetz acht Monate bestanden, aber Kenner der Verhältnisse wissen, daß es nie durchgeführt ist und nur darum acht Monate formell bestanden hat, weil das Repräsentantenhaus nicht versammelt war, um das Ungetüm aus der Welt zu schaffen. Wirklich angewandt würde das Gesetz den Erfolg gehabt haben, daß Lohnsteigerungen mit Steuererhöhungen bestraft und Lohnabzüge mit Steuererlass belohnt worden wären. Die Reaktion, die man in Deutschland mit dem Worte Sozialpolitik treibt, trieben die Junkers nicht, aber ein so arbeiterfeindliches Gesetz wagten sie nicht durchzuführen. Die in der Vorlage in Aussicht genommenen Steuererhöhungen von 4, 8, 16 und 32 M. pro Tausend Zigarren sind doch so exorbitant, daß alle Mittel angewandt werden, um den Uebergang in eine höhere Steuerklasse zu hindern. So würde z. B. eine gangbare Sorte, 3 Stück 20 Pf., also pro Tausend 66 2/3 M. in der zweiten Klasse Zigarren im Preise von über 4 Pf. bis 7 Pf. das Stück 8 M. Steuern kosten. Der einfache Steueraufschlag würde den Preis auf 74 2/3 M. und damit die Zigarren in die nächste Steuerklasse mit 16 M. Steuern bringen und deren Preis auf 82 2/3 M. erhöhen. Das werden Fabrikant und Händler zu verhindern suchen. Sie müssen also auf Mittel sinnen, die 74 2/3 M. für 1000 Stück auf 70 M. herabzudrücken. Auf zwei Wege weisen die Motive hin, etwas Tabak und etwas Arbeitslohn zu sparen. Eine Mark Lohn pro Tausend weniger bedeutet für den Zigarrenarbeiter, der 1500 pro Woche macht, einen Lohnausfall von 78 M. pro Jahr. Er wird also das einbüßen, was er sich in den letzten 10 Jahren erobert hat und auf einen Jahreslohn von 523 M. kommen. Es müßten nun noch 3 2/3 M. an Tabak, Ausstattung und vielleicht Verdienst der Kleinhändler und Fabrikanten gespart werden. Im Anfang der Geltungsdauer des Gesetzes wird der Lohnabzug schon durchzudrücken sein, da eine bedeutende Arbeitslosigkeit eintreten wird, weil viele Raucher etwas einlaufen werden und nach Inkrafttreten des Gesetzes die Nachfrage sinkt. Die Arbeiter können sich später aber den Lohnabzug nicht zurückerobert, weil mit der Preissteigerung von einer Mark eine Steuererhöhung von acht Mark eintreten würde. So wird das „gerechte“ Steuergesetz eine Reichsprämie für Lohnabzüge und ein Strafgesetz für Lohnsteigerungen.

## Arbeitslosigkeit und Taktkultur.

Die Debatte über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nahm am Mittwoch noch den größten Teil der Sitzung des Abgeordnetenhauses in Anspruch. Das irgend etwas dabei herausgekommen ist, wird selbst der begierigste Anhänger des Dreiklassenparlaments nicht zu behaupten wagen. Das ist auch kein Wunder, wenn man in Betracht zieht, daß eine Anzahl von Rednern sich zwar in die Diste hatten einzeln lassen unter dem Vorwand, zur Frage der Arbeitslosigkeit zu reden, während sie in Wirklichkeit ihre Redefreiheit zu Angriffen auf die Sozialdemokratie benutzten, deren Vertreter dann durch den gewaltsamen Schluß der Debatte die Möglichkeit einer Erwidrerung abgeschnitten wurde. Das Ergebnis der Abstimmung war die Ablehnung des freisinnigen Antrages auf schleunige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten zur Hebung des Arbeitsmarktes. Dagegen wurde der Antrag des konservativen Innungsmeisters N a h a r d t betreffend die schleunige Vergebung öffentlicher Arbeiten angenommen.

Von den Rednern, die am Mittwoch zu Worte kamen, wollte Abg. Graf R a n i h (L.) eine Verpflichtung des Staates zur Unterstützung der Arbeitslosen überhaupt nicht anerkennen, weil dann ja auch die ländliche Bevölkerung die Lasten tragen müßte. Ueberhaupt legte Graf R a n i h auch in dieser Rede wieder ein ganz einseitiges Interesse für die Landwirtschaft an, den Tag für ihn handelt es sich weniger um einen Arbeitsmangel, als um eine ungenügende Verteilung der Arbeiter, und zwar schiebt er das darauf, weil Berliner Arbeitslose sich weigern, in die ostelbische Junkerslaverei zu gehen! — Genau so agrarisch zeigte sich der Zentrumsführer Graf S t r a c h w i t z, der die Lasten der Arbeitslosenversicherung den Arbeitern, den Arbeitgebern und den großen Städten aufhalsen und am liebsten die Freizügigkeit beiseite schiebt. Diesen Agrariern reichte sich als Sachwalter der Großindustriellen des Reichs der Nationalliberale H a a r m a n n würdig an, der des langen und breiten über das durch die Versicherungsgesetze angeblüht erzeugte Simulantenlumpen jammerte, die Arbeiterfürsorge der Großindustriellen über den grünen Klee lobte und gegen die Sozialdemokraten wetterte, obwohl er wußte, daß nach seiner Rede S c h l u ß gemacht werden sollte! Ritterlich kann man eine solche Art des Kampfes gerade nicht nennen.

Lebhafter gefeiert wurde die Aufmerksamkeit des Hauses durch den zweiten Punkt der Tagesordnung, die Interpellation R o e r e n (S.) und Genossen über die Verhinderung der Schauspielung nader Personen. Die sogenannten Schönheitsabende haben es dem frommen Verächter für Sittlichkeit angean, und mit derselben Tapferkeit, mit der er einst im Reichstage für die Rex Prinze gekämpft hat, zieht er jetzt im Landtage gegen die Radkultur zu Felde, wobei er nach alter Gewohnheit das Kind mit dem Bade ausschüttelt. Die Darbietungen von Fräulein Olga Desmond, die übrigens der Sitzung als Zuhörerinnen beizuwohnen, bezeichnet er als „Schamlosigkeit eines naden

**Die Insertions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg. für vollst. und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Tarife für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
Telegraphisch-Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“.



Krauzenimmers", und er fordert, daß die Polizei dagegen einschreite.

Weit verständiger als Herr Roeten zeigte sich der Minister des Innern, Graf Nolke, der ausdrücklich in Abrede stellte, daß es Aufgabe der Polizei sei, die Menschen zu besseren Sitten zu erziehen, im übrigen aber gegen die Schönheitsabende einschreite, weil es sich seiner Ansicht nach nicht um künstlerische Veranstaltungen handelt. — Man kann darüber ja geteilter Ansicht sein; unserer Meinung nach hat sich die Polizei um derartige Darbietungen überhaupt nicht zu kümmern, ebensowenig wie wir ihr ein Zensurrecht zugehen können. Auf keinen Fall hat der Minister die scharfen Angriffe verdient, die namentlich der konservativen Redner suchte es so darzustellen, als ob der Minister durch den Einfluß maßgebender Persönlichkeiten gehindert werde, zu sagen, was er sagen will — ein Vorwurf, den der Minister sofort entschieden zurückwies. So belanglos dieser Zwischenfall auf den ersten Blick auch scheinen könnte, so ist es doch nicht ausgeschlossen, daß hinter dem konservativen Angriff mehr steckt. Vielleicht handelt es sich um einen mit voller Absicht unternommenen Vorstoß. Die Zeit wird es sehen.

Nachdem noch ein nationalliberaler und ein freikonserverativer Redner im Sinne des Interpellanten gesprochen hatten, wurde die Besprechung vertagt. Wann sie fortgesetzt wird, läßt sich heute noch nicht übersehen.

In der nächsten Sitzung, am Montag, beginnt die Etatsberatung.

## Der württembergische Etat.

Witter rächt sich die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches, die agrarische Zollgesetzgebung, die weltpolitische Abenteuerpolitik, verbunden mit einem alles Maß übersteigenden Wettstreit zu Wasser und zu Lande, an den Finanzen der Einzelstaaten. Der am Montag im „Staatsanzeiger für Württemberg“ veröffentlichte zweite Teil des Begleitvortrages des Finanzministers zum Entwurf des Finanzgesetzes und des Hauptfinanzetats für die Finanzperiode vom 1. April 1909 bis 31. März 1911 läßt klar erkennen, wie verheerend das persönliche Regiment, getragen von dem Eigennutz der Junker und der Profitgier der Schlot- und Kohlenbarone, wirkt. Die Finanzen der Einzelstaaten geraten in die größte Unordnung, obgleich die Steuerkraft der Bewohner bis auf äußerste angestrengt wird. Kulturelle Aufgaben können nicht erfüllt werden, die wirtschaftliche Entwicklung wird unterbunden, die Krise verlängert und vertieft, Arbeitslosigkeit und Not gesteigert.

Wie bereits gemeldet, sieht der württembergische Etat für 1909 einen Bedarf von 67 475 396 M., für 1910 einen solchen von 69 197 128 M. vor. Die Mehrausgaben gegenüber 1908 betragen fürs erste Jahr 5 749 673 M., für das zweite Jahr 7 471 405 M. An Mehreinnahmen sind nur vorgesehene im ersten Jahre rund 1 1/2 Millionen Mark, im zweiten Jahre 3,78 Millionen Mark. Für den Mehrbedarf fallen hauptsächlich ins Gewicht die Bedürfnisse der Staatsschuld, der Pensionen, der Departements sowie die Leistungen für das Reich. Eine Berücksichtigung der Ergebnisse der in Behandlung befindlichen Reichsfinanzreform hat bei Aufstellung des Etats nicht stattgefunden, die Regierung behält sich die Einbringung eines Nachtrages vor.

Der Mehrbedarf soll nach dem Vorschlag der Regierung durch eine zwölfprozentige Steuererhöhung bei der Einkommensteuer, der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und der Kapitalsteuer aufgebracht werden. Der Ertrag der Landessteuern wird berechnet für 1909 auf 48 004 290 M. (gegen 1908 mehr 3 880 390 M.), für 1910 auf 48 553 000 M. (mehr 4 429 790 M.). Die zwölfprozentige Erhöhung der Einkommensteuer soll ein Mehr erbringen im ersten Jahre von 2 208 000 M., im zweiten Jahre von 2 224 000 M., die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer ein Mehr (abgesehen von der natürlichen Steigerung des Steuerertrages) von 706 800 M. bzw. 711 000 M., Kapitalsteuer 414 000 M. bzw. 432 000 M.

Die Stadt Stuttgart mit ihren 263 000 Einwohnern hat rund ein Drittel der Einkommensteuer des ganzen Landes auszubringen, fast 8 Millionen Mark. Die beantragte Steuererhöhung vergrößert diese Last um etwa 750 000 M.; rechnet man die Erhöhung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer hinzu, so kommt man auf eine Neubelastung von rund 1 1/2 Millionen Mark, die die Einwohnerschaft der Innenstadt mit etwas über einer Viertelmillion Einwohner zu übernehmen hat. Auf den einzelnen Steuerzahler Stuttgarts treffen etwa 14 M. neuer Staatssteuern.

Man wird einwenden, die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer belaste nur eine gewisse Schicht der Steuerzahler, diese allerdings um so härter. Das ist aber nur teilweise richtig, denn die Steuer auf Grund und Boden wie auf die Gebäude wird abgewälzt auf die Mieter und Pächter. Bei der Gewerbesteuer ist es ähnlich.

Die Einkommensteuer wird bereits von einem Einkommen von 500 M. erhoben. Unsere Genossen im Landtage werden zweifellos alle Kraft daran setzen zu verhindern, daß auch die untersten Steuerstufen von der Steuererhöhung betroffen werden. Sie werden verlangen, daß die starken Schultern entsprechend belastet werden. Mit welchem Erfolge, sieht dahin.

Vorläufig ist damit zu rechnen, daß die neue Steuerbelastung eine ganze Reihe Gemeinden veranlassen wird, dringende kulturelle Aufgaben wie Verbesserung des Schulwesens usw. zurückzustellen. Weiter muß in Aussicht genommen werden, daß die Neubelastung der Industrie und des Gewerbes die Krise verschärfen, die Unternehmungskraft eindämmen, die Arbeitslosigkeit verlängern wird. Die Lebenshaltung der breiten Masse des Volkes wird herabgedrückt, die Steuerkraft der Bevölkerung geschwächt, während die Lasten steigen.

Der Mehraufwand wird, wie an verschiedenen Stellen des Begleitvortrages bemerkt wird, zum großen Teil verursacht durch die Verteuerung der Lebenshaltung, die weit höhere Ausgaben für Gehälter und Löhne notwendig macht. Der Mehrbedarf an Pensionen allein beziffert sich auf 1 283 830 M. für 1909, 1 814 190 M. für 1910. Allerdings wirkt hier die Hebernahme der Unterstützungskasse für Angestellte der Verkehrsanstalten mit. Das Steigen der Hafer- und Futtermittelpreise macht sich beim Etat des Landesgehalts geltend. Ueber 100 000 M. jährlich müssen für Kirchen mehr aufgewendet werden. „Der Mehraufwand ist bei beiden Kirchen im wesentlichen durch die notwendig gewordene Erhöhung der Kostpreise für die Seminare und Konvikte infolge der Steigerung der Lebensmittelpreise, bei der katholischen Kirche sodann durch den Mehrbedarf an Besoldungen der katholischen Kirchendiener infolge höherer Etatspreise für die Früchte veranlaßt.“

Die Reifeite: Der Reinertrag der Eisenbahnen, 1909 17 902 100 M., 1910 18 678 600 M., bleibt hinter dem zehnjährigen Durchschnittsertrag 1893—1907 zurück, und zwar 1909 um 812 000 M., 1910 um 86 400 M. Der Eisenbahnreferendums, rund 2 1/2 Millionen Mark, wird für das Jahr 1908 noch aufgebraucht werden. Beim Beginn der neuen Finanzperiode ist kein Pfennig mehr vorhanden.

Der Finanzminister schließt seinen Vortrag mit den Worten: „Im Anschluß an die allgemeine wirtschaftliche Lage macht sich die absteigende Bewegung in den Finanzen in erschütternder Weise fühlbar,

und es bedarf bei dem Steigen der notwendigen Staatsausgaben aller Sorgfalt und des außerordentlichen Mittels einer Steuererhöhung, um das Gleichgewicht zwischen Staatsausgaben und Staatseinnahmen aufrecht zu erhalten. Es liegt daher die gebieterische Notwendigkeit vor, auf allen Gebieten der Staatsverwaltung die äußerste Sparsamkeit zu üben und die Staatsausgaben auf das nötige Maß zu beschränken. Von wesentlicher Bedeutung für die künftige Gestaltung der Finanzlage ist vor allem der Umstand, in welchem Maße die Bundesstaaten noch weitere Mehrbelastungen für das Reich zu übernehmen haben werden. Eine Steigerung der Leistungen an das Reich wäre bei den derzeitigen Verhältnissen für Württemberg nur in beschränktem Umfange und nur mit schwerwiegenden Opfern durch weitere Anforderungen an die Steuerkraft des Landes ermöglicht.“

Zunächst bekommt die Volksschule die „äußerste Sparsamkeit“ zu spüren, und zwar bei der Beratung der Volksschulnovelle im Landtage. Der äußerst sparsame Betrieb bei den Eisenbahnen hat, abgesehen von den Lokomotivleistungen, bereits zwei Beamten das Leben gekostet. Bei der Post wird an Personal gespart, daß sich die Briefboten die Schwindhuth erkennen können. So sehen die „herrlichen Tage“ aus, denen das deutsche Volk entgegengeführt worden ist.

## Eine Massenaktion für die Proportionalwahl.

Zürich, 11. Januar. (Eig. Ber.)

In der „Tonhalle“ in Zürich waren gestern 1000 stimmberechtigte Bürger aller Parteien versammelt, um durch eine Massenfundgebung sich endgültig für die Initiative betreffend die Proportionalwahl des Nationalrates zu entscheiden.

Namens des Initiationskomitees eröffnete unser Genosse Dr. Studer-Winterthur die Versammlung mit einer längeren Ansprache, in der er die gegenwärtige Situation als den günstigsten Zeitpunkt für die Inzisierung der Initiative bezeichnete. Solange Tausende umsonst stimmen, solange große Volksteile von politischen Behörden ausgeschlossen sind, solange ist der Glaube an ein Wahlsrecht ein leerer Hohn. Redner hofft, daß der heutige Tag zum Markstein werde in der politischen Geschichte; mit der Beschlußnahme wird man erst zur wirklichen Volksvertretung gelangen. (Bravo.)

Das Hauptreferat hielt sodann der St. Galler Demokrat Nationalrat Scherrer-Füllemann, der zutreffend ausführte, daß das politische Wahlsrecht genau so wie andere Institutionen dem Geiste der Entfesselung unterliegen und sich daher den veränderten Verhältnissen anpassen müsse. Als das allgemeine Stimm- und Wahlsrecht erobert wurde, da erschien es selbstverständlich, daß bei allen Wahlfällen das absolute Mehr entscheiden sollte. Es war das Hauptrecht, womit die Wahlmassen die alte aristokratische Herrschaft niedergezwungen haben. Heute ist es anders: alle schweizerischen Volksteile wollen im Nationalrat eine entsprechende Vertretung erhalten. Im Zeitalter der sozialen Bewegungen darf man die sozialistischen Parteien nicht mundtot machen ohne Gefahr für den Staat.

Der Weg der freiwilligen Proportionalität hat nicht zum Ziele geführt. An die Stelle lokaler Berücksichtigung ist in manchen Kantonen das schonungslose Recht des Stärkeren getreten. Es macht sich darum bei den Minderheitsparteien eine niederdrückende Stimmung geltend, wenn man sie fühlen läßt, daß sie von der Gnade der Mehrheitsparteien abhängig sind. Die freiwillige Proportionalität muß zur Degradierung führen. Wir wollen rückenstarke Minderheiten im Nationalrat. Die letzten Zeiten haben gezeigt, wie notwendig es ist, uns von den Fesseln des jetzigen Systems zu befreien. Eine Gesetzesinitiative soll das befragen.

Der Redner begründete sodann eingehend das Initiationsbegehren in formeller Beziehung, namentlich die vorgesehene Bestimmung, daß jeder Kanton ein Wahlkreis sein soll, und er schloß mit den Worten, daß es ein stolzeres Bewußtsein ist, mit dem Rechte zu fallen, als mit dem Unrecht zu siegen. Vorwärts denn zum Kampf für ein gerechteres Wahlsystem!

An das mit wohlverdientem, lebhaftem Beifall aufgenommenen ausgelegten Referat knüpfte sich eine rege Diskussion, an der sich Vertreter aller Parteien beteiligten, so daß die Versammlung 3 1/2 Stunden dauerte.

Zum Schluß wurde einstimmig nach dem Vorschlag des Initiationskomitees das Initiationsbegehren in dieser Form beschlossen: „Art. 73 der Bundesverfassung ist aufgehoben und wird durch folgenden Artikel ersetzt: Die Wahlen für den Nationalrat sind direkte. Sie finden nach dem Grundsatze der Proportionalität statt, wobei jeder Kanton und jeder Kanton einen Wahlkreis bilden. Die Bundesgesetzgebung trifft über die Ausführung dieses Grundsatzes die näheren Bestimmungen.“ (Wortlaut der Initiative von 1900.)

Als zum Erlaß eines Bundesgesetzes wird die Ausführung durch eine Verordnung des Bundesrates geregelt. Das proportionale Wahlsystem findet zum ersten Male für die Gesamterneuerung des Nationalrates im Jahre 1911 statt.“ (Neu.)

Hierauf wurde ein neues Initiationskomitee von 170 Mitgliedern bestellt.

Die beglückten freudig die neue Proporzinitiative und wünschen ihr vollen Erfolg, damit endlich der brutale Bergewaltung der Minderheitsparteien, insbesondere der sozialdemokratischen, durch die herrschende freisinnige Partei ein Ende gemacht werde. Es ist eine blutige Verhöhnung des „gleichen“ Wahlsrechts, wenn auf je 14 285 sozialdemokratische Stimmen ein Nationalrat kommt und auf je 1875 bürgerliche Stimmen ebenfalls einer. Ein Wahlsrecht, das solche Früchte zeitigt, ist ein politisches Kaufsystem, das je schneller, desto besser befestigt werde.

Jetzt gilt es nun, die erforderlichen 50 000 Unterschriften zu sammeln. Aber es sollten 100 000 und noch mehr aufgebracht werden, um von vornherein der Initiative mehr politisches Gewicht zu verleihen. Die sozialdemokratische Partei wird, wie immer, ihre Pflicht erfüllen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Januar 1909

### Etatsüberschreitungen.

Aus dem Reichstage, 13. Januar. Die erste Lesung der Rechnungsübersichten über den Reichsetat für 1907 und den Kolonialetat für 1906 gab Anlaß zu einer scharfen Klage der Etatsüberschreitungen, die in allen Ressorts im Uebermaß vorkommen. Betragen doch die Etatsüberschreitungen für 1907 nicht weniger als 78 Millionen Mark, von denen 32 Millionen durch Mehreinnahmen gedeckt werden, so daß noch immer 46 Millionen zu decken bleiben. Der Militäretat allein ist mit 18 Millionen daran beteiligt. In Einzelheiten

wiesen für die nationalliberale Partei der Abg. Görke, für das Zentrum der Abg. Erzberger solche Etatsüberschreitungen nach. Auch Genosse Noske rügte in scharfen Worten diesen eingerissenen Mißbrauch, der ein geregeltes Finanzwesen überhaupt unmöglich mache.

Bei Erörterung der Uebersicht über den Kolonialetat brachte Erzberger die Ausführungen schwarzer Schutztruppenkolonnen gegen Eingeborene in Kamerun zur Sprache. Herr Dernburg meinte, das sei unvermeidbar, da die Regersoldaten häufig allein in den Busch geschickt werden müßten und dann leicht zu Ausschreitungen sich hinreißen ließen. Genosse Noske wies mit Recht darauf hin, daß das keine Entschuldigung sei. Damit solle man lieber auf solche Buschexpeditionen überhaupt verzichten.

Die Etatsübersichten wurden dann der Rechnungscommission überwiehen.

Die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte wurde begonnen, aber nicht zu Ende gebracht. Die Debatte soll morgen weitergeführt werden.

### Verhinderung der Wahlrechtsdebatte?

Es scheint abermals beabsichtigt zu sein, die Beratung der Wahlrechtsfrage in Preußen so lange als möglich zu verschleppen. Es war schon unerhört, daß diese wichtigste Frage der preussischen Politik weder während der kurzen Sommertagung noch auch vor Weihnachten auf die Tagesordnung gesetzt wurde. So ist seit den Neuwahlen bereits ein gutes halbes Jahr verstrichen, ohne daß es zur Besprechung des Wahlrechtsantrages gekommen wäre. Dafür hat man Zeit gefunden, die lächerliche Interpellation des Zentrums in Sachen der „Kochkultur“ zur Beratung zu bringen! Da es nun in der nächsten Woche nach Erledigung der ersten Lesung des Etats direkt an Beratungstoff mangelte, hatten wir als selbstverständlich angenommen, daß dann die Beratung des Wahlrechtsantrages zur Verhandlung gelangen würde. Die „Germania“ jedoch behauptet, daß die Tage der nächsten Woche, die die Etatsberatung nicht in Anspruch nehmen, frei gelassen werden sollten, damit dem Hause die Möglichkeit gegeben sei, den Bericht der Budgetkommission über die Beamtenbesoldung zu studieren. Als ob nicht jeder Interessent längst Gelegenheit gehabt hätte, sich über die Beschlüsse der Kommission und ihre Motive zu informieren! In Wirklichkeit scheint man lediglich die Beratung des Wahlrechtsantrages abermals verschleppen zu wollen!

Die Verschleppungsstatistik werden freilich genötigt werden, Farbe zu bekennen. Nicht nur der Freisinn, sondern auch das Zentrum und die Nationalliberalen werden vor aller Öffentlichkeit zeigen müssen, ob sie das reaktionäre Verschleppungsmanöver begünstigen!

### Wahlprüfungen im Abgeordnetenhaus.

Die Wahlprüfungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses ist auf Freitag zu einer Sitzung einberufen. Die ersten Wahlen, deren Gültigkeit geprüft werden soll, sind die der sozialdemokratischen Abgeordneten Borgmann, Seimann, Hirsch und Hoffmann, gegen die bekanntlich von freisinniger Seite Einspruch erhoben ist. Der Vorsitzende der Kommission hat sich einen sehr netten Witz geleistet, er hat zum Berichterstatter den Abg. Fischbeck ernannt, der dadurch in die für ihn höchst peinliche Situation verlegt wird, u. a. auch die Gültigkeit der Wahl seines Freundes Hoffmann beantragen zu müssen.

Die Proteste selbst stützen sich auf ganz allgemeine Behauptungen, die Wahlen unserer Genossen sollen angeblich nur durch sozialdemokratischen Terrorismus zustande gekommen sein. Nun, die Landtagsmehrheit kann ja die Probe aufs Exempel machen, sie mag getrost unsere Genossen aus dem Hause hinauswerfen, die Wähler werden die Antwort erteilen, die darin bestehen wird, daß die Sozialdemokraten mit um so größerer Stimmenzahl wieder einziehen. Zur Belebung der Wahlagitation, vor allem zur Belebung der Agitation für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht wäre ein solcher Gewaltstreich gar nicht so unüblich.

### Block und Zentrum.

So oft die Blockparteien störrisch zu werden drohen, wird von besorgten Blockpolitikern das Gespenst der Rückkehr des Zentrums zur Regierungsmacht an die Wand gemalt, und namentlich bei den Freisinnigen wird hies damit die gewünschte Wirkung erzielt. Nicht lächelnd spottet die „Köln. Volksztg.“:

„Das „ausgeschaltete“ Zentrum steht heute beim Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen mehr im Mittelpunkt des politischen Parteinetriebes, als vielleicht jemals zur Zeit seiner „ausgeschalteten“ Stellung. Man kann es eine Fronte des Sozialismus nennen oder eine Folge der Zentrumsscheu, tatsächlich ist der Einfluß des Zentrums und das Gewicht seiner Haltung heute, wo die „Partei „ausgeschaltet“ sein soll, für die Blockparteien bedeutend größer. Der Hinweis auf das Zentrum ist heute die Peinliche, mit der die Blockparteien namentlich der linken Seite zu jedem Beschluß, zu jedem Umsturz getrieben werden können. Diese Peinliche wirkt härter als Parteigrundsätze, als der Wille der liberalen Wähler und als die Ehreruehung an eine liberale Bergangenheit. Das Wort Zentrum ist beim Block sehr zum Zauberwort geworden, das alles fertig bringt. Wenn der Blockwagen im Reichstag einmal stille stehen will, dann brandt sein Fahrer Block „Zentrum“ zu rufen und mit verdoppelten Kräften und im Galopp ziehen die Blockgäule die Karre aus dem tiefsten Sumpf.“

Nur schade, daß das Zentrumsbild hinzuzufügen unterläßt, daß diese Manöver weniger erfolgreich wären, wenn nicht gerade die Zentrumspolitik selbst sie so begünstigte. Wäre das Zentrum nicht so sehr bereit, in eine reaktionäre Regierungsmajorität einzutreten und selbst den Konservativen zu leisten, was der Blockfreisinn verlangen möchte, so würde die Drohung mit dem Zentrum weniger schrecken. Für die reaktionärsten Blockparteien trägt so die Zentrumspolitik trotz allen scheinoppositionellen Gehabens ein volgerüstet Teil der Mitschuld.

Die „Köln. Volksztg.“ hat auch durchaus nicht den Wunsch, die Angst vor dem Zentrum zu bannen. Ihr ist es nur nicht recht, daß durch das allzu geschäftige Schaben einiger Zentrumsjournalisten, vor allem des draußengerissenen Erzbergers, den Blockpolitikern das Spiel erleichtert werde. Sie predigt „mehr Zurückhaltung“. Denn so lange so unangenehme Dinge wie die Reichsfinanzreform zu erledigen sind, läßt sich für das Zentrum in der Opposition besser leben als in der Majorität. Die Herren können warten und sie wissen, daß sie trotz aller freisinnigen Vertätereien sich rechtzeitig mit ihren reaktionären Vätern, den Konservativen, verständigen werden. —

### Zentrumsdrache.

Aus dem Rheinland wird uns geschrieben: Die Ungültigkeitserklärung der Wahl von drei Sozialdemokraten durch die Zentrumshäcker



ordentlichheit in Rülheim a. Rhein stellt sich als ein sorgfältig vorbereiteter Streich heraus. Wie wir schon mitteilten, wurde die Ungültigkeitserklärung hauptsächlich durch eine falsche Auslegung des bekannten Hausbesitzerparagrapheu der Städteordnung erreicht. Die Zentrumsmehrheit behauptete, es genüge nicht, daß der Gewählte Hausbesitzer im gewöhnlichen Sinne sei, sondern er müsse Alleinbesitzer sein, das heißt, er dürfe nicht ein Haus zusammen mit seiner Ehefrau besitzen.

Es wäre dem Rülheimer Zentrum ganz unmöglich gewesen, auf Grund dieser blödsinnigen Auslegung des Hausbesitzerparagrapheu seine Absicht zu erreichen, wenn es nicht in einer bisher im politischen Leben noch nicht dagewesenen tückischen Weise vorgegangen wäre. Daß das Zentrum die Wahl aufsechten wollte, war bekannt geworden, auch daß man hervorragende Rülheimer Zentrumsjuristen (Kausen, Trimborn) zu Rate gezogen hatte. Auf welche Gründe aber das Zentrum seinen Protest stützen wollte, darüber brachte die Zentrumspresse kein einziges Wort. Als unser Parteiblatt seiner Verwunderung über dieses Verhalten Ausdruck gab, wurde es von dem Rülheimer Zentrumsorgan verhöhnt und ihm geantwortet, seine „Neugier“ werde schon befriedigt werden.

Mit raffinierter Verachtung kam man mit der Begründung erst in der Stadtoberordnungsberatung heraus, die zugleich über die Gültigkeit der Wahl entscheiden sollte.

Und diese Begründung ist nichts als ein Taschenspielertrick. Denn man unterschob ihr eine Oberverwaltungsgerichtsentscheidung, die sich auf genossenschaftlichen und handelsgesellschaftlichen Hausbesitz bezieht und darlegt, daß der Besitz an genossenschaftlichem Hauseigentum noch nicht den Hausbesitzer im Sinne der Städteordnung mache. Dagegen hat das Oberverwaltungsgericht bezüglich der Hausbesitzereigenschaft im Sinne der Städteordnungen entschieden, daß der Ehemann schon dann „im Sinne des § 19 der Städteordnung ein in die Klasse der Hausbesitzer zu zählender Nießbraucher ist, falls seine Ehefrau das Eigentum an einem Hause nachweisen kann.“ (Entscheidung vom 20. 9. 02 Nr. II 1536; Pr.-V.-Bl. Bd. XXIV S. 603.)

Also der Ehemann braucht nicht nur nicht Alleinbesitzer, er braucht überhaupt nicht eigentlicher Besitzer, sondern nur Nießbraucher des Hauses seiner Ehefrau zu sein, um dem Hausbesitzerparagrapheu zu genügen. Wäre die „Begründung“ des Protestes vorher bekannt geworden, so wäre der Zentrumsmehrheit ihr Streich nicht möglich gewesen.

### Keine Preisgabe der Gesellschaftsteuer.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung veröffentlicht folgende offizielle Erklärung:

Die Zeitungsnachricht, die Regierung beabsichtige die Gesellschaftsteuer zurückzuführen und durch eine Erhöhung der Stempelsteuer zu ersetzen, entspricht nicht den Tatsachen. Die Regierung hält vielmehr an dem Plane einer Gesellschaftsteuer fest, und wenn die Erhöhung einiger Positionen des Stempelsteuertarifes erwogen wird, so ist dies notwendig, um den Mehrbedarf zu decken, der nach dem bisherigen Verlaufe der Verhandlungen in den Kommissionen des Abgeordnetenhauses voraussichtlich an Befolgungen der Beamten und Lehrer sich ergeben wird.

### Der Patriotismus der Reichen.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Rimpau hat kürzlich den Empfang einer Kommission Halberstädter Tabakarbeiter abgelehnt. Er erklärte einem Mitgliede der Kommission, das ihn zu bewegen suchte, die Tabakarbeiter wenigstens anzuhören, folgendes:

„Was wollen Sie denn? Sie wollen doch weiter nichts, als daß ich gegen die Tabaksteuer stimmen soll und das kann ich nicht. Wir können doch unser Vaterland nicht zugrunde gehen lassen. Es ist immer dasselbe Bild, sobald ein Steuererlass erscheint, kommen die Interessenten und sagen: Wir können das nicht tragen, sondern laßt die anderen bezahlen. Das ist nichts weiter als krasser Egoismus, denn der Tabak ist schon lange gekostet worden. Nun werden Sie aber einwenden, laßt doch die Reichen bezahlen, die haben es doch. Ja, diese würden aber dann unser Vaterland verlassen, denn jetzt schon ziehen die reichen Leute von Berlin weg, um sich außerhalb anzusiedeln und die hohen Steuern nicht zu bezahlen.“

Der Rimpau hat nichts Neues verraten, als er erklärte, daß der Patriotismus der Reichen vor ihrem Geldbeutel Halt macht. Aber wesentlich ist, daß ein Nationalliberaler es sagt.

### Zur Charakteristik der Strafprozessreform.

Die blodfromme liberale Presse, die nach dem Vorbilde des großen Demokraten Payer den Strafprozessreformentwurf einen „wesentlichen Fortschritt“ nennt, hat in lebhaften Farben auch die Größe des Zugeständnisses geschildert, das die Regierung in diesem Entwurfe durch die Aufhebung des Zeugniszwangs für die Presse dem deutschen Volke gewährt. Wir haben im Gegensaß dazu betont, daß der deutschen Presse die schlimmsten Missetaten des Zeugniszwangs durch den Entwurf sorgsam erhalten bleiben. Die „Arenz-Ztg.“ liefert jetzt einen sprechenden Beleg dafür.

Sie hatte dieser Tage gefordert, daß die Verlon angefordert werde, die die Neujahransprache des Kaisers in die Öffentlichkeit gebracht habe. Nun macht sie ein Leser darauf aufmerksam, daß diese Ermittlung ohne Anwendung des Zeugniszwangs nicht gelingen könne; da aber die Regierung im Strafprozessreformentwurf den Redakteuren das Recht der Zeugnisverweigerung gebe, so könne sie dies Mittel nicht gut mehr anwenden. Worin der gutgezojene Streuzettelsteuere natürlich einen Beweis erblickt, zu welchen Schäden eine durch nicht gerechtfertigte Ausnahmestellung der Zeitungredakteure führen kann.

Die „Arenz-Ztg.“ aber ist in der glücklichen Lage, ihre Besorgnisse über den Verlon zu können. Denn wie sie am Wortlaut des § 49 des Entwurfs nachweist, erkennt dieser ein Recht auf Zeugnisverweigerung nur zu, wenn es sich um Artikel strafbaren Inhalts handelt. Artikel anderen Inhalts sind durch die Vorschrift nicht gedeckt, weder im Zivilprozeß, z. B. bei einer Forderung auf Schadenersatz, noch im Disziplinarverfahren, wenn es sich darum handelt, den Verfasser einer an sich nicht strafbaren, aber nur durch Bruch des Amtsgeheimnisses in die Presse gelangten Mitteilung zu ermitteln. In dem hier in Rede stehenden Falle handelt es sich nicht um einen Artikel strafbaren Inhalts. Die Regierung braucht also bei der Anwendung des Zeugniszwanges in diesen Fällen gar nicht schärfer zu verfahren, als sie es in dem neuen Entwurfe vorgehen hat.

Die Wahn zur Anwendung der Zeugnisverweigerung im Disziplinarverfahren wider unbekannt ist also frei. Und wird auch unter der Geltung der neuen Strafprozessordnung, wie sie die Regierung plant, frei bleiben!

Wer zweifelt noch, daß der Strafprozessreformentwurf eine liberale Erzeugenschaft erster Ordnung ist, würdig, dem Reichsvereinsausnahmegesetz zur Seite zu treten!

### Dernburg-Märchen.

Der „Germania“ wird geschrieben: „Ob unter dem Sande wirkliche Diamanterbe, der sogenannte „blau ground“ vorhanden ist, ist noch ungewiß und hat naturgemäß der Herr Staatssekretär während seiner Anwesenheit dort in der kurzen Zeit nicht feststellen können. Herr Dernburg

hat dem Reichstage erzählt, daß eine deutsche Firma in der Lüderichsgrube bereits täglich 200 Karat Diamanten erwerbe. Daß auch am Kap derartige kleine Steine massenhaft gefunden werden können, wenn die ganze Art der Förderung nicht zu kostspielig wäre, hat er allerdings nicht gesagt. Daß derartige kleine Diamanten, wie sie jetzt an der Lüderichsgrube gefunden wurden, bei einem rationellen Betriebe die Kosten kaum decken würden, ist ebenfalls von Herrn Dernburg nicht gesagt worden. Die Kimberley-Minen haben, trotzdem daß sie Diamanten förderten, jahrelang degütiert und keine Erträge erzielt. Die Diamantproduktion hat sich in den letzten zehn Jahren in unangemessenen Proportionen sehr schnell entwickelt. Die Nachfrage bleibt heute schon weit hinter dem Angebot zurück, und die Vorräte vermehren sich zusehends. Die Lage, schon so präfix in diesem Augenblicke, verschärft sich noch, wenn erst Deutschland als Konkurrent ernsthaft auf dem Plane erscheint. Unter diesen Umständen ist es wenig wahrscheinlich, daß die Diamantindustrie jemals wieder ihre alte Prosperität finden und ungeachtet der übermenschlichen Anstrengungen des allmächtigen Syndikats ihren alten Kurs wiedersehen wird. Dies mögen sich diejenigen vor Augen halten, die sich der gefährlichen Illusion hingeben, als sei mit dem Auffinden einiger Diamanten in unseren Kolonien eine nie verlegende Quelle des Reichtums und Wohlstandes erschlossen worden.“

Ob Dattelpalmen, ob Diamanten, ob Baumvollarbäume — der deutsche Spießer will nun einmal getäuscht werden. Wofür hätte denn Deutschland die vielen hundert Millionen für seine Kolonien verpulvert, die auch das Zentrum bewilligen half, wenn man den Dernburg-Märchen nicht Glauben schenkte! —

### Kameruner Zustände.

Wir hatten kürzlich bereits das in Kamerun übliche System, eingeborene Schutruppenmannschaften ohne weiche Leitung zu Strafexpeditionen zu entsenden, aufs schärfste gerügt. Jetzt wird auch dem „Verl. Tagebl.“ dazu geschrieben:

„Es ist um so mehr zu bedauern, daß Vorfälle dieser Art sich immer wieder in Gebieten ereignen, die wie die in Frage kommenden längst durch den Handel eröffnet sind, und in denen von Urzuständen keine Rede mehr sein kann! Der schwarze Soldat hat sich, sobald er unbeobachtet ist und weiß, daß die Nachprüfung seiner Schandthaten mit Schwierigkeiten verknüpft ist, als durchaus unzuverlässig gezeigt. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn behauptet wird, daß von fünf Patrouillen mindestens vier sich Uebergriffe zuzuschulden kommen lassen, sei es nun ein Hühnerdiebstahl oder ein bloßer Weiberraub. Daß diese Uebergriffe nicht immer angezeigt werden, beruht in den kameruner Verhältnissen. Die einzelnen Dorfstellen unterlassen die Anzeige aus Furcht vor den Kameraden des Täters, und die Kaufleute tun es nicht aus leicht begreiflichen Gründen: es ist nicht jedermanns Sache, als „Stänker“ verurteilt zu werden. Und so läßt man die fünf oder sechs Jahre, als es für die Kolonie zuträglich erschien. Die fundamentalste Forderung, um endlich solche Vorfälle unmöglich zu machen, ist, daß Patrouillen ohne Führung eines Europäers unbedingt — solange es sich nicht um kriegerische Ereignisse handelt — verboten werden müssen.“

Daß die schwarzen Soldaten sich dergleichen Uebergriffe gestatten, braucht nicht wunderzunehmen. Man hat diese Leute ja viele Hunderte auf ihre Klassenangehörigen abgerichtet. Obgleich in der soldatische Drill nicht geeignet, humane Wirkungen auszuüben — wie sollten es da die schwarzen Polizeisoldaten bei Strafexpeditionen allzu genau nehmen. Geradezu ungeheuerlich ist es uns, daß man, wie schon Herr Kohrbach vor längerer Zeit es schilderte, diese schwarzen Mannschaften ohne jede Kontrolle durch einen weichen Offizier auf Strafexpeditionen ausschickte! Das Gouvernement trägt in letzter Linie die volle Verantwortung für alle Erzeffe und ihre Folgen! —

### Die badische Lehrerschaft in der Prüfung.

Die Zentrumspresse jubelt über die Entscheidung des Ministeriums, welches den Oberschulrat gegen Nöbel und seine Verteidiger deckt. Im Geiste sieht Herr Wader den Zeitpunkt schon nahe, wo infolge dieser dem Liberalismus berechneten Niederlage die dirigierende Zentrumskraft im Oberschulrat auch formell die Oberleitung erhält. Und Herr Oberschulrat Schmidt ist heute schon eine einflussreiche und oben beliebte Persönlichkeit. Vereits stellt die Zentrumspresse fest, daß im Sekretariat seit Bekanntwerden des ministeriellen Entscheides die Lehrerschaft in zwei Versammlungen, für den Reichsrat und Stöcker Kreis, verlagert hat, einer Vertrauensumgebung für Nöbel zugestimmt. In dem einen Falle begehrt die Zentrumspresse sogar die Denunziation, den Namen des Vorsitzenden der Kreisversammlung zu nennen, welcher eine Resolution vorlegen wollte. Der Erfolg wird sein, daß dieser Hauptlehrer gleich seinem Obenwälder Kollegen in eine Disziplinarstrafe genommen wird. Verginnt die bisherige Bilanz der badischen Lehrerschaft zu weichen, dann blüht der Weizen des Zentrums, das bisher mit der Gründung einer katholischen Landesorganisation der Lehrer nur geringen Erfolg hatte. —

### Der erste Sozialdemokrat im Braunschweiger Landtag.

Zu der schon gemeldeten Wahl des Genossen Dr. Jasper in den braunschweigischen Landtag wird noch gemeldet: Für die Erstwahl im 3. Wahlkreis der Stadt Braunschweig, die durch den Tod des bisherigen Vertreters notwendig wurde, waren von bürgerlicher Seite zwei Kandidaten aufgestellt, der eine von den Industriellen, der andere von den Mittelständlern. Im ersten Wahlgang der Abgeordnetenwahl, der am 18. Dezember stattfand, erhielt der Kandidat der Industriellen 34, der der Mittelständler und Gewerbe Rechtsanwalt Dr. Jasper je 31 Wahlmännerstimmen.

Am Dienstag wurde die Stichwahl zwischen den drei Kandidaten vorgenommen, da das braunschweigische Wahlgesetz ein Auslösen der Kandidaten mit gleichen Stimmengahlen nicht kennt. Diesmal war der Genosse Dr. Jasper mit 89 Stimmen gewählt. Der Kandidat der Industriellen erhielt 84, der der Mittelständler 24 Stimmen. Aus eigener Kraft ist der Sieg der Sozialdemokraten nicht errungen, das ist aber bei dem elenden Landtagwahlrecht Braunschweigs (indirektes Dreiklassenstimmrecht) auch kaum möglich. Eine Abmüdung zwischen der Sozialdemokratie und den Mittelständlern bestand nicht. Von diesen stimmten einige für den sozialdemokratischen Kandidaten, um den verhassten Kandidaten der Großkapitalisten durchfallen zu lassen.

### Gegen den Gewaltstreik des Zentrums zu Rülheim a. Rhein.

Gegen die Ungültigkeitserklärung der drei sozialdemokratischen Stadtoberordnetenmandate wird der Sozialdemokratische Verein zu Rülheim das Verwaltungsstreitverfahren einleiten, da, wie der Beschlus besagt, der Verwaltungsgerichtsbehörde Gelegenheit zur Prüfung der juristischen Ungehörlichkeiten der Zentrumsmehrheit gegeben werden muß.

### Die Balkankrise.

#### Die österreichisch-türkische Vereinbarung.

Die Meldung von der Verständigung zwischen Oesterreich und der Türkei wird fast überall mit Befriedigung aufgenommen. Nur in Serbien sehen die Zeitungen ihre Artzugeschichte fort, zu der sich jetzt die Beschuldigungen gesellen, die Türkei hätte die slavische Sache schmählich verraten. Auch die russische Presse, allen voran die reaktionäre „Kowojewskaja“, ist unzufrieden und erklärt, daß das Uebereinkommen die Rechte der an dem Berliner Vertrage interessierten Mächte nicht beseitige. Serbien und

Montenegro müßten gleichfalls Kompensationen erhalten. Dagegen scheint die russische Regierung im Bewußtsein ihrer Schwäche der Uebereinkunft kein Hindernis in den Weg gelegt zu haben. Denn aus Konstantinopel wird gemeldet, der russische Votschafter Sinowicz habe auf der Ferte erklärt, daß sich Rußland keineswegs mit Serbien identifiziere und unbedingt die Erhaltung des Friedens auf der Balkanhalbinsel wünsche.

Oesterreich will übrigens Serbien durch Abschluß eines Handelsvertrages entgegenkommen und auch eine Bahnverbindung zugestehen, die Serbien mit Montenegro und der Adria verbindet. Allerdings soll diese Bahn durch österreichisches Gebiet geführt werden. Gebietsabtretungen werden entschieden abgelehnt. —

### Ein Vertrauensvotum für den Großwesir.

Konstantinopel, 13. Januar. Deputiertenkammer. Auf der Tagesordnung stand die Interpellation an den Großwesir über die innere und äußere Politik der Regierung. Haus und Tribünen waren überfüllt. Am Ministertische saßen der Minister des Innern, der Handelsminister und der Marineminister. Die Diplomatenloge war dicht besetzt. Der Großwesir, ein 83jähriger Mann und schlechter Redner, ließ seine Darlegungen verlesen. Die Stelle über die auswärtige Politik lautet:

„Die Wiederherstellung einer konstitutionellen Regierung und die in grandioser Form erfolgte Rundgebung einer auf der nationalen Kraft aufgebauten politischen Existenz wurden von allen Mächten mit achtungsvoller und aufrichtiger Sympathie begrüßt. Der erste befriedigende Erfolg bestand darin, daß Rußland und die anderen, an den mazedonischen Reformen beteiligten Mächte auf ihre speziell für die drei Blajetz aufgestellten Vor schläge verzichteten und die Reformen abwarteten, welche die konstitutionelle ottomanische Regierung selbst durchführen werde. Wie schon in der Thronrede erklärt wurde, hat Bulgarien, während die Ferte mit der Organisation des neuen konstitutionellen Regimes beschäftigt war, erklärt, daß es seine Unabhängigkeit proklamiert habe, und unmittelbar darauf hat Oesterreich-Ungarn Kund gegeben, daß es unter Zurückziehung seiner Truppen aus dem Sandschak Nowibazar, der sich unter seiner Okkupation befand, sich entschlossen habe, Bosnien und die Herzegowina anzugliedern.“

Wir haben, heißt es in dem Exposé weiter, gegen diese beiden Eingriffe protestiert, diese Angelegenheit den anderen Großmächten zur Kenntnis gebracht und den Zusammentritt einer Konferenz verlangt, um über die bulgarische Angelegenheit eine Entscheidung herbeizuführen. Die Großmächte haben anerkannt, daß diese Verletzungen illegal seien, mit dem Berliner Vertrag im Widerspruch ständen, und haben sowohl Bulgarien als auch Oesterreich-Ungarn Ratsschläge erteilt. Es wurde von den Mächten anerkannt, daß es sich bei der Wiedererlangung dieser Rechte um eine Angelegenheit handle, die die Türkei betrifft, und daß der Bestand der Mächte sich auf diplomatische Schritte beschränken würde. Ferner gogen die Mächte die Schwierigkeiten in Betracht, die sich ergeben würden, wenn die befreundeten Mächte es unternehmen würden, das fait accompli mit der Lage und den Interessen der Türkei in Einklang zu bringen. Aus diesen Gründen fanden sie, daß es vorzuziehen sei, ein Arrangement durch finanzielle Kompensationen zu suchen, und haben diese Art der Beilegung der Angelegenheiten empfohlen. Da aber die österreichisch-ungarische Regierung, welche die Räumung des Sandschaks Nowibazar für eine hinreichende Kompensation betrachtete, sich nicht darauf einließ, andere Entschädigungen zu bewilligen, hatten wir beschlossen, daß zur Herbeiführung eines gerechten Einbernehmens mit der genannten Macht wie unserer Protest aufrechtzuerhalten, Bosnien und die Herzegowina als unter der Okkupation und provisorischen Verwaltung Oesterreich-Ungarns lebend betrachtet, und daß jene Personen, welche aus diesen beiden Blajetz kamen, wie andere türkische Untertanen behandelt werden sollten. Schon vor der Proklamierung der Unabhängigkeit Bulgariens wurde die bulgarische Armee auf Kriegszug gesetzt, und nachher haben wir wahrgenommen, daß Bulgarien große Kriegsvorbereitungen durch Truppen- und Munitionstransporte treffe.

Konstantinopel, 13. Januar. Nachdem der Großwesir Kamil Pascha sein Exposé beendet hatte, sprach die Kammer ihm ihr unbedingtes Vertrauen aus.

### Ein türkisch-bulgarischer Zwischenfall.

Konstantinopel, 13. Januar. Nach amtlicher, von türkischen Blättern veröffentlichten Depeschen wurden ein türkischer Unteroffizier und ein türkischer Soldat, als sie vorgehen die Grenzlinie beim Nachhaus Eszabeli Haza Djunaabala überschritten, von bulgarischen Truppen angegriffen. Der türkische Soldat wurde getötet, der Unteroffizier verwundet. Eine türkische Abteilung unter dem Kommando eines Leutnants wurde abgefangen. —

### Frankreich.

#### Imperialismus gegen Sozialpolitik.

Paris, 13. Januar. Der „Nouvel“, das Blatt der antiministeriellen Radikalen, schreibt anlässlich der morgigen Debatte über die Parokkonachtragskredite: Wenn die Kammer fortfährt, das Budget Frankreichs mit neuen, durch das marokkanische Unternehmen verursachten militärischen Ausgaben zu belasten, dann verhindert sie den Senat, die Frage der Arbeiterpensionen zu lösen. Das Parlament muß zwischen einer imperialistischen und einer sozialen Politik wählen. Frankreich hat nicht die Mittel, sich kostspielige Expeditionen in Afrika und gleichzeitig Aufgehälter für seine alten Arbeiter zu leisten. —

#### Die Todesstrafe.

Paris, 13. Januar. Auf Antrag mehrerer Abgeordneten der Linken wird ein Gesetzentwurf in der Kammer eingebracht werden, wonach die Hinrichtung der zum Tode Verurteilten nur noch dann ausübt werden darf, wenn der Angeklagte von den Geschworenen mindestens mit Zweidrittelmehrheit schuldig befunden wird bzw. acht von den zwölf Geschworenen für die Vollziehung der Todesstrafe sich ausgesprochen haben.

#### Das Kammerpräsidium.

Paris, 13. Januar. An der Wahl des Präsidenten der Kammer nahmen 980 Deputierte teil. Henri Brisson wurde mit 314 Stimmen wiedergewählt. Die Kammer wählte auch ihren Schriftführer und drei Vizepräsidenten und zwar Etienne, Vertout und Clementel. Für die Stelle des vierten Vizepräsidenten findet eine Stichwahl statt, die auf Donnerstag verlegt wurde.

### Belgien.

#### Liberale Geschehe.

Brüssel, 10. Januar. (Fig. Ver.) Im Genter Gemeinderat hat sich kürzlich ein Vorfall ereignet, der eine von den oft merkwürdigen politischen Kombinationen aufzeigt, die in Belgien zur Durchsetzung bestimmter Reformen oft nötig sind. Da die Sozialisten bei ihrer Reformpolitik, je nachdem einmal die Merkmalen, einmal die Liberalen in ihr Lager bekommen, so ergibt es sich von selbst, daß einmal die liberale Presse über die Liberalen jammert, die sich von den „Koten“ ins Schlepptau nehmen lassen und ein anderes Mal, wie beim Genter Vorfall, die liberale Presse tadelt, daß die Merkmalen so charakterlos sind, mit den „Kollektivisten“ gemeinsame



Sache zu machen. Daß die Ursache dieser Kombinationen immer darin liegt, daß eben weder Liberale noch Konservative nach einem gleichzeitigen, ehrlichen Reformprogramm arbeiten, sondern nur ihren politischen Geschäftspunkt verteidigen, wenn sie für irgend eine fortschrittliche Sache eintreten, davon wird weder die liberale noch konservative Presse je etwas sagen.

Die Krise im Center Gemeinderat war für die Industrialisierung dieser Tatsache geradezu ein klassisches Beispiel. Es handelte sich nämlich um die Vertierung eines von den Liberalen vorgeschlagenen Kredits von 5000 Fr. als Subvention für die Aushebung von Schulkindern. Demgegenüber hatten die Sozialisten einen Antrag gestellt, der diese Summe Schulkindern zuwenden will, die allen im Schulalter stehenden Kindern, ohne Rücksicht darauf, ob sie eine Schule besuchen oder nicht (bekanntlich hat Belgien keinen Schulzwang) und gleichviel, ob sie eine kommunale oder eine sogenannte „freie“ Schule besuchen, zugänglich sein soll. Die Doktrinärliberalen, die bisher ihre Gemeindepolitik mit den Amerikanern gemacht hatten, wenn sie nicht gerade der Unterstützung der Sozialisten bedurften für Pläne, für die wieder ihre liberalen Freunde nicht zu haben waren, tun nun sehr ernst über das „liberal-sozialistische“ Bündnis, das einzig eine Konsequenz ihrer Egoherzigkeit ist — denn der sozialistische Antrag wurde angenommen und die doktrinäre Gruppe demissionierte daraufhin. Neben dem Radikalen Cambier wurde Genosse Ansele zum Stadtrat gewählt. Die „Grole belge“, die wohl die wunderbarste Sorte von „Liberalismus“ verkörpert, steht in dem Beschluß bereits die Götterdämmerung der privatkapitalistischen Gesellschaft und sie ruft halb spöttisch, halb schmerzhaft den Amerikanern zu, daß das Prinzip der allgemeinen Ausweisung unfehlbar zum Kollektivismus führe! Das „liberale“ Blatt höhnt sogar, daß jetzt nur noch die unentgeltliche Verteilung von Kleidern fehle! Eine Rolle spielt natürlich, daß die Liberalen vom Schicksal der „Grole“ diese überflüssigen Geldausgaben fürchten. Und solche Leute heißen sich stolz „Schulfreunde“ und ihr Programm zielt ein umfangreiches Schulreformprogramm. — Der Center Stadtrat bestand übrigens seit dem Jahre 1895 ausschließlich aus Liberalen, dank der Unterstützung, die die Gruppe der Doktrinärliberalen von den Amerikanern erfuhren. Im Gemeinderat sind zurzeit 14 Sozialisten. Neben Ansele und dem Radikalen Cambier sind nach der Demissionierung der Doktrinäre noch zwei Liberale als Stadträte gewählt worden. Der liberale Stadtrat de Brugne verblieb auf seinem Posten.

### Türkei.

#### Ein reaktionäres Komplott.

Konstantinopel, 12. Januar. In der Redaktion des reaktionären „Düfuku Ummumije“ wurden heute nachmittag gegen 30 Mitglieder des Komitees Bedakaren (d. h. für die Nation Opfern) verhaftet und verschiedene Papiere beschlagnahmt. Angeblich handelt es sich um ein Komplott gegen die bestehende Regierung.

### Persien.

#### Eine englisch-russische Intervention?

Petersburg, 13. Januar. Zwischen der russischen und britischen Regierung wurden bezüglich der Intervention in Persien Vereinbarungen dahin getroffen, daß dem Schah englische und russische Bivibeant beigesetzt werden, die ähnliche Funktionen ausüben haben, wie die bisherigen Bivibagenten in Kaschdonien. Diese Beamten sollen dem Schah behilflich sein, Ordnung zu schaffen.

### Amerika.

#### Keine Tarifrevision.

New York, 13. Februar. Wie einige Blätter wissen wollen, bekräftigen die republikanischen Mitglieder des Tarifkomitees eine Bestimmung in der neuen Tarifbill, derzufolge ein Abkommen, wie das mit Deutschland, unmöglich gemacht wird.

## Gewerkschaftliches.

### Das Land der Scharfmacher — Deutschland!

In Nr. 3 unserer Zeitung brachten wir statistische Ergebnisse der Streiks und Aussperrungen in den Vereinigten Staaten, die, soweit als es möglich war, in Vergleich gestellt wurden mit den Zahlen der deutschen Arbeitskämpfe. Als wichtigstes Resultat dieser Zusammenstellung ergab sich, daß die deutschen Aussperrungen in ihrer Zahl und ihrem Umfang die amerikanischen seit der Jahrhundertwende überflügelt haben. Daß dieser Maßstab der wirtschaftlichen Einsicht und sozialen Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums unüberlegbar ist, ganz gleich ob die Zahl der Aussperrungen oder die Summe der betroffenen Personen zum Vergleich herangezogen werden, zeigt die folgende Zusammenstellung.

Von hundert an Arbeitskämpfen beteiligten Personen wurden durch die Aussperrungen betroffen (in abgerundeten Zahlen):

	Amerika	Deutschland
1900	13	13
1901	4	17
1902	5	19
1903	20	37
1904	11	23
1905	36	29
1906		29
1907		37

Die 1905 in Amerika plötzlich emporschnellende Zahl bedeutet in Wirklichkeit keine Steigerung der Aussperrungen, sie haben sich gegen 1904 in Zahl und Größe nicht abnorm verändert; dagegen ging die Summe der an Streiks beteiligten Personen um mehr als die Hälfte gegen 1904 zurück; dies ergibt die plötzliche Steigerung. Es ist ohne weiteres ersichtlich, daß in Deutschland seit 1900 — von dieser Zeit an existiert sicheres Material — unter hundert durch Arbeitskämpfe feiernden Proletariern eine bedeutend größere Anzahl Aussperrter sind als in Amerika. Also, als in dem Lande, welches man gern als die Heimat des freiesten und schärfsten Unternehmertums dem braven Michel zum Gruseln vorhält, mit der stillen Absicht, daß er sich dadurch wieder die glückliche Zufriedenheit an den deutschen Verhältnissen holt.

Auch wenn von dem Standpunkt ausgegangen wird, daß volkswirtschaftlich nicht die Zahl der kämpfenden Personen, sondern die Häufigkeit der Fälle von Arbeits-, d. h. Produktionshemmung, rechnet, ergibt sich die Bestätigung der obenstehenden Tabelle.

Die Zahl der Aussperrungen unter hundert Arbeitskämpfen zeigt genau dasselbe Bild. Das deutsche Unternehmertum ist dem amerikanischen in der Aussperrungsprozent weit voraus.

	Amerika	Deutschland
1900	3,3	5,4
1901	3,0	4,8
1902	2,5	6,5
1903	4,0	6,4
1904	4,0	6,0
1905	5,3	10,9
1906		12,1
1907		11,1

Wenn auch in beiden Ländern die Zahl der Fälle steigt, so hat Amerika noch nicht mal die Hälfte der deutschen Höhe erklimmt, trotzdem im erstgenannten Lande bedeutend mehr gestreift worden ist.

Ueber die Schärfe der Kämpfe in den einzelnen Industrien Amerikas gibt die folgende Tabelle Auskunft. Sie erstreckt sich auf die Jahre 1881—1905. Die größte Zahl der Aussperrungen — und auch der Streiks — wurden im Baugewerbe durchgeführt. Dies trifft auch für Deutschland zu. Die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel und des Bekleidungs- und Reinigungsgewerbes kommen dem am nächsten. Im einzelnen ist das Bild das folgende:

Industriegruppen	1881—1905		Ausgesperrte von sämtlichen Kämpfenden in %
	Aus-sperrungen	Aus-gesperrten	
Baugewerbe	256	221 164	19
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	215	80 186	16,3
Bekleidungs- u. Reinigungsgewerbe	210	118 088	13,7
Ind. der Steine und Erden	149	52 386	11,9
Druckerei und Verlag	121	8 871	15,1
Metallverarbeitung	117	81 739	7,4
Ind. d. Maschinen, Instr. und Apparate	103	19 298	7,7
Ind. d. Holz- und Schnitzstoffe	96	33 546	11,7
Bergbau	73	65 561	3,1
Textilindustrie	55	45 881	11,9
Transportgewerbe	42	16 382	8,2
Leder und Lederwaren	38	8 848	21,7
Papierindustrie	4	823	26,6

Wenn auch die Papierindustrie unter 100 Kämpfenden rund 27 Ausgesperrte zählt, so kann sie bei ihrer geringen Ausdehnung doch nicht als die Industrie gelten, in der die Unternehmer am aussperrungswütigsten waren. Dasselbe gilt von den Gewerben unter Leder und Lederwaren, Bergbau und Transportgewerbe erscheinen mit auffallend wenig Ausgesperrten, dies kann aber nicht als Zeichen des sozialen Friedens betrachtet werden, da dies Resultat erscheint durch die Riesenzahl der Streikenden, 2 Millionen bei den ersteren und 1/2 Million bei den letzteren.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ und die Gewerkschaften.

Die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ in Berlin hatte es bekanntlich abgelehnt, wegen Arbeitsbedingungen ihrer Angestellten mit dem gewerkschaftlichen Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geheulenen zu verhandeln, weil sie keine „Einnischung fremder Elemente“ wolle. Mit diesem gewerkschaftsfeindlichen Verhalten der „Victoria“ haben sich in letzter Zeit verschiedene Gewerkschaftskartelle beschäftigt, und der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geheulenen veranstaltet in allen größeren Orten Versammlungen, in denen bisher gewöhnlich nachstehende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis davon, daß die Gehalts- und Arbeitsverhältnisse bei der Versicherungsgesellschaft „Victoria“ in Berlin durchaus verbesserungsbedürftig sind. Gehälter von 100 M. und darunter für Angestellte, die schon länger bei der Gesellschaft in Arbeit stehen, müssen bei der gegenwärtigen Teuerung der Lebensbedürfnisse als durchaus unzulänglich bezeichnet werden. Die sogenannten Wohlfahrtsleistungen der „Victoria“ können um so weniger als ein Ausgleich für die geringen Löhne vieler Angestellten angesehen werden, als die Angestellten darauf keinen Rechtsanspruch haben und sie dauernd mit der Kündigung des Arbeitsverhältnisses rechnen müssen.“

Die Versammlung protestiert ferner gegen das gewerkschaftsfeindliche Verhalten der „Victoria“, welches darin zum Ausdruck kommt, daß sie die Vertretung der von den Angestellten geäußerten Wünsche durch den Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geheulenen als eine Einnischung fremder Elemente zurückwies, obwohl sie früher wiederholt mit diesem Verband verhandelt hat.

Die Wirkung dieses gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens hat die „Victoria“ schon verspürt; denn sie hat auf Anfrage ihren Agenten mitgeteilt, daß sie die diesbezüglichen Nachrichten der Arbeiterzeitungen sorgfältig nachsehen möchte. Verschiedentlich haben Arbeiter erklärt, daß sie ihre Versicherungen nicht eher weiterzahlen würden, bis die „Victoria“ den gewerkschaftlichen Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geheulenen als Vertreter ihrer Angestellten anerkenne. Die Versammlung freut sich dieses solidarischen Verhaltens der Arbeiterzeitung, möchte den Versicherern aber empfehlen, sich durch den Vorfall nicht abhalten zu lassen, auf lange bestehende Policen weiterzuzahlen. Der Verzicht auf länger bestehende Versicherungen schädigt die betroffenen Versicherten selbst, trifft aber die Gesellschaft nicht; die empfindliche Stelle der „Victoria“ wird nur dann getroffen, wenn neue Versicherungen mit ihr nicht abgeschlossen werden.“

### Deutsches Reich.

#### Sparbarkeit in der Heeresverwaltung.

Die auf der Reichstagsdebate feierlichst verkündeten Spartheorien in die Wirklichkeit umzusetzen, wandelt die Heeresverwaltung sonderbare Bahnen. Sie gibt jährlich viele Tausende Geschoßkörbe in Auftrag und diese staatlichen Lieferungen haben für die Stenographie, die Korbmacherei, erhebliche Bedeutung, um so mehr, als bisher die Körbe noch leidlich bezahlt wurden. Jetzt hat man aber die Sparwut bekommen und da muß natürlich bei den Korbmachern mit Sparen angefangen werden. Für die zuletzt zur Ausgabe gelangten Lieferungen sind um fast die Hälfte niedrigere Preise als bisher angelegt worden. Der Erfolg dieser Maßnahme ist, daß die Fabrikation aus den bisherigen Produktionsorten nach den Gebieten der Heimarbeit mit den rüstungsmäßigsten Arbeitsbedingungen gedrängt wird. Das berüchtigte Zwischenmeisterstück mit allen Säcken der Hausindustrie droht in die Geschloßfabrikation einzubringen. Dagegen wollen sich die Korbmacher, und zwar mit Recht, wehren. Für Sonntag, den 17. Januar, sind an allen für die Korbmacherei in Betracht kommenden Orten Korbmacherversammlungen einberufen, in denen gegen ein solches Sparverfahren Protest erhoben werden soll. Man beabsichtigt, eine Petition an die Heeresverwaltung zu beschicken, in der gefordert wird, neben der Vertiefung zur tarifmäßigen Bezahlung das Ausschalten der Zwischenmeister in die Lieferungsbedingungen aufzunehmen. Auf diese Versammlungen wollen wir die Korbmacher allerorts aufmerksam machen.

#### Neue Scharfmachergründungen.

Auf Betreiben des geschäftsführenden Vorstandes des „Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe“, Ely Münch, ist in Ebing die Gründung eines Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe erfolgt. Die gründende Arbeitgeberversammlung sprach sich für festen Zusammenschluß

aller in Betracht kommenden Arbeitgeber aus, einerlei, ob es Hoch- oder Kaufleute sind. Betont wurde, daß die geplante Tarifgemeinschaft ein rasches, solidarisches Handeln erfordert.

Die in Graubenz kürzlich gegründete Ortsgruppe der Schachvereinigungen westpreussischer Betriebe und Arbeitgeberverbände, welche die Kreise Graubenz-Stadt und Land, Schwach, Marxenwerder und Stum umfasst, soll am geblüh den Brock haben, die Herbeiführung friedfertiger und geordneter Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Ferner Veranstaltungen städtischer Erhebungen über Arbeitsbedingungen, Arbeitseinstellungen, deren Ursachen, Dauer, Umfang und Verlauf.

Besonders sind jedoch die Mitglieder der Vereinigung verpflichtet, keine Arbeiter zu beschäftigen, die in der letzten Arbeitsstelle „betriebsunfähig“ geworden oder in einen „unberechtigten Streik“ eingetreten sind.

### Gegen den Innungsmeisterterror.

Die Jugendkommission in Kiel erläßt einen Aufruf gegen das geplante rigorose Vorgehen der Innungen beim Abschluß von Lehrverträgen. Am Schluß des Aufrufes heißt es:

„Die Gesellen- und Lehrlingsausschüsse müssen verlangen, daß ihnen diese Kontrollformulare zur Genehmigung vorgelegt werden. Sie müssen diese ungeheuerlichen Bestimmungen in ihren Sitzungen sowie durch Eingaben an Magistrat und Handelskammer bekämpfen.“

Die Gewerkschaften müssen ihre Mitglieder gegen dieses Vorgehen mobil machen.

Die Lehrlinge müssen sich in Protestversammlungen zur Wehr setzen und alles tun, was sie tun können, um ihr Recht zu verteidigen.

Alle Eltern aber müssen sich weigern, Lehrlingsverträge abzuschließen, in denen dem Lehrling sein gutes Recht auf Bewegungsfreiheit außerhalb der Arbeit und auf allgemeine Bildung genommen wird.

Wir fordern, da Gefahr im Verzuge ist, alle berechtigten Kreise auf, sofort das Äußerste zu tun, um das Attentat der Innungsbräuter, die sich eine absolut willkürliche Kreatur auf drei oder vier Jahre zur profitlichen Ausbeutung sichern wollen, zu verhindern zu machen.

Auf zum Kampf für das Recht der Jugend!

### Ausland.

#### Ganz wie in Preußen-Deutschland!

Vom Maurerstreik in Karlsbad wird berichtet: Die Streikposten werden systematisch verhindert, die fremd ankommenden Arbeiter über den Streik zu informieren, während die „nationalen“ Arbeiter die volle Freiheit haben, den Arbeitswilligen auszusuchen, daß eine Arbeitseinstellung nicht vorhanden sei und daß sie unbedenklich Arbeit annehmen dürfen. Am Freitagvormittag kamen im Zentralbahnhof 14 Arbeiter an, um an einer von der Organisation angeforderten Versammlung teilzunehmen. Die Wahnverwaltung verhinderte jedoch die Arbeiter, auszuweichen, und hielt sie solange fest, bis die herbeigerufenen Gendarmen, die hierbei gar nichts zu tun hatten, erschienen. Ein streikender Maurer, der von einem Bahnhofsfenster hinunterfiel, wurde verhaftet. Die Erbitterung der Karlsbader Bauarbeiter ist ebenso begründet wie groß; trotzdem verlief die am Freitagabend in Szene gesetzte Straßendemonstration in vollster Ruhe; nicht so wie bei einer kürzlich stattgefundenen „nationalen“ Demonstration, wo Fenstersteine eingeschlagen und sonstiger Unfug getrieben wurde. Alles verlief in bester Ordnung. Trotzdem nehmen die bürgerlichen Blätter, das „Karlsbader Tageblatt“ und das „Vadoblat“, die Straßendemonstrationen zum Anlaß, um von den Behörden verstärkten Schutz zu verlangen. Das ist eine um so größere Unverschämtheit, als die Streikenden in jeder Weise behindert werden, während die Streikbrecherorganisation im Bahnhof und auf den Straßen alles tun kann, was ihr beliebt.

Das Urteil gegen Comper und Genossen hat eine Sensation erregt, die den amerikanischen Politikern sehr unangenehm geworden ist. Präsident Roosevelt hat mit dem Generalanwalt Bonaparte eine Konferenz in dieser Angelegenheit abgehalten. Man möchte etwas tun, um den bösen Eindruck des Urteils auf die Arbeitermassen abzuföhnen. Sollten die Verurteilten um Gnade bitten, würde ihnen sofort die Strafe erlassen werden. Comper wird zwar von Roosevelt seiner politischen Gegnerkraft wegen geholt, aber Mitchell, der Vizepräsident des Arbeiterbundes, genießt großes Ansehen bei ihm und ist oft Tischgast bei Roosevelt gemein. In Arbeiterkreisen ist die Entrüstung sehr groß und Massenversammlungen zum Protest werden abgehalten. In den Bureaus des Arbeiterbundes liegen ganze Stöße von Telegrammen mit Ausdrücken der Sympathie aus allen Teilen des Landes. Auch W. J. Bryan, das Haupt der demokratischen Partei, hat telegraphisch seine Trauer über die Verurteilung kundgegeben. Die Aufregung in den Arbeitermassen wird sich so bald nicht beschwichtigen lassen, denn es kann zwei Jahre dauern, bis das Oberbundesgericht die endgültige Entscheidung in dieser Sache treffen wird.

Die brasilianischen Angestellten der Great Western Railway Company sind in den Ausschand getreten. Die antienglische Stimmung ist im Wachsen begriffen. Die Polizei rüde zur Aufrechterhaltung der Ordnung aus, war aber nicht imstande, einen Überfall der Streikenden auf die Hauptbureaus der Gesellschaft zu verhindern. Die Ausständigen haben das rollende Material in Händen und sind tatsächlich im Besitz der Bahnhöfe. Weitere Gewalttätigkeiten sind zu befürchten. Die Truppen werden in Bereitschaft gehalten.

Nach einem Telegramm aus New York ist es zwischen den Ausständigen und den brasilianischen Truppen zu einem Zusammenstoß gekommen, bei dem zwei Personen getötet und sechzig verwundet wurden, unter letzteren mehrere Offiziere und Soldaten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Das Blümlein Rührmichnichtan.

Kassel, 13. Januar. (W. S.) Das Oberlandesgericht verwarf die Revision des Volksblattredakteur Hauschild, der gegen das Landgerichtsbekanntnis, durch das er wegen Veteiligung der Ortsgruppe des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden war, eingelegt hatte.

### Der Tod in der Grube.

Reflega (Rom. Krasso-Sporenth), 13. Januar. (W. S. W.) Im Almassischacht des Kohlenbergwerks fand eine Gasausströmung statt, wodurch zehn Arbeiter getötet wurden, zwei Mann werden vermisst.

### Korruption.

Belgrad, 13. Januar. (W. S. W.) Der Vorstand der artillerietechnischen Section des Kriegsministeriums Oberst Blajisch und der Direktor der Pulverfabrik in Obiliceno Oberleutnant Stanowjewitsch wurden durch königlichen Ukas zur Disposition gestellt. Gegen beide Offiziere hatte die „Stampa“ vor mehreren Wochen schwere Anklagen wegen großer Mißbräuche bei Erzeugung und Lieferung des Gewehrpulvers für die serbische Armee erhoben. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.



Reichstag.

188. Sitzung vom Mittwoch, den 13. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Sadow, Dernburg.

Debattelos wird die Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1876 erlassenen Anleihegesetze entgegengenommen. Es folgt die

erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1908.

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.): Seit Jahren kommt eine solche Vorlage von den Verbündeten Regierungen ohne Begründung an den Reichstag und wird debattelos angenommen. Daraus darf aber nicht geschlossen werden, daß das Provisorium, das wir auch jetzt wieder für ein Jahr beschließen, ein zufriedenstellender Zustand ist. Daß 38 Jahre nach der Gründung des Reiches das Reich noch einer geordneten eigenen Inflation zur Kontrolle seiner Rechnungen entbehrt, ist ein Mibstand. Wir müssen verlangen, daß das Deutsche Reich statt der preussischen Oberrechnungskammer, deren Befugnisse durch eine Kabinettdorder aus dem Jahre 1825, also aus der absolutistischen Zeit geregelt sind, eine eigene Inflation zur Kontrolle seiner Rechnungen erhält. Wir erwarten einen entsprechenden Gesetzentwurf noch in dieser Session. (Bravo!)

Abg. Dr. Görde (natl.): Der Reichstag hat bereits wiederholt ein Komptabilitätsgesetz verlangt. Ich beziehe mich auf eine Resolution vor, den Reichsfinanzminister um ein solches Gesetz, wie es der Abg. Mugdan wünscht, zu ersuchen.

Damit schließt die Beratung. Da eine Kommission nicht beantragt ist, findet die zweite Beratung im Plenum und zwar sofort statt.

Debattelos wird der Gesetzentwurf und die inzwischen eingegangene Resolution Görde und Genossen (natl.) angenommen. Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die

erste Beratung der Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für das Rechnungsjahr 1907.

Abg. Görde (natl.) bemängelt eine Reihe von Etatsüberschreitungen; der Titel zur Unterstützung der Familien der eingezogenen Reservisten ist um 30 Proz. überschritten. Man sollte doch erwarten, daß gerade diese Ausgabe von der Heeresverwaltung vorher genau berechnet werden könnte. Für die Dienstwohnung des Staatssekretärs des Innern finden wir 130 000 M. verausgabt; dafür kann man schon ein sehr schönes Familienhaus bauen. (Heiterkeit.)

Abg. Erzberger (S.): Es ist seltsam, daß bei der Beratung der Uebersicht der Ausgaben die Chefs der Reichsämtler nicht anwesend sind; sie erscheinen hier nur, wenn ihnen die Gelder bewilligt werden sollen, nicht aber, wenn sie Rechnung legen sollen über die Verwendung der bewilligten Gelder. Das Bild, das die Zahlen ergeben, ist ein sehr trauriges, die Ueberschreitungen des Etats wachsen von Jahr zu Jahr; der Heeresetat ist um 13,8 Millionen, der Marineetat um 5,8 Millionen überschritten. Das zeigt nicht von einer sparsamen Wirtschaft. Daß 130 000 M. für die Instandsetzung der Dienstwohnungen, nicht des Gebäudes, sondern der Wohnung des Herrn v. Bethmann-Hollweg ausgegeben sind, zeigt, daß in den maßgebenden Stellen der Geist der Sparlosigkeit nicht herrscht. Wäre diese Summe für diesen Zweck in einem Nachtragsetat gefordert worden, so wäre sie hier sicher von niemand bewilligt worden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Gründe von Etatsüberschreitungen, die in die Millionen gehen, werden und nicht mitgeteilt; aber wenn die Heeresverwaltung eine Ersparnis von einem Biennig gemacht hat, wird uns das mit einer eingehenden Begründung mitgeteilt. (Heiterkeit.) Dringend notwendig ist ein Gesetz über die Etatbewirtschaftung; aber mit den Etatsüberschreitungen könnte auch ohne solches Gesetz aufgeräumt werden, wenn der Reichstag sich entschließen würde, Etatsüberschreitungen und anherbeizumühlgende Ausgaben ganz oder teilweise abzulehnen. Ganz formell bemerke ich die Ausgabe von 12 000 M. als „Neuegelehen an die Mannschaften“.

nicht wegen der Höhe des Objekts, sondern weil ein solcher Titel im Etat nicht vorhanden ist und deshalb die Marineverwaltung nicht berechtigt ist, den Mannschaften solche Zuwendungen aus Anlaß der Anwesenheit des Kaisers zuzuwenden. Beim Etat des Kolonialamts finden wir Etatsüberschreitungen wie kaum bei einem anderen Etat. Ueberschreitungen von 45 Proz., 70 Proz., 95 Proz. finden wir hier bei den einzelnen Titeln! Für den kaufmännischen Geist des Leiters des Kolonialamts ist das kein gutes Zeichen. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Staatssekretär des Reichsamts des Innern v. Bethmann-Hollweg: Ich finde es begreiflich, daß der Reichstag erkaunt ist, daß für die Instandsetzung meiner Dienstwohnung 130 000 M. ausgegeben sind. Einstweilen will ich nur bemerken, daß in der Wohnung seit 20 Jahren nichts gechehen war. Ein beträchtlicher Teil der Ausgaben bezieht sich übrigens nicht auf die Wohnung, sondern auf die Arbeiterräume, für die ein Anbau geschaffen wurde. In der Kommission werde ich die Ausgaben im einzelnen spezialisieren, und auch von den Chefs der übrigen Verwaltungen werden die notwendigen Aufklärungen dort gegeben werden.

Abg. Koske (Soz.):

Der Abg. Görde hat auch den unangenehmsten Dingen noch eine angenehme Seite abgewonnen, indem er sich zum Schluß seiner Ausführungen darüber freute, daß die riesigen Etatsüberschreitungen doch wenigstens zu einem Teil durch Mehreinnahmen ausgeglichen sind. Im Gegenzug zu ihm halte ich die vorliegende Uebersicht für ganz anherberbeizumühlgend ungünstig. Schon im Jahre 1907 war die Finanzlage recht ungesund, und der Etat konnte nur durch einen hohen Anleihebetrag balanciert werden. Die Schlusssummen über die Einnahmen sind sehr unerfreulich geworden, obwohl doch das Jahr 1907 noch nicht so sehr unter der wirtschaftlichen Krise litt wie das Jahr 1908. Deshalb sehen wir bei den Jöllen im Jahre 1907 auch eine Mehreinnahme von über 44 Millionen. Die neuen Steuern dagegen zeigten eine Minderernte von 48 Millionen. Die Ueberschüsse der Post haben eine große Enttäuschung bereitet. Der Staatssekretär des Reichspostamts hat die Verteuerung des Verkehrs mitgeteilt. Als Resultat zeigt sich eine Minderernte von 18 1/2 Millionen gegenüber dem Etatsansatz. Es wird hier namentlich in der letzten Zeit so oft davon gesprochen, daß die Reichsregierung möglichst einheitlich sein soll. Die vorliegende Rechnungsübersicht zeigt von dieser Einheitlichkeit, namentlich zwischen dem Reichsfinanzamt und den anderen Ressorts, gar nichts. Bevor der Etat an den Reichstag gelangt, sieht das Reichsfinanzamt mit den anderen Ressorts in Verbindung, sobald der Etat verabschiedet ist, scheinen diese Verbindungsdrähte zerhackt. Sonst wäre es gar nicht erklärlich, daß bei der Rollage des Reiches und bei den Klagen des Reichsfinanzsekretärs diese Ueberschreitungen gemacht werden. Besonders bei der Marineverwaltung ist jede Rücksichtnahme auf die Lage des Reiches zu vernachlässigen. Daß Etatsüberschreitungen vorkommen, ist ja ganz selbstverständlich, aber dagegen muß der Reichstag sich wehren, daß so riesengroße Ueberschreitungen vorkommen, wie es im Jahre 1907 und auch früher bei einer Reihe von Verwaltungen der Fall war. Freilich zeigt eine Reihe von Positionen auch Mindererträge, wenn man aber das Resultat ansieht, so findet man niemals, daß etwa weniger Geld ausgegeben ist, als der Reichstag bewilligt hat. Hat etwa das Reichsfinanzamt es im Jahre 1907 verabsäumt, die einzelnen Verwaltungen darauf aufmerksam zu machen, daß äußerliche Sparmassen geboten sei, oder ist solche Mahnung ergangen und im Kriegsministerium und im Reichsmarineamt einfach in den Wind geflogen worden? Bei allen Ressorts haben wir gewaltige Etatsüberschreitungen. Die Mehrausgaben übertreffen die Mindererträge um 46 Millionen Mark. Wenn Ordnung in die Finanzen gebracht werden soll, darf es sich der Reichstag nicht gefallen lassen, daß in der Weise über die Voranschläge des Etats hinausgegangen wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit heiligem Eifer arbeitet man hier, um Ersparnisse bei der Etatsaufstellung zu machen. Sobald aber der Etat fertiggestellt ist, sehen wir, daß die einzelnen Ressorts tun, was

ihnen paßt, und soviel Geld ausgeben, als sie wollen. Und zwar tun das alle Ressorts! Die

Ueberschreitungen

beginnen schon beim Auswärtigen Amt, dafür herrscht in diesem Amt ja auch große Ordnung, wie die bekannte Pfeinnigergeschichte beweist. (Heiterkeit.) Das Auswärtige Amt hat eine erstaunlich große Zahl von Mindererträgen aus dem Grunde, weil eine große Zahl von Stellen nur kommissarisch oder gar nicht besetzt sind. Da müssen wir doch fragen, ob diese Stellen überhaupt notwendig sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Freilich befindet sich ein erheblicher Teil der Beamten des Auswärtigen Amtes stets auf Anzügen, wie aus dem Kapitel über die Anzugskosten zu ersehen ist. Der Herr Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg hat versichert, daß ihm die Ueberschreitung in Höhe von 130 000 M. unangenehm ist. Wir glauben ihm das. Aber auf eine so kolossale Ueberschreitung muß man hier aufmerksam machen. Bei den Anzugskosten haben wir Ueberschreitungen im Betrag von 285 000 M. Das ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die Ernennung des Petersburger Gesandten zum Minister auch Verletzungen in München, Haag und Stockholm zur Folge gehabt hat. Es wäre interessant, zu wissen, wie teuer uns das Vergnügen geworden ist, Herrn von Schoen hier begrüßen zu können. Für Depeschen und Post hat das Auswärtige Amt 754 000 M. ausgegeben. Das ist eine Folge unserer Regierung im Umherziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Um die Blockpolitik den Freisinnigen schmackhaft zu machen, hat Herr v. Billow 1907 Ersparnisse versprochen. Als der Kriegsminister wegen dieser Ersparnisse befragt wurde, hat er auch Ersparnisse nicht für unmöglich erklärt. Die vorliegende Uebersicht zeigt aber keine besondere Ansicht über Sparmassen. Er hat nämlich nicht etwa weniger Geld ausgegeben, sondern ganz horrende Ueberschreitungen gemacht. Nur einige Beispiele will ich dafür anführen. Zweifelslos wurde einem besonders dringenden Notstand abgeholfen, indem für die Adjutanten des Kaisers, reine Paradeoffiziere, für die bereits der Etat eine Ausgabe von 118 164 M. vorsah, 20 696 M. mehr ausgegeben wurden. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß für Naturalien einige Millionen Mark mehr ausgegeben sind als im Etat vorgesehen, muß in der Hauptsache ruhig hingenommen werden, weil es eine Folge der Sozialpolitik ist, die von der Mehrheit des Reichstages betrieben wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei den Unteroffiziersprämien sehen wir Ueberschreitungen von fast 1 1/2 Millionen Mark. Auf die Ueberschreitungen bei den Wanderversuchen in Höhe von 1 Million Mark hat Herr Erzberger mit Recht hingewiesen. Die Militärverwaltung hat 1907 gewußt, daß mit einem Defizit zu rechnen ist. Da sollte es doch ganz selbstverständlich sein, daß sie nicht mehr Geld ausgibt, als bewilligt ist. Davon ist aber nichts zu spüren. Bei der Prüfung der Rechnungen ist es schwierig, einen tieferen Blick in das Getriebe der Verwaltung zu tun. Aber an einem Beispiel kann ich nachweisen, daß das Kriegsministerium schon bei der Etatsaufstellung mit Ueberschreitungen rechnet. Im Jahre 1907 ist bei den Remontenläufen für das Pferd ein Durchschnittssatz von 970 M. in den Etat aufgenommen, bezahlt wurde 61 1/2 M. mehr! Im Jahre 1908 ist in den Etat trotzdem nur ein Durchschnittssatz von 980 M. eingesetzt, wir werden also auch hier eine gewaltige Ueberschreitung zu erwarten haben, eine Ueberschreitung, mit der das Kriegsministerium also schon bei der Aufstellung des Etats gerechnet hat. Unter solchen Umständen kann natürlich nicht Ordnung in unsere Finanzen kommen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Beispiel des Kriegsministeriums wirkt auch auf die Marineverwaltung. Die Durchberatung einer ganzen Reihe von Titeln im Reichstage ist zwecklos, wenn diese Verwaltung so verfährt, wie die Uebersicht zeigt. Dann sollte man der Marineverwaltung lieber ein Pauschalquantum bewilligen und sie wirtschaften lassen, wie sie will, natürlich auch mit dem Recht der Etatsüberschreitung. (Heiterkeit.) Der Offizierspensionsfonds zeigt eine Ueberschreitung von 100 000 Mark, eine Ersparnis dagegen von 168 000 Mark zeigt der Titel Mannschafspensionen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei den armen und kranken Leuten wird gespart, Hunderttausende dagegen werden für gesunde Offiziere ausgegeben, die gehen ihren

Kleines feuilleton.

Der Kampf um die Vivisektion. Mehr Gerechtigkeit gegenüber der Vivisektion und ihren Gegnern kann man von einem Arzt wirklich nicht verlangen, als sie der berühmte Pariser Physiologe Charles Richet in einem jetzt veröffentlichten Werke übt, das nicht in französischer, sondern in englischer Sprache erschienen ist, wahrscheinlich um die in England besonders heftigen Feinde der Vivisektion zu einem vernünftigen Maß der Uebersetzung zurückzuführen. Professor Richet erkennt ohne weiteres an, daß die Antivivisektionisten der allgemeinen Moral einen wirklichen Dienst damit erwiesen haben, daß sie die öffentliche Aufmerksamkeit auf die früher von manchen Leuten in der Vivisektion begangenen Auswüchse gelenkt haben. Sie können sich auch selbst dazu beglückwünschen, daß sie mit ihren Predigten Erfolg gehabt haben, aber sie haben sich leider von Ueberschreitungen nicht fern gehalten und wollen mehr erreichen, als ihnen von der Wissenschaft, die für die Gesundheitshaltung oder Heilung der Menschheit verantwortlich ist, zugestimmt werden kann. Es wird nicht jeder bereit sein, bei den Operationen mitzuwirken, die an einem Pferd zur Gewinnung von Heilmitteln gegen Diphtheritis vorgenommen werden müssen, auch wenn er sich eine vernünftige Einsicht in die Notwendigkeit dieser „Tierquälerei“ abringt. Nicht macht die erstaunliche Mitteilung, daß durch die Vermengung des Serum während der letzten fünfzehn Jahre in Frankreich 1 350 000 Kinder von Tod durch Diphtheritis gerettet worden sind. Angesichts einer derartigen Tatsache erscheint es verständlich, daß der Physiologe sagt: „Diese sogenannte Menschlichkeit der Antivivisektionisten scheint mir der Gegenfah von Menschlichkeit zu sein.“ Es ist auch vernünftig unrichtig anzunehmen, daß Tiere in gleichem Grade unter Krankheiten leiden wie der Mensch. Der Umstand, daß auch unter den Menschen ganz außerordentlich große Verschiedenheiten in der körperlichen Widerstandsfähigkeit vorhanden sind, kann diesen Schluß nur bestärken, ebenso die geistliche Wahrheit, daß noch vor wenigen Jahrhunderten, als die Chirurgie noch in ziemlicher Dunkelheit lag, Operationen am völlig bewußten Menschen vorgenommen wurden, die heute ohne Betäubung undenkbar erscheinen würden.

Theater.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus: „König Christian II.“ Schauspiel von Adolf Paul. Adolf Paul, ein schwedischer, seit vielen Jahren in Berlin ansässiger Schriftsteller, hatte in seiner „Doppelgängerkomödie“ und „Teufelsbräu“ wenn auch nicht Gestaltungsvormögen, so doch Eigenart der geistigen Physiognomie gezeigt. Er schien ein Mann von barockem Einfällen, der abseits von der ausgetretenen Piste nach neuen Pfaden suchte. Daß er als junger Mensch ein Ding wie diesen Christian verdrogen, wäre an sich nicht verwunderlich. Schlimmer ist es, daß er an dieser Ausgeburt der Seele so viel Gefallen fand, um sie der Öffentlichkeit zu präsentieren; am schämmsten und verwunderlichsten aber, daß er auch jetzt noch so wenig Urteil über sie besitzt, um eine Aufführung zu gestatten. Formlos, ohne irgend einen persönlichen Anknüpfungspunkt in der Behandlung des Stofflichen, ja selbst ohne den Versuch, die „Handlung“ zu irgend einer allgemeinen Idee in Beziehung zu setzen, steht er Szene an Szene. Länger als dreieinhalb Stunden dauert das Spiel.

Der im Programmheft abgedruckte Artikel gab die beruhigende Gewißheit, daß, was auf der Bühne vorgetragen wurde, jedenfalls den Wert besitze, sich dem Rahmen der historischen Tatsachen getreulich einzufügen. Wie der Paulische hat auch der wirkliche Dänenkönig Christian II., ein Zeitgenosse der deutschen Reformation, ein holländisches Bürgerkind zur Liebsten gehabt; hat auch der wirkliche nach ihrem Tode in eifersüchtigem Wahn Befehl zur Hinrichtung des Schloßherrn Torben Ore erteilt; war er ein jähzorniger graunamer Despot, der durch gehäufte schandvolle Untaten das unterworfenen Schweden wie den dänischen Adel in den Aufstand trieb. Auch der wirkliche ließ sich, so lange ihm die Krone blieb, von der herrschsüchtigen Intrigantengattin Stegbrüt Wilund, der Mutter der Geliebten, leiten und häßte hier sein Willkürregiment mit siebzehnjähriger Gefangenschaft. All das und eine große Menge anderer Details kann man aus diesem Stücke lernen, wodurch es freilich nicht interessanter wird. Wohllos schiebt Paul mal diese mal jene Figur je nach Belieben vor. Zu den wenigen Personen, die nicht vergiftet, gehängt, enthauptet und verbrannt werden, gehört der bucklig lahme Hofnarz, der aber offenbar nur darun diesem Schicksal entgeht, weil er dem letzten Akte, für den sonst jeder Zuschauer ein Schloßpfeiler Relief von Raritätenstücken geben soll. Dabei ist sein Gebrede womöglich noch trivialisier als das der übrigen.

Herr Werner mimte den kollernden Jähzorn Christians so natürlich, daß ein gutes Teil der Sätze — übrigens kein Schade — unverständlich blieb. Mit der unantworbaren Rolle des Narren mußte Herr Lettinger sich abfinden. Am annehmbarsten kamen noch die beiden Holländerinnen, Mutter und Tochter, im Spiel von Marie Jammisch und Fr. Heisler herauf. Das Publikum trieb die Geduld so weit zu Klaffen.

Caspiel-Theater (Köpenicker Straße): „Der Pfennigreiter“. Schauspiel von E. v. Wald-Jedtwig und A. Bernstein-Sawersky. Der nicht gewöhnliche Titel des Stückes wird von den Verfassern motiviert durch einen alten Brauch. Vor vielen hundert Jahren hat ein Vorfahre des holländischen Grafen Soeren das Unglück gehabt, bei einer Jagd in einen Sumpf zu geraten. Einem seiner Bauern verspricht er, wenn er ihn rettet, den ganzen Sack (Wald) unter der Bedingung, daß der Retter alljährlich eine Handvoll Pfennige als Zins reitend auf ungetafeltem Pferde ins Sumpf zu bringen habe. Daß ihm jedesmal die Gräfin einen Ehrentitel kredenzen müsse, ist die vom Retter gestellte Bedingung. Das ist so bis heute geblieben. Die Verhältnisse haben sich jedoch geändert. Die Nachkommen des Bauern sind wohlhabend geworden, die gräfliche Familie ist „degeneriert“. Auf diesem Hintergrunde spielt sich das Schauspiel ab. Zwischen dem Sohne des „Pfennigreiters“ und der jungen Komtesse knüpft sich ein Liebesband. Jugendfreundschaft besteht auch zwischen dem jungen Grafen und der Tochter des Pfennigreiters. Mehr noch: sie liebt ihn. Er ist aber ein leichtfertiger Säuermacher und Schürzenjäger. Seine Wege hat sich ein Arbeitermädchen ertränkt. So rollt sich denn die Handlung auf, in deren Verlauf allerlei Ausfälle und Explosionen sich begehen. Am Schluß stürzt sich der vom Vater verstohlene Grafensohn ins Wasser usw. Leider haben die Autoren nur ein Strohfeuer angezündet. „Der Pfennigreiter“ erweist sich bei Lichte besehen, als eine hohle, nur äußerlich theatemäßig aufgedunnte Masche voller Albernheiten und Unmöglichkeit. Mehr lohnt es nicht zu sagen. Das Stück war nicht übel inszeniert. Zwei Mitwirkende fielen durch achtbare darstellerische Leistungen auf, nämlich Ernst Schläu als Johannes Erbe und Paul Herzberg als Vetter des „Pfennigreiters“.

Humor und Satire.

Das neue Theaterstück. „Erzählen Sie mir etwas von dem neuen Theaterstück, das Sie gesehen haben,“ hat die junge Dame. „Wie man sagt, ist der Schluß des dritten Aktes besonders großartig. Würden Sie mir den nicht mal beschreiben?“ „Sehr gern,“ entgegnete der junge Mann mit den geplatzten Handschuhen grimmigen Tones. „Die Heldin trat langsam auf und kniete, den Dolch in der Hand, hinter einem Haufen rosa Seidenband nieder. Dann tauchte der Held aus einem großen Büschel purpurner Blumen auf, und sie fiel, sobald sie ihn bemerkt hatte, über ihn her, nach zweimal mit einer wunderschönen Dutnadel nach ihm, worauf er in eine hübsche weiße Reiterfeder zurückfiel.“ — „Wovon in aller Welt reden Sie denn da eigentlich?“ rief seine holde Zuhörerin aus. — „Ja, sehen Sie,“ versetzte der Erzähler, „die Dame vor mir weigerte sich, ihren Hut abzusetzen, und dies ist daher die Art, wie mir die Szene erschienen ist.“ (Antwort.)

Notizen.

— Vorträge. Die Vortragszyklen (Einführung in die Erdkunde und über Astronomie), die in den Urania-Instituten angekündigt waren, werden bis Mitte Februar verschoben, da Dr. P. Schwan in das Erdbereichgebiet von Messina abgereist ist. Die bereits gelösten Abonnementkarten behalten ihre Gültigkeit oder werden zurückgenommen.

— Die Neue freie Volksbühne veranstaltet am Sonntagabend im Blüthnersaal für ihre Mitglieder einen Schumann-Verlitz-Abend mit dem verstärkten Blüthner-Orchester unter Oscar Frieds Leitung. Auf dem Programm steht u. a. die Symphonie fantastique von Verlitz.

— Bilder aus Oberägypten, aufgenommen nach dem photographischen Dreifarbenverfahren, wiedergegeben durch den Dreifarben-Projektionsapparat, führte Professor Dr. Niethe am Dienstag in der Urania vor. Die Bilder geben Landschaftsbilder und Einzelmotive aus dem fruchtbaren Niltal und den öden Ebenen der libyischen Wüste. Zahlreiche Aufnahmen aus den Ruinen von Assuan und Theben geben eine anschauliche Vorstellung von der Großartigkeit altägyptischer Bauwerke, deren Reste sich unter dem Schutt von Jahrtausenden erhalten haben und erst in jüngster Zeit wieder zutage gefördert sind. Alle diese Szenenheiten einer fremden Welt wurden und vor Augen geführt nicht nur in greifbar scheinender Plastik, sondern auch in einer überaus lebhaften und Natürlichkeit der Farben, wie sie nur die Methode des Dreifarbenverfahrens wiedergeben vermag. Hervorragend wirkten die Aufnahmen von Dämmerungserscheinungen in der arabischen Wüste. Man konnte glauben, die leuchtende Glut des Abendhimmels wirklich vor sich zu sehen, so natürlich war die Wiedergabe der Farben.

— Neuentdeckte Höhlenmalereien in Spanien. Der Direktor der Schule der Wissenschaften und Künste von Zorrillavega berichtet von der Auffindung prähistorischer Malereien in den Grotten von Binal, Loja, Santian und Clotilde. Die interessantesten Beispiele prähistorischer Kunst fanden sich in der Grotte von Binal; in den merkwürdigen Darstellungen sah man einen Menschen, Felle, bei denen der Stiel anders gefärbt war als die Klinge, sowie Darstellungen von Affen, Pferden, Fischen und eines Fisches. Durch die neu aufgefundenen Grotten wächst die Zahl dieser mit Zeugnissen der prähistorischen Kunst geschnittenen Höhlen auf 86 an.



Wissen pensioniert werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch der Kolonialrat weist Ueberschreitungen auf, wie bereits Kollege Erzberger hervorgehoben hat. Die Hoffnungen, die man auf das neue Regime Dornburg gesetzt hat, haben sich als trügerisch erwiesen.

Beim Postetat sind die Ueberschreitungen besonders enorm, so daß dieser Etat, wie er vom Reichstag festgestellt ist, nur den Wert eines Vorschlags hat. Ein sich find ja Ueberschreitungen beim Postetat noch am begreiflichsten; aber wenn sie in einer solchen Höhe vorkommen, so sind die Plenar- und Kommissionberatungen über den Postetat die reine Komödie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wozu berät dann die Budgetkommission wochenlang über die Details des Postetats? (Sehr wahr!) Wenn der Reichstag auf sein Bewilligungsrecht Wert legt, darf er sich diese Wirtschaft nicht länger gefallen lassen. Ich freue mich, daß man jetzt auch von anderer Seite mit Verbesserungsvorschlägen kommt. Ich verspreche mir aber nicht allzuviel von diesen Vorschlägen und sehe in der energischen Handhabung des Ablehnungsrechts das beste Mittel, das Bewilligungsrecht zu wahren. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hug (Z.) (auf der Tribüne schwer verständlich) scheint gleichfalls die Staatsüberschreitungen zu tadeln.

Generalmajor v. Lohow erklärt, daß er die Rede des Abg. Roske zwar nicht gehört habe, jedoch die Wichtigkeit der Ausführungen über die Remontepferde und die Offiziers- und Mannschaftspensionen bestreiten müsse.

Abg. Roske (Soz.): Es ist allerdings ein mißlich Ding, wenn man, wie der Vordrucker, auf eine Rede antworten will, die man nicht gehört hat. (Sehr gut!) bei den Sozialdemokraten. Ich habe durchaus keine „Unterstellungen“ gemacht, sondern Tatsachen angeführt und zahlenmäßig belegt. Die Ueberschreitungen beim Ankauf der Remontepferde waren durchaus überflüssig; die Festsetzung der Preise liegt völlig in der Hand der Militärverwaltung. — Ich habe durchaus nicht behauptet, daß den Mannschaften Pensionen widerrechtlich vorenthalten werden; ich habe nur die Tatsache angeführt, daß die Offizierspensionen den Vorschlag weit überschritten haben, die Mannschaftspensionen hinter dem Vorschlag zurückgeblieben sind. Das beweist, daß die — meist untreue Willigen — Verabschiedungen von Offizieren sich wieder stark vermehrt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Generalmajor v. Lohow bekräftigt erneut, daß man sich beim Ankauf der Remontepferde genau an den Vorschlag halten könne und daß ein innerer Zusammenhang zwischen den Offiziers- und den Mannschaftspensionen bestehe.

Abg. Roske (Soz.): Jeder Sachkenner weiß, daß die Militärverwaltung die Preise für Remontepferde selbst festsetzt und daß diese Preise höher sind als die Marktpreise. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird an die Rechnungs-Kommission verwiesen.

Es folgt die erste Lesung der Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Kolonien für das Rechnungsjahr 1907.

Abg. Erzberger (Z.) erkennt mit Befriedigung an, daß die Schlüsselnahmen bei den Einnahmen und Ausgaben der Kolonien durchweg imgehalten seien. Im einzelnen sind freilich allerhand Ueberschreitungen vorgekommen. Die Offiziere werden durchweg viel zu früh für tropenmäßig erklärt. Daß man in Uganda ein Krankenhaus ohne Wasserleitung gebaut, war ein rechtliches Schuldverhältnis. — Die Schutztruppe erlaubt sich oft solche Ausschreitungen, daß man auf Maßnahmen zum Schutze der Eingeborenen gegen die Schutztruppe denken sollte. Im allgemeinen ist für die gerügten Mißstände die frühere und nicht die jetzige Kolonialverwaltung verantwortlich.

Staatssekretär Dornburg: Die Nachrichten über die Mißhandlung von Kameruner Hauptlingen durch Schutztruppen werden geprüft werden. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Uebrigens besteht die Kameruner Schutztruppe aus schwarzen Soldaten.

Direktor im Kolonialamt Conze tritt verschiedenen Ausführungen Erzbergers entgegen.

Abg. Roske (Soz.): Die Erklärung des Staatssekretärs über die Schenkschleichen, die von Schutztruppen begangen sind, kann eine besondere Befriedigung nicht auslösen. Als Entschuldigung der Vorkommnisse kann es nicht angesehen werden, wenn der Staatssekretär sagt, die dortigen Soldaten betrogen sich, wenn sie losgelassen werden, genau so wie ihre Landleute. Das glaube ich wohl, ja zum Teil werden sie sich noch schlimmer betrogen, weil ihnen ein übertriebener Machtglauben ihren Landleuten gegenüber beigebracht ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Offiziere müssen eben dafür sorgen, daß diese Leute nicht losgelassen werden, (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) und deshalb frage ich, was mit den Offizieren geschehen ist, denen jene Schutztruppe unterstellt war? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Rechnungsüberblick über Kautschou betrachte auch ich es als einen Fortschritt, daß sie uns schon nach 2 Jahren, statt wie früher, nach 10 Jahren vorgelegt ist. Das Lob, das hierfür dem Kolonialsekretär zu spenden ist, ist aber doch sehr einzuhalten; eine ganze Reihe der früher hier gerügten Mißstände dauern fort. Sehr bedenklich ist die Einnahme, welche von den unterworfenen Eingeborenen eingetrieben ist; denn nach der Niederwerfung des Aufstandes befanden sich die Eingeborenen in einem ganz elenden Zustande. Unter den Staatsüberschreitungen finden wir auch einen Posten von 16 000 Mark, der dadurch veranlaßt ist, daß der Gouverneur v. Büllow ein ganzes Jahr in Berlin weilte und sein Gehalt hier in die Tasche steckte; diese Ausgabe wird im Lande mit gemischten Gefühlen aufgenommen werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Uebersicht für Südwestafrika zeigt sich sogar ein Neberschuß. Aber über die Verwendung von 75 Millionen Mark fehlt jedes Wort. Da kann man überhaupt nicht von einer Abschreibung sprechen, wie wir sie verlangen müssen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arning (nall.): Wenn das Haus früher mehr für die Kolonien bewilligt hätte, so wären die Ueberschreitungen nicht vorgekommen.

Abg. Erzberger (Z.) polemisiert gegen die Ausführungen des Direktors im Kolonialamt Conze.

Staatssekretär Dornburg: Daß die Eingeborenen Südwestafrikas, wie Herr Roske bemängelt hat, zu der Entschädigung der dortigen Weiden herangezogen worden sind, entspricht einem ausdrücklichen Reichstagsbeschluss von 1900. Daß bei der Uebersicht für Südwestafrika der Ueberschuß kein wirklicher, sondern nur ein statistischer ist, gebe ich zu.

Abg. Roske (Soz.): Bei meiner Kritik der Auflage an die Eingeborenen habe ich mich auf die Denkschrift der Regierung gestützt, in der die Lage der Eingeborenen als ganz trostlos geschildert ist. Bei der Abschreibung für Südwestafrika wiederhole ich, daß über 75 Millionen Mark gar nicht Rechnung gelegt ist, und das ist eben keine Abschreibung.

Damit schließt die Beratung. Die Vorlage geht an die Rechnungsprüfungskommission.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Wechselstempelsteuer.

Der Entwurf sieht Minderungen in den Strafbestimmungen des Wechselstempelgesetzes vor sowie Erleichterungen in bezug auf die Verschämung und Haftung der Beteiligten.

Abg. Dr. Dove (fr. Bg.) begrüßt den Entwurf mit Freude, weil er den Wechselverkehr erleichtert.

Damit schließt die Beratung. Da die Verweisung an eine Kommission nicht beantragt ist, wird die zweite Beratung im Plenum stattfinden.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend

## Die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte.

Der Entwurf bestimmt, daß als Armenunterstützung, die den Verlust öffentlicher Rechte bedingt, nicht anzusehen ist:

1. die Krankenunterstützung;
2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege;
3. Unterstützungen zum Zwecke der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf;
4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung außerordentlicher Notlage gewährt sind;
5. Unterstützungen, die erstattet sind.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Das vorliegende Gesetz entspricht einem wiederholt geäußerten Wunsche des Reichstags. Ich beabsichtige mich heute auf kurze Bemerkungen: Durch unsere soziale Gesetzgebung ist der Begriff der Armenunterstützung modifiziert worden. Andererseits hat die Rechtsprechung Verpflegung in Krankenhäusern usw. unter den Begriff der Armenunterstützung gebracht, was der modernen Auffassung widerspricht. Daher haben die verbündeten Regierungen diesen Gesetzentwurf eingebracht, dessen negative Fassung sich aus der Schwierigkeit oder Unmöglichkeit ergab, eine positive Fassung zu finden.

Abg. Dr. Mayer-Kaufmann (Z.): Entgegen dem Optimismus des Ministers halte ich an der Hoffnung fest, daß sich eine positive Fassung an Stelle der negativen finden lassen. Der Gesetzentwurf geht über die vom Reichstags geäußerten Wünsche sogar noch hinaus und, wenn er auch am Prinzip festhält, daß wirtschaftliche Selbstständigkeit die Vorbedingung der Teilnahme am politischen Leben sei, so durchläßt er doch das Prinzip derart, daß praktisch nur wenig von ihm übrig bleibt. Italien und namentlich Frankreich sind noch weiter gegangen. Vielleicht empfiehlt es sich, nach italienischem Muster auch dauernde kleine Unterstützungen, wenn sie unverschuldet sind, zu den Anwendungen hinzuzufügen, die nicht als Armenunterstützung angesehen werden sollen.

Abg. Graf Westarp (lonf.) steht dem Entwurf im allgemeinen sympathisch gegenüber, fürchtet aber, daß man in der Auslegung schließlich so weit gehen werde, jede Armenunterstützung unter das Gesetz zu bringen. Die Konterpartien sind, gleich dem Zentrum, bereit, dem Gesetze eventuell auch ohne Kommissionsberatung zuzustimmen, werden aber andererseits einem Antrag auf Kommissionsberatung nicht widersprechen.

Abg. Coerling (nall.): Meine politischen Freunde begreifen die in diesem Gesetzentwurf gegebene Interpretation, welche Härten bei der Auslegung des Begriffes der Armenunterstützung zu besorgen geeignet ist. Aber die prinzipielle Frage, ob zwischen verschuldeten oder unverschuldeten Armenunterstützung unterschieden werden soll, ist nicht so leicht zu entscheiden. Die Stimmung, die in den Schlußworten des Entwurfs zum Ausdruck kommt:

Hat der Bettler eine Wahl?  
Er muß dem Mächtigen, der ihn bezahlt,  
für Brot und Stiefel seine Stimme verkaufen!

ist eine wohlberedete. Insofern sind wir bereit, dem Gesetz unsere Zustimmung zu geben; es ist geeignet, gewisse Härten, namentlich zu Zeiten einer großen Arbeitslosigkeit, zu beseitigen, während solchen Personen die öffentlichen Rechte genommen bleiben, die dauernd der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen.

Abg. Koenig (fr. Sp.): Wir sind im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden, erwarten aber, daß die Grundzüge des Entwurfs auch in allen Landesgesetzen, wo das noch nicht der Fall ist, zum Ausdruck kommen werden. Gegen eine Kommissionsberatung haben wir nichts, hoffen aber, daß dadurch nicht etwa die Erledigung der Vorlage verzögert wird.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag

1 Uhr.  
(Außerdem weitere keine Vorlagen.)  
Schluß 6 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung, Mittwoch, den 13. Januar 1909,  
vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Delbrück.

Die

Besprechung der Interpellation Teimborn (Z.) über die Arbeitslosigkeit

in Verbindung mit der Beratung der Anträge Kronsohn (fr. Sp.) und Rahardt (L.) betreffend schlemme Jnangriffnahme öffentlicher Arbeiten zur Hebung des Arbeitsmarktes wird fortgesetzt.

Abg. Graf v. König (L.): Es handelt sich weniger um einen Arbeitsmangel, als um eine ungenügende Verteilung der Arbeiter, wie der Arbeitermangel auf dem Lande beweist. Eine Arbeitslosenvermittlung macht deshalb so große Schwierigkeit, weil es fast unmöglich ist, die arbeitswilligen Arbeitslosen von den Arbeitslosen zu trennen. (Sehr richtig! rechts.) Es müßten bei einer Fällung besonders behandelt werden die Saisonarbeiter, welche der höhere Verdienst im Sommer für die mangelnde Arbeitsgelegenheit im Winter entschädigt; dann die Arbeiter, die wegen Einführung von Feiertagen arbeitslos geworden sind, die auch auf Unterstützung keinen Anspruch machen könnten. Ferner diejenigen, welche durch eigene Schuld arbeitslos geworden sind, in erster Linie durch Streiks. (Sehr richtig! rechts.) Ich erinnere auch erneut daran, daß es dem Magistrat von Berlin nicht möglich war, Arbeiter für die Mieteplätze von Berlin zu bekommen, obgleich bis 4 Mark Lohn geboten wurde. Ferner kommen in Betracht die Rentenschwänger, die es nicht nötig haben, zu arbeiten, sich aber gleichwohl in die Listen der Arbeitslosen einschreiben lassen. Eine zu weitgehende Ausgestaltung der Arbeitsnachweise könnte leicht zur Folge haben, daß bei aufsteigender Konjunktur noch mehr Leute als bisher vom Lande in die Industrie abwandern. Eine Verpflichtung des Staates zur Unterstützung der Arbeitslosen kann ich nicht anerkennen, weil dann auch die ländliche Bevölkerung die Lasten mittragen müßte, die selbst unter großem Arbeitermangel leidet. Vielmehr dürfen die Kommunen dazu berufen sein, für die Arbeitslosen zu sorgen. Die Arbeitslosenversicherung hat seinerzeit der verstorbenen Parteigenossin des Herrn Hüßling im Reichstags, Herr Benzmann, mit Recht als eine Prämie auf die Faulheit bezeichnet! Der Arbeitslose ist vielfach sogar in einer besseren Lage als der Arbeitende, weil er spazieren gehen und sich die Zeit angenehm vertreiben kann. (Sehr richtig! rechts.) Zur Durchführung einer solchen Versicherung gehörte ein ungeheurer Beamtenapparat, während wir in Preußen bereits viel zu viel Beamte haben. (Sehr richtig! rechts.) Vielmehr sollten wir nach den Ursachen der Arbeitslosigkeit suchen. Hier kommt vor allem das Verhalten der Kartelle in Betracht. Eine Kartellgesetzgebung, wie sie Präsident Roosevelt in Amerika empfohlen hat, wäre auch bei uns sehr angebracht. Die Praxis der Kartelle bedeutet z. B. die Tatsache, daß Lokomotivlokomotiven, also eine bessere Kohle, nach Österreich erheblich billiger geliefert werden, als unsere Eisenbahnverwaltung bezahlen muß! (Hört! hört!)

Handelsminister Dr. Delbrück stellt gegenüber dem Vordrucker fest, daß die fiskalischen Gruben in Oberschlesien nicht Kohlen nach dem Auslande billiger liefern als nach dem Inlande.

Abg. Graf v. Stradowitz (Z.) betont gegenüber dem Abgeordneten Graf König, daß die obersteinsten Bergwerke auf die Ausfuhr nach dem Auslande angewiesen wären. Zur Befreiung der Leutenot der Landwirtschaft muß dem Staate ein gewisser Einfluß auf die Art der Freizügigkeit gewährt werden. Eine Arbeitslosenversicherung müßte von denen getragen werden, die dies angeht, Arbeiter, Arbeitgeber und die großen Städte könnten sehr wohl die Lasten einer solchen Versicherung unter Aufsicht des Staates tragen. (Wahol im Zentrum.)

Abg. Hoermann (nall.) befreit gegenüber dem Abgeordneten Giesberts, daß die westliche Industrie durch trügerische Vorpiegelungen Arbeiter aus dem Osten anlockt, und wendet sich gegen eine Arbeitslosenversicherung. Die Leute, die in den Klassen das Geld ausgeben, denken über die Simulation ganz anders als Herr Giesberts. Seitdem die Arbeiterversicherung in Kraft ist, hat sich eine ganz besondere Krankheit angebahnt, die „Rentenkrankheit“ oder „Rentenhygieie“. Die magere positiven Vorschläge des Herrn Vordrucker sollten wohl nur als Fiktion dienen für das von ihm zitierte reichhaltige Menu. (Heiterkeit.) Herr Vordrucker hat überhaupt sehr übertrieben. Auf der Grube Konordia sind nicht so viel hundert Arbeiter entlassen worden, wie nach Herrn Vordrucker Laufen d e entlassen worden sein sollen. (Hört! hört!) Die Angriffe des Grafen König gegen das Kohlenjudikat sind von berufenen Leuten längst widerlegt.

Hierauf wird ein

Schlussantrag

angenommen!

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Vordrucker (Soz.) (persönlich) bemerkt, daß er die von Herrn Hoermann kritisierten Zahlen der „Sozialen Praxis“ entnommen habe. Graf König hat sich gewundert, daß ich es nicht beklagt habe, wenn Arbeiter auf den Mieteplätzen zu einem festen Lohn von 3—4 M. nicht zu haben gewesen wären. Von einem festen Lohn ist keine Rede gewesen, sondern es ist behauptet worden, daß im Viktor solche Löhne verdient werden könnten.

Abg. Leinert (Soz.): Ich will zur Geschäftsordnung nur bemerken, daß mir durch den Schluss der Debatte die Möglichkeit genommen worden ist, auf die Ausführungen zu antworten, die beantwortet werden müßten und die von mir erfüllt gewesen sind gegen die Arbeiter und die Arbeiterorganisationen.

Die folgenden Schlussworte des Abgeordneten Rahardt (L.) und Hüßling (fr. Sp.) bleiben in der Unruhe des Hauses völlig unverständlich. Die Unruhe ist dadurch entstanden, daß Graf König die Beschlüsse auf der Tribüne erhebt. Die große Mehrheit der Abgeordneten, namentlich des Zentrums, wendet sich mit dem Rücken nach dem Redner der Tribüne zu und starrt hinaus.

In der Abstimmung wird hierauf der Antrag Kronsohn abgelehnt, der Antrag Rahardt angenommen.

Es folgt die

Interpellation Noeren (Z.), betr. die „Verhinderung der Schaustellung nackter Personen“.

Die Interpellation lautet:

„Welche Maßnahmen gedenkt der Minister des Innern zu treffen, um die schon seit geraumer Zeit in Berlin stattfindenden und auch bereits für andere Städte in Aussicht gestellten, Bergernis erregenden Veranstaltungen, bei denen männliche und weibliche Personen in völliger Nacktheit auftreten, endgültig zu verhindern?“

Minister v. Roske erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begehung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Noeren (Z.):

Die Vorstellungen, auf welche die Interpellation sich bezieht, sind keine vereinzelt Erscheinungen, sondern eine naturgemäße Konsequenz einer schon seit Jahren systematisch betriebenen Nacktbewegung. Die Verfügung des Herrn Ministers beschränkt sich leider darauf, zu unterscheiden zwischen konzessionspflichtigen und konzessionsfreien Unternehmungen, als welche geschlossene Gesellschaften bezeichnet werden. Auf die Frage der Sittlichkeit solcher Nacktbewerbstellungen geht die Verfügung überhaupt nicht ein. Derselbe Skandal geht denn auch in geschlossenen Versammlungen ruhig weiter. Das Unternehmen „Die Schönheit“ hat sich zur Aufgabe gesetzt, die Nacktheit von der ungeunden Axtese des Christentums und der ungenügenden Kultur zu befreien und sie zur leuchten paradiesischen Nacktheit zurückzuführen. (Gr. Heiterl. rechts u. l. Zentr.) Der Begründer dieses weltumfänglichen Unternehmens ist ein junger Mann von einigen 20 oder vielleicht 30 Jahren, und er will diesen Zweck erreichen, durch die Tänze, die ein nachtes Franzoszimmer in ihrer Schamlosigkeit vor dem Publikum ausführt. Die „Scheinung“ für ideale Kultur ist zu ihrem Vorgehen jedenfalls ermutigt worden durch die unbedingte öffentliche Verbreitung von Photographien. Bei den hohen Eintrittspreisen gestalten sich diese Abende für den jugendlichen Unternehmer zu einem ganz guten Geschäft. Die angelegenen Vorhänge wie „Frankfurter Zeitung“, „Aölnische Zeitung“, „Mogdeburger Zeitung“, „Damberger Nachrichten“, „Die Post“ usw. haben diese Vorstellungen entschieden beurteilt, ebenso Ernst v. Wolzogen, den doch niemand für präde halten wird (Heiterkeit rechts) im „Berliner Tageblatt“. Als tropem der Skandal weiter andauerte, haben wir es für unsere Pflicht gehalten, unsere Interpellation einzubringen. Daraufhin hat es der Unternehmer für angezeigt gehalten, die verehrten Mitglieder dieses Hauses zu einer Separatvorstellung einzuladen. Ich weiß nicht, was eigentlich mit dieser Vorstellung bewiesen werden sollte. Denn es ist doch niemals bestritten worden, daß die Hauptakteurin in völliger Nacktheit aufgetreten ist. Das Ministerium hat dann ein Gutachten der Akademie der Künste eingeholt (Heiterkeit rechts), welches dahin lautete, daß den Darbietungen höherer künstlerischer Wert nicht innewohne. Es ist daraufhin verfügt worden, daß diese Darstellungen der Konzession bedürftig. Wenn die Habitués dieser Vorstellungen sich nach Schluss derselben zusammenfinden und in geheimen Sonnenfeldern die Orgeln forsetzen und zum Abschluss bringen (Heiterkeit rechts), so mag man das den einzelnen überlassen. Aber wenn solche Vorstellungen vor Hunderten von Gesellschaften stattfinden, muß die Polizei einschreiten. Es gibt sogar Nachzügler, deren Mitglieder sich zu Gesellschaften vereinigen, wo Männer und Frauen völlig nackt erscheinen, mit einander verkehren, spielen, lebende Widder stellen usw. (Hört! hört!) Ein solches Treiben müßte man auch vom rein natürlichen Standpunkt aus als Verrohung der Sitten beurteilen. Trotzdem scheint aus gegen diese Orgeln die Polizei nicht zu tun. Die gemeinsamen Veranstaltungen werden öffentlich angeündigt, die Programme werden öffentlich verfaßt und die Beteiligung scheint eine sehr umfangreiche zu sein. Die Duldung der Behörde diesem Treiben gegenüber, muß zu einer bedenklichen Verrohung der Sittlichkeitsbegriffe des Volkes führen. Charakteristisch ist, daß der Begründer dieser ganzen Bewegung, Dr. Heinrich Ruder in Leipzig, von diesen Veranstaltungen in einem offenen Briefe absieht. Er gibt zu, daß die treuesten Anhänger der Sache sich vielfach als Homosexuelle entpuppt hätten. (Leb. Hört! hört!) Hier ist die breitetste Öffentlichkeit direkt in Mitleidenschaft gezogen. Daher hat der Staat die Pflicht, mit starker Hand diesem Treiben ein Ende zu machen, das die Kraft und Gesundheit unserer Nation zu untergraben geeignet ist. Der Herr Minister wird dabei die Unterstützung des gesamten sittlich fühlenden Teiles unserer Bevölkerung finden. (Leb. Bravo! im Zentrum und rechts.)

Minister des Innern Graf Roske:

Wenn man die Rede des Herrn Interpellanten hört, sollte man wirklich glauben, daß der Polizeiminister Mitglied der Schönheitsvereinigung für ideale Kultur sei. (Unruhe im Zentrum.) Ich schide voraus, daß Herr Noeren Standpunkt vollkommen der meine ist, und ich bin ihm dankbar für seine Schlussworte. Aber die Lage der Polizei gegenüber Veranstaltungen, die sich zurückziehen in dunkle Schupswinkel, ist nicht so leicht, wie er sich das denkt. Das die rechtliche Seite der Sache unbedenklich ist, so handelt es sich bei den Schönheitsabenden um Schaustellungen von Personen. Wenn sie nicht öffentlich sind, entziehen sich solche Vorstellungen der polizeilichen Zensur. Nicht öffentlich könnten eingeschränkt und auch verboten werden. Ermangeln diese Darstellungen bei öffentlicher Vorstellung eines höheren Kunstinteresses, so ist die vorgängige Genehmigung aus der Gewerbeordnung erforderlich.

Wenn man die Rede des Herrn Interpellanten hört, sollte man wirklich glauben, daß der Polizeiminister Mitglied der Schönheitsvereinigung für ideale Kultur sei. (Unruhe im Zentrum.) Ich schide voraus, daß Herr Noeren Standpunkt vollkommen der meine ist, und ich bin ihm dankbar für seine Schlussworte. Aber die Lage der Polizei gegenüber Veranstaltungen, die sich zurückziehen in dunkle Schupswinkel, ist nicht so leicht, wie er sich das denkt. Das die rechtliche Seite der Sache unbedenklich ist, so handelt es sich bei den Schönheitsabenden um Schaustellungen von Personen. Wenn sie nicht öffentlich sind, entziehen sich solche Vorstellungen der polizeilichen Zensur. Nicht öffentlich könnten eingeschränkt und auch verboten werden. Ermangeln diese Darstellungen bei öffentlicher Vorstellung eines höheren Kunstinteresses, so ist die vorgängige Genehmigung aus der Gewerbeordnung erforderlich.

Wenn man die Rede des Herrn Interpellanten hört, sollte man wirklich glauben, daß der Polizeiminister Mitglied der Schönheitsvereinigung für ideale Kultur sei. (Unruhe im Zentrum.) Ich schide voraus, daß Herr Noeren Standpunkt vollkommen der meine ist, und ich bin ihm dankbar für seine Schlussworte. Aber die Lage der Polizei gegenüber Veranstaltungen, die sich zurückziehen in dunkle Schupswinkel, ist nicht so leicht, wie er sich das denkt. Das die rechtliche Seite der Sache unbedenklich ist, so handelt es sich bei den Schönheitsabenden um Schaustellungen von Personen. Wenn sie nicht öffentlich sind, entziehen sich solche Vorstellungen der polizeilichen Zensur. Nicht öffentlich könnten eingeschränkt und auch verboten werden. Ermangeln diese Darstellungen bei öffentlicher Vorstellung eines höheren Kunstinteresses, so ist die vorgängige Genehmigung aus der Gewerbeordnung erforderlich.

Wenn man die Rede des Herrn Interpellanten hört, sollte man wirklich glauben, daß der Polizeiminister Mitglied der Schönheitsvereinigung für ideale Kultur sei. (Unruhe im Zentrum.) Ich schide voraus, daß Herr Noeren Standpunkt vollkommen der meine ist, und ich bin ihm dankbar für seine Schlussworte. Aber die Lage der Polizei gegenüber Veranstaltungen, die sich zurückziehen in dunkle Schupswinkel, ist nicht so leicht, wie er sich das denkt. Das die rechtliche Seite der Sache unbedenklich ist, so handelt es sich bei den Schönheitsabenden um Schaustellungen von Personen. Wenn sie nicht öffentlich sind, entziehen sich solche Vorstellungen der polizeilichen Zensur. Nicht öffentlich könnten eingeschränkt und auch verboten werden. Ermangeln diese Darstellungen bei öffentlicher Vorstellung eines höheren Kunstinteresses, so ist die vorgängige Genehmigung aus der Gewerbeordnung erforderlich.

Wenn man die Rede des Herrn Interpellanten hört, sollte man wirklich glauben, daß der Polizeiminister Mitglied der Schönheitsvereinigung für ideale Kultur sei. (Unruhe im Zentrum.) Ich schide voraus, daß Herr Noeren Standpunkt vollkommen der meine ist, und ich bin ihm dankbar für seine Schlussworte. Aber die Lage der Polizei gegenüber Veranstaltungen, die sich zurückziehen in dunkle Schupswinkel, ist nicht so leicht, wie er sich das denkt. Das die rechtliche Seite der Sache unbedenklich ist, so handelt es sich bei den Schönheitsabenden um Schaustellungen von Personen. Wenn sie nicht öffentlich sind, entziehen sich solche Vorstellungen der polizeilichen Zensur. Nicht öffentlich könnten eingeschränkt und auch verboten werden. Ermangeln diese Darstellungen bei öffentlicher Vorstellung eines höheren Kunstinteresses, so ist die vorgängige Genehmigung aus der Gewerbeordnung erforderlich.

Wenn man die Rede des Herrn Interpellanten hört, sollte man wirklich glauben, daß der Polizeiminister Mitglied der Schönheitsvereinigung für ideale Kultur sei. (Unruhe im Zentrum.) Ich schide voraus, daß Herr Noeren Standpunkt vollkommen der meine ist, und ich bin ihm dankbar für seine Schlussworte. Aber die Lage der Polizei gegenüber Veranstaltungen, die sich zurückziehen in dunkle Schupswinkel, ist nicht so leicht, wie er sich das denkt. Das die rechtliche Seite der Sache unbedenklich ist, so handelt es sich bei den Schönheitsabenden um Schaustellungen von Personen. Wenn sie nicht öffentlich sind, entziehen sich solche Vorstellungen der polizeilichen Zensur. Nicht öffentlich könnten eingeschränkt und auch verboten werden. Ermangeln diese Darstellungen bei öffentlicher Vorstellung eines höheren Kunstinteresses, so ist die vorgängige Genehmigung aus der Gewerbeordnung erforderlich.

Wenn man die Rede des Herrn Interpellanten hört, sollte man wirklich glauben, daß der Polizeiminister Mitglied der Schönheitsvereinigung für ideale Kultur sei. (Unruhe im Zentrum.) Ich schide voraus, daß Herr Noeren Standpunkt vollkommen der meine ist, und ich bin ihm dankbar für seine Schlussworte. Aber die Lage der Polizei gegenüber Veranstaltungen, die sich zurückziehen in dunkle Schupswinkel, ist nicht so leicht, wie er sich das denkt. Das die rechtliche Seite der Sache unbedenklich ist, so handelt es sich bei den Schönheitsabenden um Schaustellungen von Personen. Wenn sie nicht öffentlich sind, entziehen sich solche Vorstellungen der polizeilichen Zensur. Nicht öffentlich könnten eingeschränkt und auch verboten werden. Ermangeln diese Darstellungen bei öffentlicher Vorstellung eines höheren Kunstinteresses, so ist die vorgängige Genehmigung aus der Gewerbeordnung erforderlich.



Ein Unterlagungsgrund aus der Gewerbeordnung ist in solchen Fall der Verstoß gegen die gute Sitten. Was ist nun vorgekommen? Im Frühjahr vorigen Jahres kündigte die Vereinigung für ideale Kultur zwei Schönheitsabende im Mozartsaal an. Nach der Ankündigung handelte es sich um Vorstellungen für Vereinsmitglieder und besonders geladene Gäste. (Zurück im Zentrum.) Gewiß ist das eine Verleumdung, und ich habe es auch alsbald als Umgebung der gesetzlichen Bestimmungen gekennzeichnet, denn es ergab sich, daß ein Eintrittsgeld in Höhe von zwei Mark erhoben und durch diese zwei Mark die Mitgliedschaft zum Verein festgestellt wurde. Es waren also keine geschlossenen Vereine. Damit war die Möglichkeit polizeilicher Einschreitens gegeben. Es wurde ein Verbot mangels vorgängiger polizeilicher Genehmigung ausgesprochen. Dann hat am 21. Dezember ein tatsächlich öffentlicher Schönheitsabend stattgefunden unter der verlangten polizeilichen Zensur der Schönberger Polizei. Durch diese Zensur war vorher verboten die bühnliche Nachdarstellung. Es waren vorgeschrieben dichtere Schreier, durch welche die mittleren Körperteile verdeckt werden sollten. Ich habe noch vor der Interpellation der Schönberger Polizei aufgegeben, weiteren Ankündigungen öffentlicher Aufführungen gegenüber das Verlangen der Erlaubnis nach der Gewerbeordnung zu stellen, da ein höheres Kunstinteresse meiner Auffassung nach nicht anerkannt werden könnte. Es haben schließlich nur noch drei Aufführungen stattgefunden. Wie wenig angezeigt eine nachträgliche Behandlung der Unternehmer war, hat sich für mich aus der nachträglich erhaltenen Kenntnis ergeben, daß die zu einem Abend an Liebhaber verhandelte Programme wesentliche Abänderungen der Polizei an den Programmen veranlassen haben. (Hört! hört!) Gerade diese Art der Reklame war mir bezeichnend für die Spekulation des Unternehmens und für seine Stellung zur höheren Kunst.

Die künstlerische Wiedergabe eines menschlichen Körpers in vollendeter, ideal gefäßer Form ist von jeher das höchste Ziel des berechneten Strebens jeder ernst schaffenden Kunst gewesen. Aber es ist das Wesen jeder edlen und wahren Kunst, daß sie den Beschauer hoch über niedere Triebe erhebt und in den Bannkreis idealer Bewunderung zwingt. Wer würde anders empfinden bei dem Anblick einer Venus von Medici, einer Venus von Tizian oder anderer unsterblicher Werke der Kunst? Nur hochgradige Präderte oder völliges Verfallen des Kunstempfindens würde sich hieran stoßen. Ein wirkliches Kunstwerk kann allerdings entheiligt werden durch die Art und den Ort der öffentlichen Vorführung. Das Entscheidende für die Polizei ist allein die Wirkung, die erzielt werden soll und erzielt wird. Sittlich unreife und weniger gefestete Elemente müssen von derartigen Veranstaltungen ferngehalten werden. Das ist gerade in der jetzigen Zeit eine wichtige Aufgabe der Polizei (Sehr richtig! im Zentrum), wo unter dem Deckmantel bhagatischer, wissenschaftlicher oder künstlerischer Offenbarung Darstellungen, die das sittliche Volksempfinden verlegen müssen, vor die Öffentlichkeit gebracht werden. Die Schönheitsabende bieten dem Beschauer keinen erhebenden künstlerischen Eindruck, sondern nur das lebende Modell, das niemals vollkommen sein kann. Ich habe bei meinem Vorgehen die Unterstützung des Herrn Kultusministers gefunden, der die Akademie der Künste zu ihrem Gutachten aufgefordert hat in Rücksicht darauf, daß eine Anzahl Persönlichkeiten, deren künstlerischer Ernst über jeden Zweifel erhaben ist, sich für den künstlerischen Wert der Schönheitsabende ausgesprochen haben. Natürlich wäre diese Gutachten nicht für mich maßgebend gewesen! Was ich zu tun habe, weiß ich ganz allein. In der Tat aber gibt es eine Reihe geschlossener Vereine der geschlossenen Art. Nebenfalls wird gegen solche Festsetzungen von der Polizei mit allen Mitteln eingeschritten werden. Sollte es sich herausstellen, daß in solchen Vereinigungen Minderjährige erscheinen, so würde in Frage kommen, gegen die Eltern auf Entziehung des Erziehungsbereiches vorzugehen und die Kinder der Fürsorgeziehung zu übergeben! (Sehr gut! rechts.) Ich erwarte, daß alle guten Elemente des Volkes die Behörden auf diesem dunklen Wege, denen sie nachzugehen haben, unterstützen werden. Aber die Polizei kann nur vorbeugen und unbillige Behauptungen unterdrücken, es ist nicht ihre Aufgabe, die Erziehung der Menschheit zu besseren Sitten zu übernehmen. Soll das bekannte Taciteische Ehrenbild des germanischen Charakters unbeschädigt erhalten bleiben, so müssen andere Kräfte dabei mitwirken als die Polizei. (Lebhaftes Bravo!)

Auf Antrag des Abgeordneten v. Wappenheim (L.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Herr Henning (L.): Meinen Freunden ist es unverständlich, wie es möglich war, daß in heutiger Zeit solche Veranstaltungen geduldet werden konnten. In den Vereinstätigkeiten der Vereinigung für ideale Kultur ist immer davon die Rede, es ständen hohe künstlerische, vornehmliche Personen hinter der Bewegung. Dann heraus damit! Wer sind die vornehmen Persönlichkeiten? Hier muß Wahrheit geschaffen werden. (Lebhaftes Bravo!) Ich will zu ihrer Ehre annehmen, daß sie von den Veranstalter irreführt worden sind. Die Sache mit den Nachtlagen spielen übrigens in der Presse schon seit Monaten. Braucht denn die Polizei so lange Zeit, um dahinter zu kommen? Man sagt, die Polizei weiß, wenn sie dagegen vorgeht, wohl, wo sie anfangt, aber nicht, wo sie enden wird. In einer Frage aber, wo das Volkswohl auf dem Spiele steht, können solche Rücksichten nicht obwalten. (Lebhaftes Bravo!)

Minister des Innern v. Müller: Der Herr Redner hat angedeutet, als wenn maßgebende Persönlichkeiten mich gebührend hätten, das zu sagen, was ich eigentlich meinte. Ich muß das auf das allerbestimmteste zurückweisen. Wenn ich von Persönlichkeiten gesprochen habe, deren künstlerischer und sittlicher Ernst nicht bezweifelt werden könnte, so waren damit lediglich Stimmen aus dem Künstlerkreise gemeint. Daß irgend etwas Verdächtiges dahinter steht, muß ich entschieden zurückweisen. — Gegen die Nachtlagen hat die Polizei bisher nicht einschreiten können, da die Mitglieder sich gegenseitig verpflichteten, ihre Namen nicht zu nennen. Wenn auch darüber in der Presse etwas gelaunet hat, so ist es deshalb doch für die Polizei noch nicht greifbar.

Herr Dr. Lehmann (nass.): Wir begrüßen es, daß die Nachtlagen verboten worden sind. Mit Kunst haben diese Sünden nichts zu tun. Ich bin gewiß nicht prüde, aber ich habe mich bei den Schönheitsabenden in die Seele der anwesenden Frauen hinein tief geschämt. (Lebhaftes Bravo!) Es gibt schon viel zu Vieles, was am sittlichen Mark des Volkes zehrt. Wir wollen, daß unser Volk gesund bleibt, und begrüßen es dankbar, daß diese abscheulichen Darstellungen verboten sind. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Herr Merz (nass.): Meine Freunde sehen in diesen Nachtlagenstellungen eine Frechheit, gegen die nicht scharf genug vorgegangen werden kann. (Beifall.)

Herr v. Kröner: Ich schlage dem Hause nunmehr vor, sich zu vertagen! (Lebhaftes Bravo! Kraeger! Kraeger!) Der Abgeordnete Kraeger will lieber nicht sprechen. (Große Heiterkeit.) Die Vertagung wird beschlossen.

Nächste Sitzung: Montag, den 18. Januar, 1 Uhr. (Erste Sitzung des Erats.)

Schluss 4 Uhr.

## Parlamentarisches.

Der Senatorenkonvent des Reichstages hat sich gestern vor der Plenarsitzung unter Vorsitz des Präsidenten über die geschäftlichen Dispositionen dahin verständigt, daß nach Erledigung der gestrigen Tagesordnung der Handelsvertrag mit dem Freistaat El Salvador, das Gesetz wegen Befreiung der Doppelbesteuerung sowie das Gesetz, betreffend die Preisstellung beim Markthandel mit Schlagsvieh zur Beratung gelangen sollen. Hierauf wird der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes in erster Beratung — vermittels Freitag und

Sonnabend dieser Woche — erledigt werden. Am Montag, den 18. d. Mts., wird die zweite Beratung des Etats für 1909 mit dem Etat für das Reichsjustizamt beginnen.

Die Interpellationen, betreffend die Ausführung des Reichsvereinsgesetzes, können, da das Material für die von den Polen eingebrachte Interpellation (das Material für die sozialdemokratische Interpellation ist seit Wochen in den Händen des Reichsamts des Innern) verspätet eingegangen ist, erst Mitte nächster Woche zur Verhandlung gelangen; im Anschluß hieran wird beabsichtigt, die Interpellationen wegen der „Schwarzen Listen“ zu besprechen. In die Eratsberatung wird auch noch die erste Beratung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb eingeschoben werden.

Auf die Anregung von sozialdemokratischer Seite wird, um den Initiativanträgen in höherem Maße als bisher gerecht zu werden, vereinbart, im Januar noch zwei Schwertins-tage, und zwar am 20. und 28. d. M. stattfinden zu lassen und darauf zu halten, daß im weiteren Verlaufe der Session jede Woche ein Schwertins-tage abgehalten wird; man hofft dadurch die Eratsberatungen erheblich einzuschränken.

Der Präsident teilte mit, daß er beabsichtigt, die Tage vom 20. d. M. bis zum 3. Februar sittingsfrei zu lassen. Ueber weitere sittingsfreie Tage soll je nach der Geschäftslage des Hauses später entschieden werden.

Für den 21. d. M. ist eine Sitzung der Ausschusskommission in Aussicht genommen. —

### Budgetkommission des Reichstages.

#### 1. Sitzung vom 13. Januar.

Die Budgetkommission hielt gestern erst ihre erste Sitzung ab, also zu einer Zeit, wo sie im vorigen Jahre bereits 7 Sitzungen hinter sich und den wichtigsten Racinetat erledigt hatte! Wenn trotz dieser Verspätung der Etat rechtzeitig fertiggestellt werden soll, so muß mit Hochdruck gearbeitet werden. So hatte offenbar auch der Vorsitzende, Abg. Freiherr v. Camp gedacht, als er neben dem Justizrat auch noch den Etat für das Reichsamt des Innern auf die Tagesordnung setzte. — Abgesehen davon, daß die Annahme, den Justizrat in 1½ Stunden erledigen zu können, eine sehr kühne war, hatte Herr v. Camp die Redelust des Herrn Erzberger zu niedrig eingeschätzt. Das sah auch Herr v. Bethmann-Hollweg ein, der nach mehr als einstündigem Warten mit einer großen Schaar von geheimen und anderen Räten feierlichst abzog, wissend, daß er sich für heute vergeblich bemüht hatte.

Leim Posten „Gehalt des Staatssekretärs“, der nebst freier Dienstwohnung mit 44000 M. eingestellt ist, worin 14000 M. Repräsentationskosten enthalten sind, regte Erzberger an.

#### die Ausgaben für Repräsentationen

bei allen Ressorts herabzusehen und hier den Anfang zu machen. Singer wünscht nicht nur die Herabsetzung, sondern die völlige Beseitigung, und wo besondere Ausgaben nicht zu vermeiden seien, eine Funktionszulage für den betreffenden Beamten. Nachdem andere Abgeordnete, namentlich Graf Oriola, die Notwendigkeit, würdig zu repräsentieren, nachzuweisen versucht hatten, zog Erzberger seinen Antrag als aussichtslos zurück.

Das Reichsjustizamt fühlte das Bedürfnis, einen seiner Beamten zum Bureauvorsteher zu ernennen. Die Folge würde sein, daß der betreffende Beamte anstatt wie bisher 6000 M. 7200 M. bezöge.

Ein Antrag Erzberger, diese Zulage zu streichen, wurde gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten abgelehnt. Der Vorschlag hier — wie bei der Frage der Repräsentationsgelder — die von Wälow in seiner Eratsrede empfohlene Sparmaßnahme für nicht am Platze, nachdem Staatssekretär Rieberding sich für den neuen Posten eines Bureauvorstehers und seinen Anwärter ins Zeug gelegt hatte.

Für sachliche und vermehrte Ausgaben sind 3000 M. mehr angefordert, die unter anderem auch dazu dienen sollten, den ergebenden Beamten Beihilfen zur Beschaffung von Schreibmaschinen zu gewähren.

Erzberger verlangte die Streichung dieses Postens mit dem Hinweis, daß auch die Militärverwaltung die Schreibmaschinen selber kauft. Singer erklärte: Die Streichung des Postens erledige die Angelegenheit nicht, jeder Privatmann würde verlangen, wenn er von seinen Beamten verlangen würde, die Schreibmaschine selber zu stellen. Der gleiche Posten fand sich auch, nur mit dem höheren Betrag von 7400 M., beim Etat des Reichsgerichts. — Beide Forderungen werden einstimmig gestrichen.

Deinake wäre den Beamten auch noch ihr Federgeld gestrichen worden, denn Herr Erzberger hatte herausgefunden, daß Oberbeamten monatlich 75 und die mittleren und Unterbeamten nur 25 M. als Gehalt für Schreibfedern erhalten. Die wiederholten ernstlichen Versicherungen des Unterstaatssekretärs, daß eine Schreibfeder, die der Beamte sich selber kauft, immer nur mindestens noch einmal so lange halte, wie wenn sie die Staatsverwaltung dem Beamten frei zur Verfügung stelle (!), ließen die Kommission vorläufig von weiteren Maßnahmen absehen. Auch der Posten „Remuneration für Verwaltung der Kassengeschäfte beim Reichsgericht“ von 3700 M. wurde von Erzberger und Singer beanstandet mit der Begründung, daß die Kosten für den geringen Umfang der Kassengeschäfte zu hoch seien. Staatssekretär Rieberding folgte Prüfung der Angelegenheit für den nächsten Etat zu.

Damit war der Justizrat erledigt.

Donnerstag: Reichsamt des Innern.

Vor Beginn der ersten Debatte hatte Herr Dernburg ein kleines Scherzspiel eingelegt.

Am Dezember 1908 versprach er beknüppelt im Plenum des Reichstages, der Kommission

#### fürweckstretische Diamanten

zu zeigen! Das besorgte er nun, ehe sein Etat zur Beratung sich, weil er die Steine wieder an die Eigentümer zurückgeben muß. Nachdem er von dem „Diamantenschatz“ im Reichstage öffentlich große Worte geredet hat, will er mit einem Male die Diamantenfrage wieder diskret behandelt sehen. Er sprach den Wunsch aus, von dem, was er zeigte, nicht viel in der Presse zu bringen. Der Vorsitzende ging noch weiter und proklamierte ein Schreibverbot. Das war um so trichter, als über die geeigneten Steine wirklich nicht viel zu sagen ist. Dernburg sieht die Diamanten auf Flaschen: Ein Flaschchen, mehrfach versiegelt, war zur Hälfte mit Steinen angefüllt, von denen die größten etwa den Umfang einer Streichholzspitze hatten. . . .

#### Finanzkommission des Reichstages.

Die Besprechung der Eratsvoranschläge wurde gestern in der Kommission im Beisein der Staatssekretäre fortgesetzt. Zu dem Voranschlag des auswärtigen Amtes kritisierte Müller-Fulda (B.) die Steigerung des Etats um 700 000 M. und fragte, ob diese Steigerung mit der Liquidation von Reiseflohen und Diäten zusammenhänge, wobei er einige Beispiele unzulässiger Liquidationen gab. Der Staatssekretär des auswärtigen Amtes, v. Schön, erklärte, die Erhöhung hänge zusammen mit der Ausdehnung unserer Vertretung im Auslande, dem Ausbau der Konsulate usw. Herr Sydow bemerkte, die Budgetkommission werde die Liquidation der Reiseflohen und Diäten regeln. Das steht aber eine Reihe von Rednern nicht ab, die Angelegenheit weiter zu erörtern. Genosse Sidelum wandte sich ebenfalls gegen die Erhöhung des Etats des auswärtigen Amtes, gegen die jedoch kein Antrag auf Streichung gerichtet wurde, die daher unverändert blieb. Abg. Speck (B.) erklärte jedoch, daß die nach der Besprechung in ihrer Aufstellung

belassene Erhöhung der Ausgaben noch keine Bewilligung bedeute.

Beim Reichsamt des Innern kühlte Müller-Fulda die sparsame Einstellung des Etats. Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg nahm dieses Lob dankend entgegen. —

Dagegen fällt die Debatte über

#### die Voranschläge für das Reichswehr

den größten Teil der Sitzung aus.

Nunächst hielt der Kriegsminister v. Einem einen längeren Vortrag, in dem er die Notwendigkeit der höheren Aufzüge betonte: die Entlastung der Umbewaffnung, der Stärkung der Landesverteidigung, der Neuformierung der Armee usw. Gegenüber den Ankündigungen der Presse, die Regierung wolle dem Reichstage eine neue Militärvorlage unterbreiten, erklärte er, es werde keine Militärvorlage in diesem und dem nächsten Jahre kommen! Die Entwicklung des Heeres sei abgeschlossen. Liden gebe es freilich, die ausgefüllt werden müßten. In Betracht komme noch die Entwicklung der technischen Waffen, der Ausbau der Telegraphen-, der Lehrbataillone, der Luftschifferformation usw., dann werde ein Beharrungszustand eintreten. — Die Schätzung der Voranschläge sei vorsichtig und gewissenhaft, die Sprünge im Etat der letzten Jahre sollen vermieden werden.

Speck meinte, der Kriegsminister habe nur die höheren Forderungen verteidigt, aber es müsse auch an den bisherigen Bewilligungen Sparmaßnahme geübt werden; die Mehrforderungen stützten sich auf frühere Bewilligungen. Müller-Weinigen bezeichnete die Ausführungen des Kriegsministers als ein trostloses Bild. Wo bleibe die gerühmte Sparmaßnahme bei der Mehrforderung von 55 Millionen Mark in vier Jahren? Müller-Fulda wandte sich gegen das kostspielige überflüssige Adjutantentwesen in der Armee. Ein Kritiker im „Wiesbadener Tageblatt“ habe auf die billige Verpflegung der Armee in Frankreich hingewiesen, die bei uns 50 Millionen Ersparnis brächte.

Genosse Sidelum meinte, die Erklärung des Kriegsministers bringe eine arge Enttäuschung; nach Wälows Erklärungen habe man auf Sparmaßnahme gerechnet. Ersparnisse ließen sich herbeiführen, ohne die Schlagfertigkeit des Heeres schmälern. Der Minister habe aber müsse der Reichstag diktiert, mit einem verminderten Etat die Heeresaufgabe zu lösen.

Der Kriegsminister erklärte in bezug auf die Sparmaßnahmeempfehlung des Reichsanwalters, er habe dem Reichsanwalters gesagt, daß wir in einer schwierigen Position gekommen seien; wenn sie vorüber sei, werde man an Ersparnisse denken können! In diesem Sinne sei das Wort des Reichsanwalters zu verstehen. Er denke an Ersparnisse. . . .

Graf Schwerin hält die Kritik an den Einzelsetats für überflüssig; über etwaige Abstriche habe die Budgetkommission zu bestimmen. Demgegenüber erklären die Abgeordneten Speck und Wiemer, die Unterbindung der Einzelsetats sei nötig, um eine Uebersicht über den finanziellen Bedarf zu erhalten.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

#### Weingeßelkommission.

In der Sitzung vom 13. Januar erledigte die Kommission die §§ 8 und 9 der Vorlage. § 8, der bestimmt, daß das Verbot, Wein nachzu machen, die Herstellung von dem Wein ähnlichen Getränken aus Fruchtstücken nicht trifft und daß diese Getränke im Verkehr als „Wein“ nur in solchen Verbindungen bezeichnet werden dürfen, welche die Stoffe kennzeichnen, aus denen sie hergestellt sind, wurde in der Fassung der Regierungsvorlage einstimmig angenommen.

§ 9 handelt von dem Hausstrunk. Die Herstellung des Hausstrunks soll anzeigepflichtig sein und kann durch polizeiliche Anordnung beschränkt und unter Aufsicht gestellt werden. Die Verwendung darf nur im eigenen Haushalt geschehen oder ohne besonderen Entgelt an die im Betriebe beschäftigten Personen zum eigenen Gebrauch. Ein Antrag Roumann, die Anzeigepflicht der Herstellung von Hausstrunk zu streichen, wurde von der Kommission mit allen gegen eine Stimme abgelehnt, weil man befürchtete, daß sonst mit der Herstellung Mißbrauch getrieben werden könne. Angenommen wurde hingegen ein Antrag Reich, wonach von der Anzeigepflicht diejenigen entbunden sind, welche ausschließlich Hausstrunk und keinen Wein gewerbsmäßig herstellen. Ein Antrag der Sozialdemokraten, einzufügen: „für ihren eigenen Hausstrunk“ wurde abgelehnt.

#### Druckfahen.

Aus dem Reichstage. (Nr. 1107) Nachweisung der durch den Reichshaushaltsetat für 1909 erfolgten und der im Entwurfe zum Reichshaushaltsetat für 1909 vorgeschlagenen Erhöhungen solcher Titel zu fortwährenden Ausgaben, bei denen im Rechnungsjahr 1907 Ueberschreitungen vorgekommen sind.

(Nr. 1108) Entwurf eines Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (nebst Begründung).

## Gerichts-Zeitung.

### Wegen Verleumdung durch die Presse.

Ist am 8. September vorigen Jahres vom Landgericht Bonn der Redakteur des „Volkswort“, Josef Arath in Bonn, wegen Verleumdung des Bürgermeisters von Beuel, zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte in zwei gleichzeitig veröffentlichten Artikeln den Vorwurf des Weineides und Amtsmißbrauchs gegen ihn erhoben. Den letzteren Vorwurf hatte er schon früher gegen ihn erhoben, und er war deshalb zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden. In diesem Prozeß war der Bürgermeister als Zeuge vernommen worden und hatte eidlich bezeugt, daß er nichts gekannt habe, was den Vorwurf des Amtsmißbrauchs rechtfertigte. Durch ihn bekanntgewordene Tatsachen glaubte der Angeklagte den Bürgermeister widerlegen und sein eigenes Verhalten rechtfertigen zu können. Deshalb veröffentlichte er die beiden jetzt intrinseken Artikel. — Auf seine Revision hob am Dienstag das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Es wurde Bekennung des § 193 angenommen. Das Landgericht hat die Verleumdungsbahnt aus Umständen und Form bergeleitet, die letztere aber lediglich darin erblickt, daß der Angeklagte als eines Mittels zur Wahrnehmung seiner Interessen sich der Presse bediente. Diese Rechtsauffassung wurde vom Reichsgerichte als irrig bezeichnet.

### Ein Jugenderzieher nach dem Herzen Rauten-Dertels.

Seit dem 1. April 1907 ist an der katholischen Schule zu Eifemost im Kreise Ruden der 24jährige Georg Weyer als Lehrer und Kantor tätig. Da die Schule sich nach seiner Meinung und Vorkenntnissen — wie eben auch sonst in Ostelbien — in verfallenen Zustande befand, so glaubte Herr Weyer sich als großer Reformator bezeichnen zu müssen. In diesem Sinne hat er sich nicht nur allseitig an Erziehung und pädagogischer Einsicht, um zu erkennen, daß die „Verleumdung“ preussischer Dorfschulen für gewöhnlich ihren Grund weniger in den Schülern als vielmehr ganz wo anders hat. Vielleicht hat ihn auch das rühmliche Beispiel gewisser preussischer „Erzieher“ in Uniform zur Nachahmung begeistert. Kurz und gut: in der Schule zu Eifemost war der Vadel in einem Grade Trumpf, daß die armen Kinder bald vor Schrecken am Gesäß nicht mehr sitzen und vor Schrecken an den Händen nicht mehr schreiben konnten. Einige Jungen konnten tagelang weder sitzen noch liegen; drei mußten in ärztliche Behandlung treten, weil eine blutunterlaufene Schwiele neben der anderen sie bedeckte. So hatte einer jener Kerntzen 31, der andere 16 Schwiele auf einmal erhalten. Christen, bei denen das Blut aus der Nase floß, waren auch an der Tagesordnung; die Eltern wurden gezwungen, daß sie tagelang wie bei Feln abstanden oder eingekerkert waren. Auch kam es vor, daß die Jungen mit den Köpfen zusammenstießen wurden. Trotz dieser empörenden Mißstände blühte die Liegtüber-Gesamtheit, vor der sich Weyer zu verantworten hatte, dem neuen Jugenderzieher milderende Umstände zu und verurteilte ihn zu — fünfzig Mark Geldstrafe.



# A. WERTHEIM

## KONSERVEN

Stangenspargel II	1/2 Dose	1.20 Mk.	
Stangenspargel extra stark	1/2 Dose	1.55 Mk.	
Kohlrabi 1/2 Dose	25 Pf.	Spinat 1/2 Dose	38 Pf.
Gemischtes Gemüse II	1/2 Dose	65 Pf.	
Junge Schoten II	1/2 Dose	52 Pf.	
Pfefferlinge	1/2 Dose	44 Pf.	
Karotten in Streifen	1/2 Dose	28 Pf.	

Saure Kirschen ohne Steine	1/2 Dose	90 Pf.	
Mirabellen 65, Pflaumen ganze Frucht D.	1/2 Dose	40 Pf.	
Reineclauden	1/2 Dose	80, 1/2 Dose	45 Pf.
Erdbeeren naturel	1/2 Dose	85 Pf.	
Preisselbeeren Dose ca. 1 Kilo	65 Pf., 2 Ko.	1.25, 3 Ko.	3.10

### Dunstfrüchte

Stachelbeeren und Johannisbeeren, Kirschen mit Steinen, Heidelbeeren	Glas	52 Pf.
--	------	--------

Stangenspargel I	1/2 Dose	1.35	Gem. Gemüse I	1/2 Dose	95 Pf.
Stangenspargel III	1/2 Dose	95 Pf.	Gem. Gemüse	1/2 Dose	48 Pf.
Bruchspargel extra stark	1/2 Dose	1.25	Junge Schoten I	1/2 Dose	80 Pf.
Bruchspargel I	1/2 Dose	1 Mk.	Junge Schoten III	1/2 Dose	48 Pf.
Bruchspargel II	1/2 Dose	80 Pf.	Junge Schoten IV	1/2 Dose	38 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe	1/2 Dose	75 Pf.	Schoten u. Karotten	1/2 D.	55 Pf.

Kaiserschoten extra	1/2 Dose	1.25
Kaiserschoten	1/2 Dose	1.10
Teltower Rübchen	1/2 Dose	68 Pf.
Brech- u. Schneidebohnen	1/2 Dose	28 Pf.
Wachsbohnen	1/2 Dose	42 Pf.

Bratheringe	Dose	45 Pf.	
Bismarckheringe	Dose	45 Pf.	
Hering in Gelee	Dose	35 Pf.	
Delikatess-Heringe	1/2 Dose	83 Pf., 1/2 Dose	52 Pf.
Aal in Gelee	Dose	75 Pf.	
Lachs in Gelee	Dose	1.10	
Neunaugen	Dose	95 Pf.	
Gabelbissen	Dose	55 Pf.	
Appetitsild	Dose	35 Pf.	
Lachskotelettes	1/2 Dose	1 Mk., 1/2 Dose	1.50

Kaiserkirschen	1/2 Dose	1.10	Aprikosen halbe Frucht	1/2 Dose	1.20
Kaiserkirschen	1/2 Dose	60 Pf.	Johannisbeeren	1/2 Dose	68 Pf.
Melange I	1/2 Dose	1.10	Stachelbeeren	1/2 Dose	65 Pf.
Melange II	1/2 Dose	95 Pf.	Heidelbeeren	1/2 Dose	58 Pf.
Pflaumen f. Essige. Zucker	1/2 Dose	75 Pf.	Pflaumen halbe Frucht	1/2 Dose	50 Pf.
Apfelmus	Dose ca. 1 Kilo	60 Pf., 2 Kilo	1.15, 3 Kilo	2.85	
Rheinisch Kraut	Dose ca. 1 Pfund	40 Pf.	Birnen weisse und rot	1/2 Dose	70 Pf.
			Birnen weisse und rot halbe Frucht	1/2 Dose	75 Pf.
			Erdbeeren in Zucker	1/2 Dose	1.30

<u>Dunstfrüchte in Zucker</u>	
Melonen-Kürbis	65 Pf.
Himbeeren	Glas 90 Pf.
Pflirsiche	Glas 1.40
Kirschen ohne Steine	Glas 75 Pf.

Sardinen in Öl Spezialmarke	1/2 Dose	1.35, 1/2 Dose	80 Pf., 1/2 Dose	50 Pf.
Franz. Sardinen Marke Saupiquet	1/2 Dose	1.85, 1/2 Dose	1.20, 1/2 Dose	70 Pf.
Blocksardinen	Inhalt 8 Dose	3.25, 3 Dose	1.80	

## KOLONIALWAREN

### Getrocknetes Obst und Gemüse

Backobst gemischt Pfund	30, 45, 60 Pf.	Preisselbeeren getrocknet Pfund	1.80
Französische Pflaumen Pfund	38, 45, 55, 65 Pf.	Julienne Pfund	60 Pf. 1 Mk.
Türkische Pflaumen Pfund	19 Pf.	Wirsingkohl Pfund	1.10
Böhmische Pflaumen Pfund	28 Pf.	Weisskohl Pfund	1 Mk.
Entsteinte Pflaumen Pfund	45 Pf.	Rotkohl Pfund	90 Pf.
Kaliforn. Birnen Pfund	60, 75 Pf.	Grünkohl Pfund	90 Pf.
Kaliforn. Pflirsiche Pfund	60 Pf.	Spinat Pfund	1.80
Ital. Prünellen Pfund	55 Pf.	Schoten Pfund	2.20, 2.40
Italien. Birnen Pfund	48, 58 Pf.	Schneidebohnen Pfund	1.60
Amerik. Ringäpfel Pfund	48 Pf.	Karotten Pfund	50 Pf.

### Hülsenfrüchte

Victoria-Erbsen Pfund	17 Pf.
Kleine Erbsen Pfund	16 Pf.
Glasierte Erbsen gelb Pfund	23 Pf.
Spalterbsen gelb Pfund	19 Pf.
Grüne Erbsen Pfund	16 Pf.
Grosse Linsen Pfund	28 Pf.
Mittel-Linsen Pfund	20 Pf.
Grosse Bohnen Pfund	24 Pf.
Langbohnen Pfund	20 Pf.
Kleine Bohnen Pfund	16 Pf.
Reis Pfund	16, 19 Pf.
Java-Reis Pfund	25, 30, 36 Pf.

### Tea

Souchong-Melange in Paketen	1/2 Paket	95, 1/2 Paket	48 Pf.							
Souchong-Melange	I	1.50	II	1.80	III	2.40	IV	3.20	V	4 Mk.
Kongo-Melange Pfund	2.20	4 Mk.								
Ceylon-Melange Pfund	3 Mk.									
Pecco-Melange Pfund	4.80									
Darjeling-Melange Pfund	6 Mk.									
<u>Tee v. R. Twining &amp; Co. Ltd. London</u>										
Queen's Tea Paket 1 Pfund engl.	5 Mk.	1/2 Pfund	2.50							
King's Tea Paket 1 Pfund engl.	4 Mk.	1/2 Pfund	2 Mk.							
Ceylon-Tea	1 Pfund engl.	2.50, 1/2 Pfund	1.30, 1/2 Pfund	70 Pf.						

### Kakao

Deutscher Kakao 80 Pf., 1.10	Holländischer Kakao Spezialmarke Pfund	1.90, 2.20, in Dosen Pfund	2.40
------------------------------	--	----------------------------	------

### Schokolade

Haushalt-Schokolade Pfund	70, 80 Pf. 1.10	Vanille-Schokolade Pfund	1.20, 1.30 Mk.
---------------------------	-----------------	--------------------------	----------------

## WURSTWAREN

Zerelatwurst in Rind-darm Pfund	1.10	Jagdwurst Pfund	90 Pf.
Zerelatwurst in Fein-darm Pfund	1.20	Rotwurst Pfund	45, 65 Pf.
Salamiwurst Pfund	1.10	Feine Leberwurst Pfund	95 Pf.
Schinkenwurst Pfund	1.10	Landleberwurst Pfund	90 Pf.
Teewurst (Weiße Schlackwurst) Pfund	1.20	Zwiebelwurst Pfund	45 Pf.
Gänsebrust Pfund	1.45	Schinkenspeck Pfund	95 Pf.

## WILD u. GEFLÜGEL

Hasen gestreift (Zusendung ausgeschlossen)	2.90, 3.25 Mk.
Fasanen-Hähne 2.95 Mk., Puten Pfund	85 Pf.
Suppenhühner	1.65, 1.85, 2.25 Mk.
Brathühner	1.65, 1.85, 2.15 Mk.

## SÜDFRÜCHTE

Apfelsinen Dtz.	25, 35, 45 Pf.	Zitronen Dtz.	40 Pf.
Feigen Karton	25 Pf.	Kokosnüsse Stück	10 Pf.



### Erdbeben.

Die heftige Bewegung, in die Mutter Erde seit einiger Zeit wieder geraten ist, beschränkt sich nicht auf Italien. Es werden heute auch von diesseits der Alpen wieder heftige Erschütterungen gemeldet. Ein Telegramm meldet:

**Innsbruck, 13. Januar.** Gestern abend und vergangene Nacht sind in Innsbruck und den meisten Teilen Tirols zwei starke wellenförmige Erdschütterungen verspürt worden. In Innsbruck war die Erschütterung so stark, daß an mehreren Häusern Mauerwerk sich löste und Einrichtungsgegenstände umfielen.

Auch Venedig signalisiert ein wellenförmiges Erdbeben, das gegen 2 Uhr morgens stattfand und in nordöstlicher Richtung verlief.

Die letzten Nachrichten aus Italien lauten:

**Rom, 13. Januar.** Aus verschiedenen Städten Nord-Italiens laufen Erdbebenmeldungen ein. Das Zentrum des Bebens, das in der zweiten Nachthälfte stattfand, lag bei Florenz und Padua.

**Imola (Prov. Bologna), 13. Januar.** Ein sehr starker Erdstoß schickte in der vergangenen Nacht die Einwohner in Schrecken, sodas sie zum großen Teil ihre Häuser verließen. Der Erdstoß wurde auch in den übrigen Gemeinden des Distrikts Imola verspürt; die Bevölkerung versammelte sich auf den Plätzen um Feuerstellen. Einige Schornsteine sind eingestürzt; an mehreren Bauernhäusern haben die Mauern Risse erhalten. In Imola ist das Gewölbe einer Kirche gespalten, ebenso die Mauern mehrerer Häuser. Getötet wurde niemand.

In Messina tritt angeblich Handel und Wandel bereits wieder deutlich in Erscheinung. Die Ausfuhr von Zitronen und Apfelsinen soll im Gange sein. Auf den Straßen halten fliegende Händler Milch, Grünzeug und Lebensmittel feil. Verkaufsläden sind provisorisch eingerichtet, an mehreren Stellen inmitten der Trümmer Speiseanstalten für das Publikum eröffnet.

Aus der Hauptstadt wird gemeldet:  
**Rom, 13. Januar.** Sobald der öffentliche Verwaltungsdienst in Messina reorganisiert ist, wird ein Zivilkommissar an Stelle des militärischen Kommandanten ernannt werden. Senator Caterina hat die meisten Ansichten für diesen Posten.

### Die nächste Arbeitslosenzählung in Berlin und Umgegend

Die nächste Arbeitslosenzählung in Berlin und Umgegend wird am Dienstag eine gemeinsame Sitzung des Zentralvorstandes der sozialdemokratischen Organisation von Groß-Berlin, der Gewerkschaftskommission (bzw. Gewerkschaftsvorstände) und der sozialdemokratischen Fraktionen der bei der Arbeitslosenzählung beteiligten Vorortsgemeinden.

Genosse Körten gab einleitend eine Übersicht über die Verhandlungen und Beschlüsse der Sitzung vom 11. Dezember und der gemeinsamen Sitzung vom 23. Dezember, sowie über den Besuch des Oberbürgermeisters durch die dazu bestimmte Deputation. Unsere Leser sind über diese im Interesse einer geeigneten Arbeitslosenfürsorge erfolgten Verhandlungen und Schritte unterrichtet. Hervorzuheben ist, daß die gemeinsame Sitzung vom 23. Dezember 1908 sich wegen der Mängel des Meldesystems bei der Zählung der Arbeitslosen entschieden dahin aussprach, daß die Arbeitslosenzählung im Februar nach dem Hauslistenystem vorzunehmen sei. Die sozialdemokratischen Fraktionen der bei der Zählung beteiligten Gemeinden sollten alsbald entsprechende Anträge bei den Gemeindeverwaltungen stellen. Von der Absicht, weiteres Material hinsichtlich der Zahl der Arbeitslosen dem Oberbürgermeister zuzustellen, ging man ab und beschloß stattdessen, das durch die Gewerkschaften zu beschaffende Material der sozialdemokratischen Fraktionen in den kommunalen Ämtern abzugeben. Die glatten, zu nichts verpflichtenden Worte des Oberbürgermeisters waren der Anlaß, das Material der Gewerkschaften lag jetzt vor. Vergleiche, so führte Körten dazu aus, liegen sich zwischen den

**Zahlen der Gewerkschaften und der amtlichen Zählung**  
vom November wegen der hierbei vorgenommenen ganz anderen Veranschlagung nicht ziehen, abgesehen vielleicht von einzelnen „reinen“ Berufen. Man könnte da etwa das graphische Gewerbe nehmen. Die Gewerkschaftszählung ergab dort gegenüber der des Magistrats 300 und etliche mehr. Das sei der dritte Teil. Als bemerkenswert führte Körten u. a. an, daß die Holzarbeiter einschließlich der Wildhauer fast dieselbe Zahl Arbeitslose in der November- als im allgemeinen gezählt wurden, und dabei ständen 24 000 Organisierte gegenüber 37 000 Berufsangehörigen. Unter diesen Umständen bedeutet die Feststellung derselben Zahl, daß viel mehr Arbeitslose in den genannten Berufen allgemein vorhanden waren, als die Meldezählung ergab. Der Direktor des Berliner Statistischen Amtes, Professor Silbergleit, hat sich an Körten mit dem Ersuchen gewandt, es doch nochmal mit der Zählung nach dem Meldesystem zu versuchen, nachdem Berlin die gewünschte Zählung nach dem System der Hausliste („hausierende Zählung“) abgelehnt hat. Körten habe geantwortet, daß man gegen das Statistische Amt keinerlei Groß

haben, daß man aber das Meldesystem verwerfe. Er habe ihn auch darauf hingewiesen, wie die Unzulänglichkeit des Meldesystems schon durch die geringe Zahl der erschienenen Frauen bewiesen werde. — Inzwischen habe nun, fuhr Körten in seinem Bericht fort, die vom Zentralvorstand und vom Ausschuss der Gewerkschaftskommission eingesetzte Unterkommision schon

**vorbereitende Schritte für die Hauslistenzählung**  
getan, indem sie einen Fragebogen ähnlicher Art ausgearbeitet habe, wie er 1901 verwendet wurde. Die Hauslistenzählung würde allerdings unsere Geld kosten, schätzungsweise 10 000—15 000 M. Der Zentralvorstand der Berliner Partei sei bereit, die Hälfte zuzugeben. Da die Gewerkschaftskommission zurzeit über keine Mittel verfüge, so müßte die andere Hälfte durch Umlageverfahren von den Gewerkschaften aufgebracht werden. Für die Zählung seien der 12., 13. und 14. Februar in Aussicht genommen. Der 12. als Tag der Herausgabe der Karten, der 13. als maßgebender Tag der Zählung und am Sonntag, den 14. Februar, wären die Karten abzuholen. Die Führung gleichsam soll die politische Organisation in die Hand nehmen, weil sie in Groß-Berlin das ganze Organisationsnetz kenne. Die Gewerkschaften hätten sich zur Durchführung der Zählung zur Verfügung. Die Gewerkschaften hätten die Pflicht, alle Strafen heranzuziehen und dem Gewerkschaftsausschuss rechtzeitig die Helfer und ihre Adressen mitzuteilen. Es werde kein leichtes Werk sein. Bei der Lust und Liebe der Arbeiterpartei an ihren eigenen Werken sei aber bestimmt zu hoffen, daß eine möglichst vollkommene Zählung zustande komme.

Es folgte eine ausgedehnte

### Debatte.

Hoffmann befürchtet, daß die Gemeinden, die etwa bereit gewesen wären, nach Hauslisten zu zählen, sich jetzt nach Berlin, das diese Art ablehnte, richten würden.

**Stadt v. Wilmersdorf:** Allein Charlottenburg habe bisher durch seine Stadtverordneten sich für die Hauslistenzählung ausgesprochen. Der Magistrat sage aber, es falle ihm gar nicht ein, danach zu verfahren. (Hört, hört!) Wie die Dinge lägen, würden wir die Zählung nach Hauslisten allein machen müssen. Die Durcharbeitung des vorliegenden Entwurfs zu Zählarten wäre der Subkommission zu überlassen. Die Hauslistenzählung werde ein ganz anderes Resultat ergeben, wie eine Meldezählung. Um Stichproben zur Vergleichung zu haben, wäre es empfehlenswert, daß die Gewerkschaften am Tage unserer allgemeinen Zählung ihre Arbeitslosen feststellen. Den wahren Grund, weshalb man sich auf der anderen Seite gegen das Hauslistenystem wehre, habe Obermeister Rettig ausgesprochen. Die Herren wollten nicht, daß Arbeiter, die als Sozialdemokraten gelten, in amtlicher Stellung bei amtlicher Zählung in die Wohnungen gingen. Allerdings werde man gegen das Resultat unserer Zählung Einwände erheben. Eben darum müßten wir Selbstkontrolle über nach der gewerkschaftlichen Methode. Das Resultat wäre dann dem statistischen Amt der Stadt Berlin und den Magistraten bzw. Gemeindevorständen der Vororte zur Verfügung zu stellen. Die Herren könnten ja Stichproben machen.

**Wollermann-Schönberg** meint, daß für die in Betracht kommenden Vorortsgemeinden natürlich auch maßgebend sein müßte, was Partei und Gewerkschaften in Berlin gemeinsam machten. Deren Hauslistenzählung müßte sich auch auf jene Vororte erstrecken. Die Gemeindevorstände, die noch keinen Antrag gestellt hätten, könnten dann einen solchen, von Gemeinde wegen nach Hauslisten zu zählen, nicht mehr stellen. Es frage sich aber, ob sie nicht beantragen sollten, die Gemeinde möge einen Kostenausschuss zu der Hauslistenzählung der Arbeiter beitragen.

**Pinsel-Friedrichs** ist, wie der Vortredner, für Einheitszählung.

**Ohl-Reinhold** rügt zwar nicht genügende Propaganda bei der letzten Meldezählung, tritt aber auch für die Beteiligung an der Zählung nach Hauslistenystem ein. Jedoch ist er dafür, daß es den einzelnen überlassen bleibe, sich bei der amtlichen Meldezählung zu beteiligen, ohne daß dafür eine besondere Propaganda gemacht werde. (Diese Auslegung gab er seinen Worten in einer späteren Rede, nachdem er verschiedentlich so verstanden worden war, daß er direkt für eine doppelte Zählung sei.)

**Krebs** vertritt den Standpunkt, daß es den großen Kosten nicht entspricht, wenn man durch die Hauslistenzählung nur eine andere Zahl erzielen wolle. Für die Statistiker lehne er deshalb die materielle Beteiligung ab, vorbehaltlich anderer Beschlüsse seiner Gewerkschaft.

**Stadt v. Paul Hirsch-Charlottenburg** tritt dem Vortredner entgegen. Der Zweck sei nicht, an sich eine höhere Zahl zu erreichen, sondern man wolle zeigen, daß die Zählung nach einem anderen System ein richtiges, ganz anderes Resultat ergebe, und wir wollten mit dieser, der Wahrheit entsprechenden Feststellung erzielen, daß

etwas für die Arbeitslosen getan

werde. Mit der Zählung vom 17. November sei u. Dirksen schon jetzt im Abgeordnetenhaus krebten gegangen. — Natürlich seien neue Anträge, von Gemeinde wegen Hauslistenzählungen vorzunehmen, jetzt nicht mehr zu stellen. Er ist aber auch dagegen, Gemeindevorstände zu verlangen.

**Dr. Vorhardt-Charlottenburg:** Falls der Charlottenburger Magistrat dem Beschluß der Stadtverordneten, nach Hauslisten zu zählen, nicht zustimmt, wäre in Charlottenburg der Antrag, einen Zuschuß für unser Werk zu bewilligen, doch sicher angebracht, und sei es, um eine Probe zu machen.

**Stadt v. Hinge-Berlin** wäre dafür, daß unsere Zähler die Arbeitslosen aufmerkzaam machten, sich auch an der amtlichen Zählung zu beteiligen.

**H. Glode:** Es handele sich jetzt nur darum, zu entscheiden, daß wir eine eigene Zählung nach Hauslistenystem vornehmen. Wie sich die amtliche Meldezählung gestaltet, müßten wir ganz auf sich beruhen lassen. Es sei ganz Sache jedes einzelnen, ob er sich dabei beteiligen wolle.

**Alwin Körten** wünscht zu wissen, wie sich der Ausschuss der Gewerkschaftskommission zu stellen habe, wenn Professor Silbergleit den

**Apparat des Ausschusses zur amtlichen Zählung** wünscht.

Es wird von verschiedenen Seiten bemerkt, daß sich der Ausschuss ganz neutral verhalten möge. Es sprechen sich so u. a. an Stiering, Wels, Glode, Wollermann, Wurm. Ihre Ausführungen sind im übrigen etwa dahin zusammenzufassen: Wir machen unsere eigene Zählung. Die Agitation für das Meldebestem der Behörde überlassen wir der Behörde allein. Wir stehen demgegenüber Gewehr bei Fuß. Wir raten weder ob noch zu. Wer hingegen wolle und sich beteiligen und betätigen, der möge es tun. Es bleibt seinem Ermessen überlassen.

Der Verhandlungsleiter Genosse Eugen Ernst schritt dann zur Abstimmung der eingelaufenen Anträge.

**Einmütig beschlossen wurde die Vernahme einer eigenen Arbeitslosenzählung nach dem Hauslistenystem.**

Die Gewerkschaften, welche eine Arbeitslosenunterstützung haben, sollen am Zähltag ihre Arbeitslosen feststellen.

Festgestellt wurde, daß nach den übereinstimmenden Ausführungen der Redner die Aufschauung dahin ging, daß den Maßnahmen der Behörde gelegentlich der Meldezählung nicht entgegenzuarbeiten

sei und es dem freien Ermessen der Einzelnen anheimgestellt sei, sich zu beteiligen und zu betätigen. Von einer Beschlußfassung dazu wurde Abstand genommen.

Die Kostenfrage war schon vorher dadurch erledigt worden, daß die anwesenden Gewerkschaftsvertreter in einer Sonderratsstimmung gegen drei Stimmen trafen, daß die zweite Hälfte der Kosten von den Gewerkschaften durch Umlagen aufgebracht werden.

Weiter wird beschlossen:

**In den Vorortsgemeinden**

sind jetzt keine Anträge mehr auf Vernahme einer Hauslistenzählung von Gemeinde wegen zu stellen. — Es bleibt den einzelnen sozialdemokratischen Vertretungen in den fraglichen Vorortsgemeinden jedoch überlassen, Anträge zu stellen, sich an den Kosten unserer Hauslistenzählung zu beteiligen.

Die Ausführung der Zählung hat der Berliner Aktionsausschuss und der Ausschuss der Gewerkschaftskommission unter Hinzuziehung einiger Berufsstatistiker vorzunehmen. Die Frage der Arbeitslosenversammlungen wird ebenfalls diesen beiden Körperschaften übertragen.

### Der Petersprozeß der „Münchener Post“.

München, 13. Januar.

(Telegraphischer Bericht.)

Heute vormittag begann die Verhandlung. Als Zeugen resp. Sachverständige sind erschienen Feldwebel Diefel, Kunstmalers Reichert v. Bichmann (Verdachtsgaden), Hauptmann a. D. Eipons, Hauptmann a. D. Prager, Hauptmann a. D. Gorbner, der Afrikaner Eugen Wolff (Walscode), Oberleutnant a. D. Dr. v. Bennigsen, Verlagsbuchhändler Felix Heinemann. Vor Eintritt in die Verhandlung erklärt

der Verteidiger des Angeklagten Martin Gruber, Rechtsanwalt Bernheim (München), daß er den Sachverständigen Reichert v. Bichmann wegen Befangenheit ablehnen müsse (Reichert v. Bichmann hatte bekanntlich bei dem Kriegsgericht über die Jagobia mitgewirkt). Der Rechtsbeistand des Peters, Rechtsanwalt Dr. Rosenthal (München) erklärt, daß er aus den gleichen Gründen den Gouverneur v. Bennigsen, der von der anderen Seite als Sachverständiger geladen sei, ablehne. — Vorf.: Darüber werden wir später sprechen.

Genosse Gruber führte zur Begründung seiner Berufung aus, daß er das Urteil des Schöffengerichts in vollem Umfange anfechte. Er fühle sich durch das Urteil beschwert, weil er nicht freigesprochen sei und weil man seine Widerklage nicht stattegeben habe. Die hohe Strafe entspreche jedenfalls nicht seinem Verschulden. In verschiedenen Städten Deutschlands hätten Gerichte in ähnlichen Fällen nicht höhere Strafen als 200 M. ausgesprochen.

Es erfolgte dann die Verlesung des ersten Artikels der „Münchener Post“: „Gänge-Peters im Reuen Verein“. In diesem Artikel werden die bekannten Vorgänge geschildert, wegen deren Peters 1896 vom Kaiserlichen Disziplinarhof für Reichsbeamte des Schutzgebietes und dann in zweiter Instanz vom Reichsdisziplinargerichtshof in Leipzig mit Dienstentlassung bestraft worden war. Dann wurde ein Artikel des Peters in den „Hamburger Nachrichten“ verlesen, der von dem gegen ihn, Peters, geplanten Bombenattentat in München seitens der Sozialdemokraten spricht, weiter ein Antwortartikel der „Münchener Post“, in dem Peters als Paralytiker bezeichnet und von seinen Verbrechen usw. gesprochen wird. Auf diese Artikel stützen sich Klage und Widerklage. Es wird dann das Urteil der Disziplinarakammer Berlin vom 24. April 1896 verlesen, das auf Dienstentlassung Peters' erkannt hatte.

Vor Beginn der Verlesung der Protokolle über die Aussagen der Zeugen und Sachverständigen in der ersten Instanz erklärt der Angeklagte Gruber, daß er der Verlesung der Aussage des in der vorigen Verhandlung als Sachverständiger vernommenen Reichstagsabgeordneten Gouverneurs a. D. v. Liebert widersprechen müsse. Wenn die Verlesung stattfinden sollte, müßte er auf der Ladung des Herrn v. Liebert bestehen. Er erklärt sich aber einverstanden, daß auch die anderen politischen Gesichtspunkte ausgesprochen werden und damit die Aussagen der Reichstagsabgeordneten Bebel und von Vollmar. — Rechtsanwalt Dr. Rosenthal: Daselbe müßte aber auch bei der Aussage der Frau von Kaiser, der Witwe des verstorbenen Kolonialdirektors, in Betracht kommen. — Vert. Bernheim: Damit können wir uns nicht einverstanden erklären denn dann müßte mindestens auch die Aussage des Reichstagsabgeordneten Dr. Arendt ausgesprochen, da er in das andere greift. — Rechtsanwalt Rosenthal: Wir würden uns der Verlesung der Aussage der Frau v. Kaiser aus denselben Gründen widersetzen, die die Verteidigung für Herrn v. Liebert angeführt hat. Wir müßten dann auf ihrer Ladung bestehen. Wir sind aber einverstanden, daß aus der Aussage des Reichstagsabgeordneten Dr. Arendt alles ausgesprochen, was auf die Aussage der Frau v. Kaiser Bezug hat. Auf die Verlesung der Aussage des Herrn Abgeordneten Dr. Arendt können wir nicht verzichten, da wir das, was die „Münchener Post“ über die Bemühungen der Freunde des Peters zur Rehabilitierung seiner Ehre angeführt hat, nicht unwillkürlich lassen können.

Schließlich kommt auf dieser Waise eine Einigung zustande. Dann folgten Verlesungen aus den Protokollen der ersten Instanz. Die Zeugen sind bis morgen entlassen. Die Verlesung des Urteils des Reichsdisziplinarhofes, des Urteils erster Instanz und der erstinstanzlichen Protokolle füllten die ganze Vormittags- und Nachmittags- und werden voraussichtlich auch noch den ganzen Nachmittag in Anspruch nehmen.

### Aus der Partei.

Die Mitgliederversammlung der Fabian Society.

London, 10. Januar. (Eig. Ber.)

Die Versammlung der Mitglieder der Fabian Society am 8. d. M. war zahlreich besucht. Genosse E. G. Hobson sprach für die Resolution, in der die Fabian Society aufgefordert wurde, aus der Arbeiterpartei auszutreten, um eine entschiedene und ausgesprochene sozialistische Partei gründen zu können. Er meinte, die beste aufbauende Arbeit für den Sozialismus in Großbritannien sei die Herstellung der Arbeiterpartei, die dem Aufbau einer sozialistischen Partei im Wege stehe. Pease, der Sekretär der Fabier, sprach gegen die Resolution. Er verlas die Erklärung Skautsky in der letzten Sitzung des Internationalen Bureaus betreffend die Arbeiterpartei und wies auf die parlamentarische Tätigkeit der Arbeiterpartei hin, die im Geiste des Sozialismus gehalten sei. Shaw sprach ebenfalls gegen die Resolution. Er stehe zwar der Arbeiterpartei kritisch gegenüber und verlange von ihr ein kühneres Vorgehen, aber eine selbständige Arbeiterpartei müsse früher oder später zum Sozialismus gelangen. Man dürfe nicht an Worte glauben, sondern an Taten. Er schlug sodann folgendes Amendement vor:

„Indem diese Versammlung den Anschluß der Fabian Society an die Arbeiterpartei billigt und letztere zum Vertreter von einer halben Million Vergleichte beglückwünscht, ist sie der Ansicht, daß die Zeit gekommen sei, folgende Erwägungen zu beachten:

1. Parlamentarische Parteien in England können nur dann auf Unterstützung rechnen, wenn sie ein festes Programm haben.
2. Eine Partei ohne Programm kann wohl einen Einfluß auf die Gesetzgebung im Parlament ausüben, aber kann nichts tun, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen.
3. Eine Arbeiterpartei kann nur dann ihren Anspruch auf Unabhängigkeit von den beiden kapitalistischen Parteien begründen und auf die finanzielle Unterstützung durch die Gewerkschaften Anspruch machen, wenn sie ein Arbeiterprogramm aufstellt, das sich nicht nur von dem der kapitalistischen Parteien unterscheidet, sondern von diesen gar nicht angenommen werden kann.
4. Solange diese Bedingungen nicht erfüllt sind, wird es für die Fabian Society und die anderen sozialistischen Organisationen immer schwieriger werden, ihre Mitglieder zur Unterstützung der Arbeiterpartei anzuhalten, wodurch die Solidarität der britischen Arbeiterbewegung ebenso geschwächt würde wie die der französischen. Es könnte dies auch in England passieren, wenn die Arbeiterfraktion sich in nichts von dem linken Flügel der kapitalistischen Parteien unterscheidet.“

Dieses Amendement wurde mit ungefähr 500 gegen 62 Stimmen angenommen und Hobsons Resolution abgelehnt.

Zu Delegierten für den Kongreß der Arbeiterpartei wurden Shaw, Sanders und Pease gewählt.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Norwegens hat im vergangenen Jahre gute Fortschritte gemacht. Ihre Mitgliederzahl ist von rund 25 000 auf über 30 000 gestiegen und die Zahl der ihr angeschlossenen Vereine ist um 50 gewachsen. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Stortingwahlen wird jetzt eine besonders eifrige Agitation unter den Bauern betrieben, die ja in diesem Jahre zum ersten Male ihr staatsbürgerliches Wahlrecht ausüben werden.



# Jugendbewegung.

## Die freie Jugendorganisation in Schwaben.

An 1000 Mitglieder zählen die freien Jugendorganisationen im Württemberg. Das Arbeitsprogramm des abgelaufenen Jahres wies zahlreiche Vorträge mit Diskussion und öffentlichen Agitationsversammlungen auf. Auch die körperliche Ausbildung wurde gepflegt. In einigen Orten ist es den Mitgliedern möglich, an den Turnstunden der Arbeiterturnvereine teilzunehmen. Auch Spiele im Freien wurden gepflegt. Bei schlechter Witterung unterhielten sich die Jugendgenossen durch Spiele oder geistliche Unterhaltung in geschlossenen Räumen. Da die Organisationen indes bestrebt sind, ihre Veranstaltungen ohne Zwang abzuhalten, ist es ihnen vielfach nicht möglich, ein geeignetes Lokal zu bekommen. In einigen Orten wird eine Entschädigung dafür gezahlt. Teilweise ist es den Mitgliedern möglich, Wäcker aus den Gewerkschafts- oder Parteibibliotheken zu entleihen; in Heilbronn besitzt die Jugendorganisation eine eigene Bibliothek von 60 Bänden.

# Soziales.

## Blievergiftungen.

Der bekannte Wiener Hygieniker Dr. Ludwig Teletzky bespricht in der „Sozialen Medizin“ die „gewerbliche Bleivergiftung“, die alljährlich so viele Opfer fordert. Die Statistiken der österreichischen Krankenkassen zeigen uns die großen Gefahren dieses Giftes. Die ganze Arbeit des Wiener Bleihütten ist von warmer Anteilnahme für die Armen durchdrungen, welche betruht und unbetruht täglich diesen Gefahren ausgesetzt sind. Die Größe der Bleigefahr wird auch heute trotz aller wissenschaftlichen Hilfsmittel nicht richtig erkannt, denn viele Fälle von Bleivergiftung werden deshalb nicht als solche diagnostiziert, weil der Arzt (und oft auch der Arbeiter) gar nicht weiß, daß der Patient bei seiner Arbeit mit Blei oder Bleiverbindung zu tun gehabt hat. Aufklärung sei deshalb dringend nötig, weil die Diagnosen, unter denen sich Bleivergiftungsfälle häufig verbergen, sind: habituelle Obstipation, Kolik, Anämie, Rheumatismus, Lähmung, Nephritis und vor allem aber: „Rogen-Darmalarth“. Dem Vorwurfe gedankenloser Schwäger über fortschreitende Simulation der Arbeiter begegnet Teletzky wie folgt: „andererseits ist der Fall gar nicht selten, daß Arbeiter z. B. (aber auch andere Arbeiter), solange ihre Saison dauert, sich nicht krank melden wollen und trotz Abtraten des Arztes weiter ihrer Beschäftigung nachgehen“. Das radikalste Mittel, darüber wären alle Postämter einig, sei „Erfassung des Bleiweißes durch ungiftige Farbstoffe“. Dieser Erfassung sei heute im weitesten Umfange möglich. Zinkweiß und Lithopon sei ein Ersatz für Bleiweiß auch für Außenanstriche, wie auf der vom österreichischen Handelsministerium veranstalteten Konferenz nicht allein die Gehilfenvertreter, sondern auch zahlreiche Meister zugegeben hätten. Anderer Ansicht wären nur die — Wiener Meister, welche die Dauerhaftigkeit dieser Anstriche bezweifelten. Diesen Reaktionen schreibt Teletzky folgendes ins Stammbuch: „Schließlich aber wäre es — vom Standpunkte des öffentlichen Wohles — noch immer vorteilhafter, weniger dauerhafte Anstriche, als zahlreiche Bleivergiftungen zu erzeugen... Sehr richtig! Solange aber noch Bleifarbe verwendet würde, sei es dringend notwendig, daß der Arbeiter, der mit Blei oder Bleifarbe arbeitet, wenigstens weiß, daß er es mit einer giftigen Substanz zu tun hat.“ Heute können aber zahlreiche giftige Farben in den Handel, die unschuldige Namen tragen. Deshalb Deklarationspflicht! Guten Erfolg habe auch sicher die regelmäßige ärztliche Untersuchung aller in Bleibetrieben beschäftigten Arbeiter.“ Ein gewichtiger Faktor bei Bekämpfung der gewerblichen Vergiftungen seien die Krankenkassen, welche durch eine ausgebautere, genauere Statistik Ausweise über die Häufigkeit der Bleivergiftungen liefern könnten. „Diese Ausweise sind — soweit es sich um von Arbeitern verwaltete Kassen handelt — verlässlicher und vollständiger als sie durch eine Anzeigepflicht geliefert werden könnten!“ Teletzky fordert dann die Hilfe der „Arbeiterorganisationen zur Bekämpfung der gewerblichen Vergiftungen“. Bisher hätte die Organisation der Arbeiter die notwendige Verfügung der Arbeitszeit oder, wie dies erst unlängst in Budapest geschah, Lohnzuschlag für Bleiweißarbeit gefordert. Er schlägt den lebenswichtigen Aufsatz wie folgt: „Wenn die Arbeiterorganisationen selbst dem Gesundheitswunsche ihrer Mitglieder erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden, wenn sie ihre Mitglieder dazu anleiten in den Betrieben, in denen sie arbeiten, auf Durchführung der behördlichen Vorschriften zu achten, dann wird gar manche Verordnung, die heute nur auf dem Papiere steht, in Wirklichkeit umgesetzt werden, manch neue Verordnung erlassen und auch durchgeführt werden.“

Wie unseren Lesern bekannt ist, sind die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag, die sozialdemokratische Presse und die Arbeiterorganisationen in Deutschland seit Jahren bestrebt, ein Verbot der Verwendung bleihaltiger Farben herbeizuführen. Trotzdem geht die deutsche Bundesratsverordnung noch nicht einmal so weit wie die österreichischen Anordnungen, die die Verwendung von Blei für Innenanstrich bei öffentlichen Bauten völlig verbieten. Praktisch haben die Berliner Arbeiter bei der Errichtung des Gewerkschaftshauses bewiesen, daß auch ohne Verwendung von Bleifarben erzieht. Wenn wird der Bundesrat endlich die Bleiverwendung verbieten? Oder sollte das Verbot nicht anders als durch Gesetz zu erreichen sein?

## Hygieniker in Zürich.

Im Gemeindefolkium zu Zürich in Bayern sind unter 13 Mitgliedern 13 Sozialdemokraten, die die stärkste Fraktion des Kollegiums bilden. Dieses hat jetzt sein Präsidium neu zu wählen. Die Sozialdemokratie hätte auf Grund ihrer Stärke Anspruch auf den ersten Vorsitzenden, sie wollte sich aber mit dem zweiten begnügen. Der aus Nationalliberalen, Freikämpfern und Demokraten bestehende Ratshausklub will ihnen aber dieses Recht nicht zugestehen. Die Nationalliberalen hatten verlangt, der Sozialdemokrat, der zweiter Vorsitzender werden sollte, müsse sich allen repräsentativen Verpflichtungen unterziehen. Die Sozialdemokraten erklärten, der betreffende Genosse werde die geschäftsmäßige Repräsentationspflicht übernehmen und auch, wenn es im Interesse der Stadt liege, dieses Interesse beim Minister persönlich vertreten. Die Nationalliberalen waren aber damit nicht zufrieden, sie verlangten, daß der betreffende Sozialdemokrat erforderlichenfalls zu Hause gehen müsse. Darauf gingen die Sozialdemokraten nicht ein, worauf die Nationalliberalen erklärten, ihre monarchische Gesinnung dulde es nicht, einen Sozialdemokraten als zweiten Vorsitzenden zu wählen. Nun ist der Klub übergingelommen, die Sozialdemokratie überhaupt aus dem Präsidium ausfallen zu lassen.

## Zum Ausnahmengesetz gegen ländliche Arbeiter.

Kürzlich berichteten wir über die Aufhebung einer unberechtigten Anwendung des Ausnahmengesetzes gegen ländliche Arbeiter durch das Kammergericht. Heute können wir über einen ähnlichen Fall aus Königsberg Mitteilung machen.

Der Deputationsmann L. N. stand bei dem Pfarrenhufenspäcker Pletsch in Lichtentode, Kreis Königsberg, gegen Lohn und Deputat im Dienst. Am 21. August vorigen Jahres war L. mit einem anderen Arbeiter mit Abjahren von Zehreide beschäftigt. Dem Pächter N. ging die Arbeit nicht schnell genug. Er machte dem L. Vorwürfe und schimpfte: „Haules, launiges Paf, launig zum Teufel fahren, ich kann Euch nicht brauchen, schert Euch aus dem Dienst.“ L. sah diese Beschimpfung natürlich als Entlassung auf und ging am Nachmittag desselben Tages nicht zur Arbeit, trotzdem er dazu aufgefodert war. Darauf erhielt L. vom Amtsverwalter einen Strafbefehl über drei Mark wegen Arbeitsverweigerung. Hiergegen beantragte er gerichtliche Entscheidung. Das Schöffengericht zu Königsberg hielt aber die Strafe aufrecht mit folgender Urteilsbegründung:

„Wenn der Pächter wirklich die Worte: „Haules, launiges Paf schert Euch zum Teufel und aus dem Dienst“ gebraucht haben sollte, so sind sie in der Erregung gefallen, aber eine förmliche Entlassungserklärung enthalten sie nicht. Es ist daher tatsächlich festgestellt, daß der Angeklagte dem Zeugen Pletsch, seinem Dienstherrn, gegenüber hartnäckigen Ungehorsam sich hat zuschulden kommen lassen.“

L. legte Berufung ein. Vor der Strafkammer legte Rechtsanwalt Genesse Daase dar, daß gegen den Angeklagten das Gesetz vom 21. April 1854 überhaupt nicht angewendet werden darf, da er nicht zu dem Personenkreis gehört, der diesem Ausnahmengesetz unterliegt ist, denn der Angeklagte wohnte nicht bei dem Pächter, sondern war in einer von dem Pächter in der Wohnung eines Nachbarn gemieteten Wohnung untergebracht. Die Strafkammer sprach darauf den Angeklagten frei und legte der Staatskasse auch die dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen einschließlich der Verteidigungskosten auf.

## Der Kerkereis bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Rathenow beendet.

Durch Vermittlung der Aufsichtsbehörde (Magistrat) kam ein neuer Vertrag zustande, bei dem die Ärzte ihre alte Forderung: Freie Kerkereiswahl unter sämtlichen Kerkern des Ortes durchsetzen. Ferner wurde eine Erhöhung der Pauschalvergütung, welche bisher 3,50 Mk. pro Kopf und Jahr einschließlich Familienbehandlung betrug, auf 4 Mk. zugestanden. Der Vertrag, welcher noch der Genehmigung der Generalversammlung bedarf, soll auf die Dauer von 8 Jahren gelten.

Der Streik war von den Ärzten mit größter Schärfe durchgeführt worden. Während der ersten drei Tage seiner einmonatigen Dauer gab es für die über 5000 Mitglieder der Kasse keinerlei ärztliche Hilfeleistung, da sich auch die übrigen am Orte vorhandenen Kerkereis mit den Streikenden solidarisch erklärt hatten. Selbst Privatbehandlung wurde den Kassenkranken nicht gewährt. Für die folgenden drei Tage wurde auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde ein Provisorium geschaffen, monach sämtliche Rathenower Ärzte zur Behandlung der Kassenmitglieder verpflichtet waren. Am Sonnabend, den 9. Januar, abends, kam dann der Vertragsabschluss zustande, der den Streik beendete.

Die Einführung der freien Kerkereiswahl war neben einer Erhöhung der Vergütung wohl das treibende Motiv für das scharfe Vorgehen der Ärzte. Bereits am 1. Juli v. J. hatten sie zu dem Zwecke den geltenden Vertrag zum Ablauf des Jahres gelündigt. Die Kündigung war aber vom Kassenvorstande nicht angenommen worden, weil sie erst am 30. Juni erst am 1. Juli v. J. in seine Hände gelangt. Von den sechs Kassenärzten nahmen daraufhin vier ihre Kündigung zurück, während zwei Ärzte (Dr. Goldmann und Dr. Rudolph) trotz immer wiederholter Vorstellungen des Kassenvorstandes die Angelegenheit zu verschleppen suchten. Erst als die ausgangs November tagende Generalversammlung sich mit der Angelegenheit befaßte, hielten es die beiden Ärzte für geraten, ebenfalls ihre Kündigung zurückzunehmen. Der Vorstand verzichtete indes nunmehr auf die Zurücknahme und teilte den beiden Herren mit, daß er das Vertragsverhältnis mit ihnen gemäß ihrem eigenen Wunsche mit Ablauf des Jahres als für beendet betrachte. Die Haltung des Vorstandes wurde durch einen Beschluß der Generalversammlung der Kasse gutgeheißen. Vierzehn Tage vor Ablauf des Jahres stellten nun die bisherigen 6 Kassenärzte dem Kassenvorstand das Ultimatum: Bedingungslose Wiedereinstellung der beiden Kollegen, oder alle sechs legen am 1. Januar 1909 ihre Funktionen für die Kasse nieder. Die Kasse glaubte in diesem Punkte nicht nachgeben zu können. Ein von dritter Seite gemachter Vermittlungsvorschlag fand bei den Ärzten keine Annahme. So kam es denn für den 4. Januar und die beiden folgenden Tage zu der Katastrophe: die Kassenmitglieder waren ohne jegliche ärztliche Hilfe. Die vier betraglich verpflichteten Ärzte brachen einfach den Vertrag. „Die Moral“, so betonte einer der Herren, „kommt erst in zweiter Linie, finanziell sind wir durch unseren Verband gedeckt.“ Der Forderung der Aufsichtsbehörde, innerhalb drei Tagen ausreichende ärztliche Versorgung für die Kassenmitglieder zu schaffen, nachzukommen, war die Kassenleitung außerstande. Die Kündigung des Streiks war nur durch die oben erwähnten Zugeständnisse möglich. Gegen die Ausdehnung der freien Kerkereiswahl auf sämtliche am Orte vorhandenen Kerkereis hat sich die Kasse lange genug gestraubt, da das Beispiel anderer Kassen, wo diese Einrichtung besteht, bewiesen hat, welche schwere Belastung daraus für die Kassen erwächst. Nur unter dem unerwiderten Zwange der Umstände wurde denn auch diese Forderung zugestanden.

Wenn Arbeiter unter Vertragsbruch streiken, so hat das für sie bekanntlich unangenehme rechtliche Folgen. Den sozial und wirtschaftlich viel besser gestellten Ärzten dagegen erleichtert der Vertragsbruch, ohne daß ihnen auch nur ein Haar gekrümmt wird, die Durchsetzung ihrer Forderungen.

# Aus Industrie und Handel.

## Die Lage am Arbeitsmarkt.

Nach den vorläufigen Ziffern der an den „Arbeitsmarkt“ berichtenden öffentlichen Arbeitsnachweise kamen auf je 100 offene Stellen im Dezember 103,20 Arbeitsuchende gegen 102,63 im Dezember 1907. Die Spannung gegen 1907 betrug demnach nur noch 32,67, nachdem sie im November 80 und in jedem Monat seit Februar mehr als 85 betragen hatte. Die Dezemberziffer für 1901 war 240,8, für 1902 208,9 gewesen. Zu der bedeutenden Erleichterung, die demnach im Dezember wieder Erwaarten eingetreten ist, hat nun der Umstand viel beigetragen, daß in größeren Städten Deutschlands durchweg Notstandsarbeiten ausgeführt wurden, die einem erheblichen Teil der Ungeleserten, aber auch vielen Geleserten Beschäftigung boten. Aus der großen Anzahl der Städte, die Notstandsarbeiten ausführen ließen, seien nur einige wenige hier aufgezählt, wie Potsdam, Hensburg, Paderburg, Freiberg i. S., Hannover, Osnabrück, Barmen, Essen, R. Gladbach, Köln, Bonn, Koblenz, dann alle größeren eßfischen, badischen und bayerischen Orte. In Essen und Köln z. B. wurden nahezu je 500 Arbeiter mit Notlandsarbeiten beschäftigt. Bei diesen wurden ganz allgemein in erster Linie männliche Arbeitskräfte berücksichtigt; daher werden von der Erleichterung am Arbeitsmarkt auch fast ausschließlich die männlichen Arbeitsuchenden betroffen. Es kommt hinzu, daß nach dem diesjährigen Weihnachtsfeste die Entlassungen im Handels- und Gewerbe, bei denen hauptsächlich weibliche Arbeitskräfte in Frage kommen, umfangreicher waren als in den Vorjahren, wodurch die Lage des Arbeitsmarktes für Weibliche ungünstig beeinflusst wurde.

Leider ist in sehr vielen Kommunen die bürgerliche Majorität sozialpolitisch so rückständig, daß sie nicht mal den ernsthaften Willen auslösen kann, den Versuch zu einer Milderung der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not zu unternehmen.

## Städtebahn in Privathänden.

Man sollte meinen, die fortgeschrittenen Kommunen seien jetzt eifrig darauf bedacht, sich auf den Gebieten, die geradezu nach der kommunalen Initiative schreien, nicht mehr vom Privatkapital in den Hintergrund drängen zu lassen. Da muß es überraschen, daß nun tatsächlich das von zwei Elektrizitätsfirmen schon lange vorbereitete Projekt, auf ihre Rechnung eine Städtebahn zu bauen, die Köln und Düsseldorf verbindet, vertagt werden soll. Aus Köln wird gemeldet: Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und die Siemens-Schuckertwerke haben gemeinsam einen förmlichen Antrag auf Erteilung der Konzession zum Bau und Betrieb einer vollspurig zu betreibenden elektrischen Städtebahn für den Personenverkehr zwischen Köln und Düsseldorf unter Mitbenutzung der dortigen Straßenbahnen bei der Regierung gestellt. — Wenn der Staat als Förderer des Verkehrsinteresses verlagert, dann sollten doch Kommunen von solcher Bedeutung, wie die beiden in Frage kommenden, nicht dem Privatkapital den Vorrang lassen. Die geplante Strecke ist zweifellos rentabel und dürfte die Quelle reichen Gewinns für das Privatkapital werden.

## Die Rentabilität der Straßenbahnen.

Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß die auf die Personenbeförderung eingerichteten Straßenbahnen während der Krisenzeit nicht nur ihre alten Einnahmen festzuhalten vermochten, sondern sogar noch vielfach ihre Reingewinne zu erhöhen imstande waren, während die ausschließlich auf den Transport von Gütern angewiesenen Verkehrsanstalten unter dem gewerblichen Rückgang zu leiden haben. Dieses zeigt sich namentlich seit Mitte 1907. Die Straßenbahnen haben im Rechnungsjahre 1907/08 durchschnittlich eine noch höhere Dividende zahlen können als 1906/07. 53 Straßenbahngesellschaften, deren Aktienkapital zusammen 827,4 Millionen Mark betrug, warfen nach Abzug der Verluste, welche einzelne Gesellschaften aufwiesen, einen Reingewinn von 28,35 Millionen Mark ab. Das entspricht 9 Proz. des Aktienkapitals. Im Vorjahre hatten dieselben Gesellschaften nur 25,7 Millionen Mark oder 8 Proz. Reingewinn erbracht. Sie schüttelten daraus insgesamt 21,19 Millionen Mark Dividende aus gegen 20,96 Millionen Mark im Vorjahre. Damit stieg die Dividende von 8,4 auf 7,5 Proz. Eine sehr hohe Dividende verleihte die Hamburg-Altonaer Zentralbahn mit 16 Proz. gegen 14 Proz. im Vorjahre.

Ueberseische Auswanderung. Im Jahre 1908 wanderten über die beiden großen Seehäfen Hamburg und Bremen 158 504 Personen ins Ausland, d. i. 270 819 Personen weniger als im Jahre 1907.

## Aus der Schweiz.

Als unerwartetes Erbe hat das neue Jahr vom alten Jahre den Reichskonflikt mit Deutschland übernommen. Jetzt hat eine in Olten stattgefundene Versammlung von 72 Rädern beschlossen, den Boykott über das deutsche Getreide und die deutschen Rohprodukte zu verhängen. Der Boykott müßte, wenn er wirklich durchgeführt werden würde, namentlich für die süddeutsche Landwirtschaft, empfindlich wirken. Rein objektiv betrachtet ist die Verhängung des Boykotts als Mittel der Rache gegen die unbedequate Konkurrenz ihrer deutschen Kollegen das gute Recht der schweizerischen Müller. Ein Recht haben sie dagegen nicht, den Boykott auch auf andere Waren auszudehnen, falls der Getreideboykott nicht die erwarteten Wirkungen zeitigt und es würde ihnen auch die Macht zur Durchführung eines solchen erweiterten oder „allgemeinen“ Boykotts fehlen. Schredsschüsse wirken aber nur erheitend. Als Sozialdemokraten und Feinde des völkerverhetzenden Chauvinismus haben wir aber alles Interesse daran, die freundschaftlichen Beziehungen der Schweiz mit Deutschland zu erhalten und sie nicht von einer Handelspolitik spekulativer Müller tören zu lassen.

Die allgemeine Wirtschaftslage der Schweiz ist bei Beginn des neuen Jahres im Zeichen der Krise eine durchaus unbefriedigende. Die Uhren- und Textilindustrie wie überhaupt alle anderen Industrien, die mit ihrer Produktion auf den Export angewiesen sind, leiden unter dem Mangel an Exportträgen, der für die Arbeiter teilweise oder gänzliche Arbeitslosigkeit bedeutet. So wurden in der Uhrenindustrie in der Zeit vom 1. Januar bis 30. November 1908 nur 2 455 521 goldene und silberne Uhrenschalen fabriziert gegen 3 402 943 in der gleichen Periode 1907 und 3 782 135 in 1906. Der Uhrenexport ist in den ersten drei Quartalen mit 8,4 Millionen Frank um 13,6 Mill. geringer gewesen als in derselben Zeit 1907. Der Export an Baumwollwaren ist von 140 auf 121, Seidenwaren von 52 auf 45, Wollewaren von 25 auf 22, Eisenwaren von 909 auf 930 Millionen Doppelzentner zurückgegangen. Seitigen ist hingegen die Ausfuhr an Maschinen von 343,6 auf 355,3 Millionen Doppelzentner; allein daran partizipieren nicht alle Betriebe, so daß es trotzdem auch unter den Metallarbeitern Arbeitslosigkeit gibt. Besonders zahlreich sind die Arbeitslosen in der Uhrenindustrie, in der überdies viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen nur beschränkt von 2 bis zu 5 Tagen in der Woche und auch dann noch nur ungenügend beschäftigt sind und geringen Verdienst erzielen.

In der Stickereiindustrie ist einige Besserung eingetreten, aber sofort beginnt auch schon wieder das Ueberstundenunwesen. Bemerkenswert ist der weitere Rückgang der Handwebstühle (Heimarbeit) in der Seidenindustrie im Kanton Zürich unter dem Einfluß der Krise.

Die Summe der Emissionen im ganzen Jahre 1908 betrug rund 200 Millionen Frank gegen 230 Millionen in 1907. Davon entfallen 68 Mill. (1907 47 Mill.) auf die Industrie, 35 (97) auf die Banken, 11 (11) auf die Eisen- und 66 (77) Millionen auf öffentliche Anleihen von Staat und Gemeinden. Der Diskontsatz der schweizerischen Nationalbank steht seit März 1908 auf 3½ Proz. Geld ist in größeren Mengen flüssig und es sollte daher das Wirtschaftsleben neue Förderung erfahren. Aber dennoch wird 1909 noch ein Krisenjahr sein.

In schroffem Gegensatz zu der Massennot und Massenarbeitslosigkeit steht das Reichwunderleben der internationalen Bourgeoisie, die in Graubünden (Arosa, St. Moritz, Davos) und im Tessin Oberland der Pflege des Wintersports obliegt.

Unbeschreibliches Elend in den Kreisen der produzierenden Bevölkerung und aufschreiender Luxus, raffiniertes Lebensgenuss der Nichtstuer wohnen hier räumlich nahe beieinander. Götlich-kapitalistische Weltordnung!

# Aus der Frauenbewegung.

## Ein Frauenwahlrechtkongress in Schweden.

Die schwedische Landesvereinigung für politisches Frauenwahlrecht, die jetzt 184 Ortsvereine umfaßt, hielt am 8. und 9. Januar zu Dorebo ihren 6. Jahreskongress ab. 97 Vertreterinnen nahmen daran teil. Man beschäftigte sich hauptsächlich mit agitatorischen Fragen und beriet darüber, wie man die Jugend für eine lebhaftere Teilnahme an der Wahlrechtsbewegung gewinnen kann, was getan werden muß, um die Bewegung mehr als bisher auf die Landbevölkerung auszuweiten. Ferner wurden die Gründe bargelegt, warum auch religiös gefonnene Frauen sich der Bewegung anschließen sollten. Hierbei kam unter anderem auch die Meinung zum Ausdruck, daß eine vom Geist des Christentums durchdrungene Frau sich nicht durch das Wort Gott, daß das Weib schweigen soll in der Gemeinde, abhalten lassen dürfe, das Frauenwahlrecht zu fordern. Der Kongress befaßte sich außerdem mit der Frage, ob man sich irgendetwas bestimmten politischen Partei anschließen solle. Er war fasthätlich der Ansicht, die Landesvereinigung müsse politisch neutral bleiben. Den einzelnen Mitgliedern sei jedoch zu empfehlen, sich der Partei anzuschließen, die ihren Anschauungen entspreche.

Beschlossen wurde unter anderem, daß der Generalvorstand sofort nach Schluß des Kongresses dem König einen Besuch abstatten sollte,







# Freie Volksbühne

Nächste Aufführungen:

Nachmittags:

Abends:

**Neues Schauspielhaus: Rabagas. Die Sünde.**

Nächste Serie im Herrfeld-Theater:

Sonntag, den 17. Januar . . . 10 401-11 200  
Sonntag, den 24. Januar . . . 11 201-12 000  
Sonntag, den 31. Januar . . . 1-800

**Der Probekandidat.**

Drama in 4 Aufzügen von Max Droyer.

**30. Vortrags- und Gesellschaftsabend**

Sonntag, den 31. Januar, abends 7 Uhr, im neuen Konzertsaal der Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59

**Ostpreeußischer Humor**

mit nachfolgendem Ball.

Festmarken à 50 Pf. in allen Zahlstellen.

Mitwirkende: Vortrag: Herr Schriftsteller Petrenz, Gesang: Fr. Lissi Kurz, Flügel: Herr Kapellmeister Clemens Schmalstich.

Der Vorstand.

In Vertr.: G. Winkler.

**Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter**  
Ortsverwaltung Berlin.

Geschäftsstelle Berlin O. 54, Rulandstr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518.

Am Sonnabend, den 16. Januar 1909,

in den Gesamträumen der „Brauerei Friedrichshain“,  
Am Friedrichshain: 42/3

**Kostüm-Fest.**

Ein fest auf den Alpen.

Großartige Dekorationen. — Um 12 Uhr: Festpolonaise. — Anfang 8 Uhr.  
Eintrittskarte 50 Pf.  
Schnellsten Besuch erwartet. Das Vergnügungskomitee.

Hasenheide **Neue Welt** Hasenheide  
108-114 108-114

**Bockbierfest in Oberbayern.**

Feenhafte Alpendekoration  
Heute: Elite-Tag!

Prämierung der kleinsten Damenhand.

(Nur für Damen über 18 Jahre. — Abnormitäten ausgeschlossen.)  
3 Preise: M. 60.—, M. 40.—, M. 20.—  
Meldungen bis 10 Uhr an der Kasse. Prämierung 11 Uhr auf der Bühne.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

**Brauerei Friedrichshain**

Heute sowie täglich (außer Sonnabende):  
**Große Münchener Bock-Feste**

Der berühmteste Festwirt

**Schorsch Ehrengruber**

aus München mit seiner Truppe (60 Mitwirkende). — Bedienung: 30 Bayr. Mad'n.

Schönste Alpendekoration.

Avis: Freitag: **Gratis-Verlosung**

von 6 Damen- und Herren-Uhren.  
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.



Gustav Behrens-Theater.  
Goltzstr. 9.

Das vollständig neue  
Januar-Programm:  
**„Die tolle Lolo“**  
Softe mit Gesang in 1 Akt.  
**„Ein Berliner muß es sein“**  
Softe mit Gesang in 1 Akt  
und die übrigen erstklassigen  
Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

**Berliner Eis-Palast**

Täglich geöffnet von morgens 10 Uhr  
bis nachts 12 Uhr.

**Konzert - Kunstlaufen**

**Goldisanschmuck**  
Beste Ersatz für echten Goldschmuck, starke 14kar. Gold-  
aufgabe, 7-jährige unbedingte Garantie für gutes Tragen,  
sonst verbürgter Umtausch. — Elegante Original-Etuis. —  
Billige Preise. — Erhältlich in Goldwarenhandlungen.

Täglich frische Zufuhren von:

**Seefische aller** Schellfisch Pfd. 25 u. 35 Pf.

täglich frische Zufuhren Kabeljau 30 Pf.

billigste Preise. Steinbutt - Rottzunge - Seelachs usw. billigst.

Zentralstelle für Fischzucht u. Fischverwertung G. m. b. H.

Versandlager und Einzelverkauf nur Bälowsstr. 56, 2. Hof links.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

## Arbeiter-Bildungsschule.

Freitag, den 15. Januar 1909, abends 8 1/2 Uhr, im Schullokal,  
Grenadierstraße 37:

### General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, des Lehrkollegiums  
und der Revisoren. 2. Schulangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert. 6/3°

## Tabak-Arbeiter, Fabrikanten, Händler usw.

Donnerstag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

### Große öffentl. Protestversammlung

in Kellers Festsälen (Inh. Freyer), Köpenickerstr. 29.

Tages-Ordnung:  
1. Die Vernichtung der Tabakindustrie durch die seitens der Reichs-  
regierung geplante steuerliche Reduzierung des Tabaks. Referent: Reichs-  
tagsabgeordneter **Molkenbühr**. 2. Der am 18. Januar er. statt-  
findende Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands resp. Wahl von Dele-  
gierten zu demselben.  
Alle Interessenten der Tabakbranche sind zu dieser Versammlung ein-  
geladen. 187/1°  
Die Vertrauensleute. W. Börner, C. Butry.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

### Branche der Möbelpolierer. Bezirk Norden.

Heute Donnerstag, 14. Januar, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal des  
Herrn C. Kramer, Gussitenstr. 40:

### Kombinierte Werkstatt-Versammlung.

Tagesordnung wird in dieser Versammlung bekannt gegeben.  
Die Kommission.  
Wir ersuchen die Tischler-Kollegen die Polierer auf diese  
Versammlung aufmerksam zu machen. 77/10°

Heute Donnerstag, 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Bocker  
Weberstraße 17:

### Branchen-Versammlung der Salonschreiner.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Obmanns. 2. Neuwahl der Kommission. 3. Branchen-  
angelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Es ist Pflicht, daß sämtliche Kollegen pünktlich zur Versammlung  
erscheinen.  
Die Branchenkommission.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

### General-Versammlung

im „Volkshaus“, Köpenickerstr. 3.

Tages-Ordnung:  
1. Kassendbericht vom 4. Quartal 1908. 2. Bericht des Vorstandes.  
3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.  
77/11 Die Ortsverwaltung.

### Steinarbeiter.

Berlin I.

Sonntag, den 17. Januar, vormittags 10 Uhr, in der „Lebens-  
quelle“, Kommandantenstr. 20:

### Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom vierten Quartal. 2. Ge-  
werkschaftliches.  
Vor Eröffnung der Tagesordnung  
Ausgabe der neuen Mitgliedsbücher.  
Kollegen, welche ihre alten Bücher noch nicht in Ordnung gebracht  
und abgegeben haben, werden ersucht, dieselben mitzubringen.  
141/1° Die Ortsverwaltung.

### Treptower Lustgarten

Don verehrten Vereinen und Gesellschaften zur Nachricht, daß  
ich obiges Etablissement käuflich übernommen habe und meine  
Säle den verehrten Gewerkschaften und Vereinen unter kalanten  
Bedingungen zur Verfügung stelle. Sonnabende sind noch frei.  
Um gütigen Zuspruch bittend, indem ich für gute Speisen u. Ge-  
tränke Sorge tragen werde, erwarte Ihren werten Besuch. 525b  
Fernsprecher Amt 4, 1278. E. Eichstedt.



**Singer Nähmaschinen.**  
Einfache Handhabung! 67522°  
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!

Weltausstellung Grand Prix Weltausstellung  
Paris 1900: St. Louis 1904.

Inventarischer Unterricht, auch in moderner  
Kunstnäheri.  
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.  
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.  
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

Der Ausstoß

von

## SCHULTHEISS' BOCK

hat begonnen.

## Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes.

Auf Grund des § 67 des Kassens-  
statuts geben wir hiermit bekannt,  
daß der Vorstand für das Kalender-  
jahr 1909 sich in folgender Weise kon-  
stituiert hat.

1. Vorsitzender:  
A. Daehn, Rinkener Str. 13.  
2. Vorsitzender:  
A. Schmidt, Köpenickerstr. 34.  
1. Schriftführer:  
E. Simanowski, Müllerstr. 1a.  
2. Schriftführer:  
K. Lehnig, Remeler Str. 6.  
Beisitzer:  
K. Bissell, Alendburger Str. 15.  
H. Gewis, Behmannstr. 33.  
A. Stangort, Prenzlauer Allee 218.  
A. Linde, Kappeler Str. 24.  
G. Lehmpfuhl, Bolliner Str. 34.  
A. Haehnel, Köpenickerstr. 25.  
A. Vogel, Reichelstr. 30.  
K. Schönfeldt, Fehrbelliner Str. 9.  
Der Vorstand.  
270/10

### Möbelfabrik Union

Eingetragene Genossenschaft mit be-  
schränkter Haftung.  
Sonnabend, den 30. Januar 1909,  
abends 7 Uhr, im Geschäftskolal  
Barthauerstr. 70:

### Generalversammlung.

Tagesordnung:  
1. Bilanz. 2. Statutenänderung.  
3. Neuwahl des Vorstandes und des  
Aufsichtsrates. 4. Geschäftliches.  
Der Vorstand.  
NB. Die Bilanz liegt in unserem  
Kontor Barthauerstr. 70 zur Einsicht-  
nahme der Genossen aus. 5275

### Neu erschienen: Der Anarchismus und die Arbeiterbewegung

von Simon Katzenstein.  
Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch:  
Expedition des „Vorwärts“  
Berlin SW. 68,  
Lindenstr. 69, Laden.

### Achterbergs Bierhalle

Rixdorf, Hermannstr. 70.  
Reinen werten Freunden und Bekan-  
nnten zur gest. Nachricht, daß ich  
mein **Restaurant** von  
Ansbach-  
dorffstraße 38 nach hier verlegt habe  
und bitte um zahlreichen Besuch.  
Wachtungsvoll Karl Achterberg.

Husten,  
Heiserkeit  
wird  
Reichlich  
**Hustentropfen**  
überaus  
schnell  
und sicher  
Nur echt mit  
Marke  
„Medico“  
à 50 Pf. u. 1 Mk.

Vor Nachahmungen jeder Art sei  
jedoch dringend gewarnt.  
In den meisten Drogereien und bei  
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

### Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Hygienische**  
Bekanntmachung. Neuest. Katalog  
u. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. f.  
H. Ungar, Gummiwarenfabrik  
Berlin NW., Friedrichsstr. 91/92

**Masken-Garderobe**  
Carl Ernst  
(Inhaber Willi Ernst)  
Köpenicker Str. 126, 1. Et.  
Am IV. 5062.  
Gr. Auswahl! Bill. Preise!  
Besteller dieser Annonce er-  
hält 10% Preisermäßigung.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Rempner

**Herm. Hackenberg**  
am 10. Januar am Herzschlag  
gestorben.

Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 15. Januar, nach-  
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichshagen aus statt.

Am 11. Januar verstarb unser  
Mitglied, der Mechaniker

**Albert Gebhardt.**  
Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 15. Januar, vor-  
mittags 10 Uhr, von der Leichen-  
halle des Georgen-Richthofes in  
Friedrichshagen aus statt.

Rege Beteiligung erwartet  
110/6 Die Ortsverwaltung.

## Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.  
Am Dienstag, den 12. Januar,  
verstarb plötzlich der Kollege

**Gustav Malsch**  
(Bezirk Schöneberg)

im Alter von 62 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 15. Januar, nach-  
mittags 2 Uhr, von der Leichen-  
halle des zweiten neuen Schöne-  
berger Friedhofes (an der „Blanken  
Hölle“) aus statt.

192/2 Die Verbandsleitung.

## Stukkateure.

Roslag, den 11. Januar, ver-  
starb unser Kollege

**Otto Baar**  
im 25. Lebensjahre nach längerer  
Krankheit. 173/3

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
nachmittags 4 Uhr von der Halle  
des Roslag-Friedhofes, Reinick-  
dors-Weß, Köpenickerstr. 8, aus statt.  
Jährliche Teilnahme erwartet  
Die Ortsverwaltung Berlin  
d. Zentralverbandes d. Stukkateure

## Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäsche- arbeiter Deutschlands.

**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser langjähriges, treues  
Mitglied, der Wäschezuscher

**Otto Paetsch**  
am 10. Januar im 27. Lebens-  
jahre an Lungenleiden ver-  
storben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet nicht  
in Friedrichshagen, sondern am  
Freitag, den 15. Januar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle auf dem Friedhofe in Rixdorf  
a. d. Hohenstr. aus statt. 252/6

Die Ortsverwaltung Berlin III.

Allen Bekannten zur Nachricht,  
daß

**Max Uderstädt**  
in Erlangen plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
**Gustav Schult.**

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes, unsern guten Vaters  
**Ferdinand Semmling**  
sagen Freunden und Bekannten,  
seiner Kollegen von den Gemeinde-  
arbeitern, dem Verbands der Ge-  
meinde- und Staatsarbeiter, dem  
soz. Wählerverein Lichtberg, dem Ge-  
sangsverein „Vereinte Sängler“ so-  
wie den Pflanzensetzern unsern  
herzlichsten Dank.  
Wwe. **Charlotte Semmling**,  
nebst Kindern.

## Bekanntmachung. Ordentliche General-Versammlung

für Mitglieder der  
Krank- u. Sterbekasse der  
Führerren, Aufscher und  
verwandten Berufsgenossen  
„Eintracht“ (E. D. Nr. 80)  
zu Berlin, Steinstraße Nr. 17,  
am Freitag, den 29. Januar,  
abends 9 Uhr, in Schulz' Festsaal,  
Königsgraden 14a.

Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht für das Verwal-  
tungsjahr 1908.  
2. Neuwahl des Vorstandes und  
der Kassenvorsoren.  
3. Verschiedenes. Rassenangelegen-  
heiten. 5225  
Der Vorstand.



Partei-Angelegenheiten.

Der Les- und Diskutierabend der Frauen findet am morgigen Freitag in den bekannten Lokalen statt. Die Genossinnen werden um zahlreichen Besuch gebeten.

Rudow. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Lokal von August Palm statt.

Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Renewahl des gesamten Vorstandes. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Reinow. Heute abend 8 Uhr findet in den bekannten Lokalen. Bis Freitag abend müssen sämtliche ausgeliehenen Bibliotheksbücher beim Genossen Kröschke abgegeben sein. Die Bibliothek bleibt bis Sonntag, den 24. Januar, geschlossen.

Des weiteren weisen wir auf die am Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 1/2 3 Uhr stattfindende Generalversammlung hin. Der Vorstand.

Reuenhagen und Umgegend. Am Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal A. Wülfke, Reuenhagen, Bahnhofstraße, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und Renewahl. Verschiedenes. Der Vorstand.

Pankow. Heute abend 8 Uhr finden zwei öffentliche Wähler-beratungen bei Hoesch, Kreuzstraße 3-4 und bei Großhuth, Berlinerstraße 27 statt.

Die Genossen, welche sich für den Wahltag zur Verfügung stellen, wollen sich in der Versammlung bei Großhuth einfinden. Alle anderen Genossen, welche im Laufe des Wahltages verfügbar werden, versammeln sich, nachdem sie gewählt haben, im Zentralwahlbureau „Zum Kurfürsten“, Berlinerstraße 102, vorderes Restaurant. Der Vorstand.

Wilhelmsruh-Nieder-Schönhausen-West. Sonntag, den 17. Januar, mittags 12 1/2 Uhr, findet im Lokale von Kollmann, Kronprinzessinnenstraße 2, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Renewahl des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Generalversammlung wird Punkt 12 1/2 Uhr eröffnet, da der Saal um 4 Uhr frei sein muß. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Im Zeitungsviertel.

Einen Teil des 2. Berliner Reichstagswahlkreises bildet die südliche Friedrichstadt, mit der Friedrichstraße als Hauptverbindung zwischen dem Süden und Norden Berlins. Die vielen Neben- und Querstraßen der Friedrichstraße waren ehemals mit kurzfrontigen niedrigen Häusern bebaut und dahinterliegenden Gärten. Dieser Stadtteil hat in den letzten 15 Jahren ein ganz anderes, neues Aussehen bekommen. Nach und nach sind die kleinen Häuschen mit den traulichen Wohnungen verschwunden; große moderne Geschäftspaläste sind an ihrer Stelle entstanden; in denen viele Personen arbeiten, aber niemand wohnt. Besonders die graphische Branche hat sich hier festgesetzt, Buch- und Zeitungsdruckereien beherrschen ganze Straßen, wie die Koch-, Zimmer-, Wilhelm-, Jerusalem- und Lindenstraße. Ehemals kleine Betriebe, haben sie sich mit kapitalstärkender Hilfe und geschäftspolitischer Rücksichtslosigkeit zu ganz gewaltigen Riesenbetrieben ausgebildet, von denen die bedeutendsten mit ihren Besitzern Scherl, Ullstein und Koffe eine eigene Klasse innerhalb des Kreises ihrer Konkurrenzkollegen darstellen.

In allen diesen Zeitungshäusern entwickelt sich besonders auffällig zur Abendzeit ein fieberartig hastiges geschäftliches Treiben. Autos, Wadlfahrer, Depeschboten bringen eifertig die neuesten und wichtigsten Berichte, die Grundlage des modernen Zeitungswesens.

Nachdem die Redakteure, Scherl, Korrektoren, Stereotypenreiter ihres Amtes gewaltet haben, beginnt der Druck der Zeitung und damit die Tätigkeit der Druckereiarbeiter. Riesige Rotationsmaschinen neuester Systeme, von Maschinenmeistern und Hilfsarbeitern bedient, müssen in wenigen Nachtstunden Auflagen von Hunderttausenden von Exemplaren fertig drucken. Von der Aufmerksamkeit und Geschwindigkeit des Maschinenpersonals hängt das rechtzeitige Erscheinen der Zeitung ab. Wenn frühmorgens der Betrieb der Zeitungen beginnt, ist die Arbeitstätigkeit der Nachtarbeiter beendet, für sie wird dann der Tag zur Nacht.

Diese nächtliche Arbeitszeit, die abends 8 bis 9 Uhr beginnt und morgens um 5 bis 6 Uhr endet, behindert aber diese Kategorie von Spezialarbeitern fast an jeder Betätigung im öffentlichen, besonders an politischen Leben; ihnen, die gewerkschaftlich durchwegs gut organisiert sind, ist die Möglichkeit der politischen Betätigung ganz versagt. Und viele möchten sich gern betätigen, wie ihre am Tage arbeitenden Kollegen.

Mit dem Abriß der alten Häuser in der Friedrichstadt verschwanden die kleinen Wohnungen und mit ihnen ihre Bewohner, zu einem guten Teil sogenannte Friedrichstadt-Schneider, Heimarbeiter für bessere Maßarbeiten, aus deren Reihen sich unser einziger Parteianhänger in diesem Viertel rekrutierte. Das Arbeiten unserer Bezirksführer wurde immer schwieriger, die Zahl der Helfer ging ständig zurück, und doch sollten alle Parteifunktionen prompt erledigt werden. Not macht erfindlich und bringt frische Gedanken und Einfälle. Tausende von Druckereiarbeitern sind in Druckereibetrieben der Friedrichstadt beschäftigt, Tausende von ihnen sind politisch zur Untätigkeit verurteilt, an sie wendete man sich. Mit Hilfe und bereitwilligster Unterstützung der in Betracht kommenden Organisationsleitungen und der Werkstattvertrauensleute wurden Besprechungen abgehalten, die zu einer zeitgemäßen Neueinrichtung führten: Für die Nachtarbeiter der Druckereien wird

ein Schlafmorgen

eingeführt, der allmonatlich am Sonntag nach dem Bahnmittwoch im Restaurant Julius Meier, Oranienstr. 103, abgehalten wird. Hier wird die Einkassierung der Monatsbeiträge vorgenommen, alle laufenden Parteifragen Groß-Berlins kommen zur Besprechung usw.

Lebhaft gewünscht wurde bald die möglichst regelmäßige Abhaltung von geeigneten Referaten, ein etwas schwieriger Punkt, wenn man berücksichtigt, daß die eventuellen opferwilligen Referenten am Sonntag früh 7 Uhr zur Stelle sein müssen.

Für den kommenden Sonntag hat als erster der Genosse Fritz Subeil schon zugesagt.

Zwei Jahrsontage haben nun schon stattgefunden. Die Beteiligung an der Neueinrichtung war eine ganz rege und es ist zu hoffen, daß die Beteiligung baldigt noch erheblich steigt.

Ueber die Schwierigkeit der Referentenfrage hoffen die Genossen der Friedrichstadt hinwegzukommen; sie vertrauen auf die Bereitwilligkeit der einsichtsvollen Referenten, die im 2. Kreis selbst wohl genügend vorhanden sind und sich sicher gern und freiwillig unseren Bezirksführern in der Friedrichstadt zur Verfügung stellen werden.

Wie die Pflegeanstalten ihre Toten begraben.

Schon wieder wird uns gemeldet, daß von einer öffentlichen Pflegeanstalt aus ein Verstorbener beerdigt worden ist, ohne daß die Angehörigen von dem Ableben des Kranken Kenntnis erhalten hätten. Diesmal handelt es sich um einen Fall aus dem sogenannten Arbeitshospital der Stadt Berlin, das sich in Nimmelsburg befindet. In diesem Hospital war seit 1898 ein schiefer Mann untergebracht, ein gewisser L., der früher Schneider gewesen war. Er wurde oft besucht, namentlich von seiner verheirateten Tochter, sowie später auch von den Enkelkindern. Ende November 1908 war die Tochter wieder bei ihm. Sie schrieb ihm ihre genaue Adresse auf einen Zettel, weil der alte, nun im 79. Lebensjahr stehende Mann bereits gedächtnislos war. Der Vater legte diesen Zettel in seinen Tischkasten zu anderen Sachen, die ihm gehörten. Am ersten Weihnachtstag schickte die Tochter ihre Kinder nach dem Hospital, damit sie dem Großvater, wie alljährlich, seine Weihnachtsgabe überbrächten. Als die Kinder den Namen des Großvaters dem Pförtner angaben, sah der in seiner Biste nach und antwortete dann, bei L. habe ein Kreuz, der sei tot, schon am 14. Dezember sei er gestorben. Die bestärkten Kinder fragten, es sei doch keine Todesnachricht gekommen. Da beehrte sie der Pförtner, um nächsten Verwandten werde eine solche zugesandt. Wie wenn eine Tochter nicht zu den nächsten Verwandten gehöre! Die Kinder wurden dann zu einem anderen Beamten geführt, anscheinend zum Hausvater. Von diesem wurde ihnen gesagt, jetzt in den Feiertagen könne die Sache nicht sofort untersucht werden, er werde sie aber melden. Die Tochter hat seitdem erwartet, daß vom Hospital aus noch irgend eine Zuschrift an sie gelangen werde — und sie wartet noch immer. Will im Hospital die Ansicht, daß man nicht nötig habe, der Tochter des verstorbenen Hospitalisten den Tod ihres Vaters durch amtliches Schreiben mitzuteilen?

Ein anderer Fall dieser Art, der nur noch schlimmer liegt, ist färglich in der Irrenanstalt „Maison de Santé“ in Schöneberg vorgekommen. Dort befand sich seit 1878 ein Herr W., ein früherer Raschmacher, den die Irrenpflege der Stadt Berlin in der genannten Privatanstalt untergebracht hatte. In den letzten drei Jahren unterblieben allerdings auf den Rat eines Beamten der Anstalt die persönlichen Unterredungen mit dem Kranken, weil sie diesen zu sehr aufregten. Doch zogen die Angehörigen auch jetzt noch von Zeit zu Zeit Erkundigungen über ihn ein, so daß man in der Anstalt wissen mußte, daß W. nicht von seiner Familie schon vergessen worden war. Nach Anfang Oktober 1908 fragte Frau W. in der Anstalt nach dem Befinden ihres nun 73jährigen Mannes. Sie bekam von einem Wärter die Antwort, der Kranke sei noch sehr tüchtig, er mache ja noch alle Tage die Betten. Frau W. wies daraufhin, daß bei seinem hohen Alter doch mit der Möglichkeit eines plötzlichen Endes zu rechnen sei. Sie bat, bei etwa eintretendem Tode ihr sofortige Nachricht zukommen zu lassen, und schrieb ihre genaue Adresse auf einen Zettel, den sie dem Wärter übergab. Am dritten Weihnachtstage wurde wieder nach dem Kranken gefragt, diesmal von einem Sohn und einer Tochter. Als sie in der Anstalt den Namen W. nannten, wurden sie an das Bett einer ihnen fremden Person geführt, eines 23jährigen Mannes, der gleichfalls W. hieß. Jetzt stellte sich heraus, daß der 73jährige W. verstorben war, — und zwar nicht erst kürzlich, sondern bereits vor ziemlich einem Jahre, am 17. Januar 1908. Die Leiche war ohne Wissen der Angehörigen beerdigt worden und mochte längst auf dem Armenfriedhof. Eine Pflegeschwester versärrte, Frau W. sei rechtzeitig benachrichtigt worden, doch habe man sie nicht finden können, weil sie die Wohnung gewechselt hatte. Es scheint, daß man damals in den Büreau der Anstalt „Maison de Santé“ bezug der Irrenpflege Berlins sich sehr rasch über die Nichtauffindung der Witwe beruhigt und den als unbestätigt zurückgelieferten Brief gleichmütig zu den Akten gelegt hat. Weiß man denn dort nicht, daß es in Berlin noch ein Einwohnermeldeamt gibt? Uebrigens hatte auch W.'s Sohn der Anstalt seine Wohnung mitgeteilt, so daß auch durch dessen Vermittlung die Todesnachricht an die Witwe hätte gefandt werden können, wenn jemand sich noch diese Mühe hätte machen wollen. Fast amüfant ist die Sicherheit, mit der noch Anfang Oktober der Wärter über den bereits im Januar verstorbenen Kranken die Auskunft gab, der sei noch sehr tüchtig und mache noch die Betten. Frau W. meint, es hätte zum mindesten damals, wo ja ihre gegenwärtige Adresse in der Anstalt bekannt geworden war, eine nachträgliche Todesnachricht an sie geschickt werden müssen. Das ist aber bis heute noch nicht geschehen. Noch jetzt, 14 Tage nach jenem Weihnachtsbesuch, drei Monate nach Heberzeugung der neuen Adresse, fast ein volles Jahr nach dem Tode des Kranken, wird darauf gewartet, daß eine amtliche Todesnachricht kommt.

Behördliche Reugier.

Jeder Mensch kann einmal in die Lage kommen, eine Besatzung zur „verantwortlichen“ Vernehmung in Strafsachen zu erhalten und jeder, der nicht gerade der Denkfähigkeit beraubt ist, wird sich dabei Gedanken gemacht haben, in welchem Zusammenhang wohl die meisten Fragen, die einem da vorgelegt werden, mit der Strafsache selbst stehen. In der Tat, wenn jemand eine Uhr gestohlen oder einen Meinel gelehrt hat, ist es ganz gleichgültig, ob seine Mutter eine geborene Lehmann oder Schulze war, wo sein Vater wohnt, wieviel Kinder er hat und dergleichen. Trotzdem gehört es einmal zum preussischen Schematismus, daß diese Fragen gewissenhaft beantwortet werden. Indessen die behördliche Reugier geht noch etwas weiter und gerade das erscheint der Beachtung sehr wert. Ein Journalist schreibt uns hierzu:

„Ein behelmter Mann der Ordnung legte mir kürzlich einen Fragebogen des Staatsanwalts vor, in welchem in einer Strafsache, die natürlich noch gar nicht spruchreif ist, folgende Fragen zur Beantwortung gestellt werden: 1. Wieviel Staatsinkommensteuer zahlt der Angeeschuldigte jährlich? 2. Welches Gehalt, Dienstinkommen oder sonstige Einkommen bezieht der Angeeschuldigte? 3. Weist der Angeeschuldigte, dessen Ehegatte oder beiderseitige Eltern Grundstücke, außerhalb der Forderungen oder sonstiges Vermögen? 4. Ist der Angeeschuldigte nach Ansicht der Behörde in der Lage Kosten oder Geldstrafen sofort zu bezahlen? 5. Hat der Angeeschuldigte eine Erbschaft in Aussicht oder eine andere weite Verbesserung seiner Vermögenslage? Ich muß gestehen, daß ich über diesen Grad behördlicher Reugier doch etwas starr war, wenn man auch bei uns an alles mögliche gewöhnt ist. Mein Erstausen war aber nicht allein den Fragen selbst gewidmet, sondern den Zwecken, die mit diesem Fragebogen wohl verbunden sein könnten.

Woher weiß erstens die Staatsanwaltschaft, daß ich verurteilt werde, also in die Lage kommen kann, Kosten oder Strafe zu bezahlen? Soll das Verfahren vielleicht danach eingerichtet werden, so etwa, daß bei einem vermögenden Angeklagten auf Geldstrafe pläbiert wird, bei einem armen Teufel aber, der kein Geld hat, auf Gefängnis? Das ist bei der bekannnten Objektivität der Staatsanwaltschaft nicht gut anzunehmen. Was hat dann aber die ganze Fragerei für einen Zweck? Es kann und muß der Behörde ganz gleichgültig sein, ob sie es mit einem vermögenden oder armen Angeeschuldigten zu tun hat, denn für die Beurteilung der Strafsache — es handelt sich nebenbei bemerkt um ein angebliches Diebvergehen

— kommt die Vermögenslage gar nicht in Frage. Gesetzt aber den Fall, es wäre unumgänglich notwendig zu wissen, ob der Angeeschuldigte, falls er verurteilt wird, Kosten und Strafe zahlen kann, wozu dann fünf Fragen statt einer? Es gibt doch dann nur eine Frage: Kann der Mann zahlen oder nicht? Ob er später, wenn es soweit ist, zahlen will, selbst wenn er kann, oder ob er es vorzieht, die Sache „abzustippen“, geht doch ohnehin aus den Fragen nicht hervor und ebenso wenig wird die Behörde wohl durch ihre Fragestellung ermitteln können, ob der Angeeschuldigte auch dann noch in der Lage ist, zu zahlen, wenn das Verfahren zu Ende ist. Es soll vorgekommen sein, daß Angeklagte während des Verfahrens gestorben oder unheilbar krank geworden sind oder daß sie ihr Vermögen verloren; in diesen Fällen dürfte der schöne Fragebogen seinen Zweck gründlich verfehlen und eine Menge Schreibarbeit umsonst geleistet werden. Und das trotz der vom Fürsten Bülow empfohlenen Sparsamkeit!

Damit wird aber immer noch nicht klar, was die beiderseitigen Eltern und der Ehegatte bezug deren Vermögen, Grundstücke, ausstehende Forderungen usw. mit der Sache zu tun haben. Da die Ehefrau nicht für die Schulden des Mannes haftet und da es nicht unbedingt Regel ist, daß Eltern ihren Kindern Geld zur Bezahlung von Geldstrafen oder Gerichtskosten geben, so ist diese Frage zum mindesten überflüssig. Genau so überflüssig wie die fünfte, ob der Angeeschuldigte eine Erbschaft zu erwarten hat oder eine sonstige Verbesserung seiner Vermögenslage. Jeder Mensch wartet auf eine solche Verbesserung, sogar der Staatsanwalt, denn der will auch einmal in die höhere Gehaltsklasse eintreten. Was folgt denn aber daraus für die Strafsache? Gar nichts. Trotz etwa einer bevorstehenden Erbschaft kann das Gericht niemanden zwingen, eine Geldstrafe zu bezahlen, wenn der Betreffende nicht zahlen will. Wozu belästet man also die Beamten mit unnützen Schreibereien?

Wäre der Gedanke nicht absurd, so könnte man glauben, der erwähnte Fragebogen sei gar kein staatsanwaltschaftliches Aktenstück, sondern eine Maßnahme der Steuererschöpfung. Eindringlicher kann die Steuerbehörde nicht gut nach dem Vermögen der Reisten forschen, als es hier die Staatsanwaltschaft tut, nur mit dem Unterschied, daß die Steuerbehörde schließlich eine gewisse Berechtigung dazu hat, während dem Staatsanwalt die Sache nicht das geringste angeht. Weil aber diese Fragen überflüssig sind, sollte jeder die Beantwortung einfach verweigern. Mit der Folter kann ja bei uns niemand mehr gezwungen werden, eine unbedeutende behördliche Reugier zu stillen, wie denn überhaupt kein Angeeschuldigter gezwungen werden kann, Aussagen zu machen, noch dazu, wenn sie mit der Sache selbst in gar keinem Zusammenhang stehen. Zur Ermittlung der Vermögenslage der Bürger haben wir die Steuererschöpfung, aber nicht den Staatsanwalt. Wenn dieser etwa die Einleitung eines Verfahrens danach einrichten will, ob der Inzulast Geld hat oder nicht, d. h. ob vielleicht die Kosten der Staatskasse zur Last fallen, so wäre das im Interesse der Staatskasse zwar sehr liebendwürdig, aber nicht im Interesse des Rechts. Für das Gesetz gibt es nur eine Klasse Menschen, ganz gleich, ob sie ihre Ehegatten und Eltern vermögend sind oder nicht. Folglich hat keine Gerichtsbehörde vor Fällung eines Urteils danach zu fragen. Geschieht das trotzdem, so wird damit ein Odium erweckt, das man unter allen Umständen vermeiden sollte.“

Wir können den vorliegenden Darlegungen nur zustimmen, und das umso mehr, da wir selbst in der gleichen Weise belästigt worden sind.

Aus der Wärmehalle.

Die vergangenen Tage mit ihrer grimmigen Kälte haben all den Heimat- und Obdachlosen, deren Zahl in Berlin Tausende beträgt, hart mitgespielt. Mancher von ihnen ist, wie aus der Tageschronik zu ersehen ist, in irgendeiner Hauswirtschaftlichen oder auch direkt im Freien erfroren. Kein Wunder, wenn die Kernten bei Tage sich dort in Massen versammelten, wo ihnen der Aufenthalt im geheizten Räume gestattet wird, nämlich in den Wärmehallen. Ueber schlechten Besuch während der schneidenden Kälte hatten diese sich nicht zu beklagen.

Eng zusammengedrängt, sitzen sie in der langgestreckten, zwar geheizten, aber sonst düsteren und unfreundlichen Halle. Manche erzählen sich mit gedämpfter Stimme ihre kleinen Tageserlebnisse, andere stieren in dumpfem Brüten vor sich hin und einzelne köffeln artig aus den großen Töpfen ihre Suppe. Der Anblick dieser Glendbar fällt dem Ungeübten unangenehm auf die Nerven. Sozial Kammer, Armut und Verkommenheit auf einem Haufen mühte selbst den Gläubigsten, sofern er logisch zu denken vermag, irre werden lassen an einer göttlichen Weltordnung.

Ein großer Teil derer, die dahin kommen, hat abgeschlossen mit jeglicher Hoffnung auf eine günstige Wendung in diesem Leben, und da sie nach allem, was sie erlebt, an ein Leben im Jenseits nicht glauben können, so bleibt ihnen nichts übrig als stumpfe Resignation, was gleichbedeutend ist mit immer tiefer sinken ins moralische und physische Elend. „Alles selbst verschuldet“, erklärte uns im vorigen Jahre einer der Wärter, in dem Verwahrsein, eine tiefgründige Lebensweisheit ausgesprochen zu haben. „Alles selbst verschuldet“, damit tröstet man sich auch in weiten Volkskreisen, eine Phrase, mit der man auf billige und bequeme Weise das eigene und das soziale Gewissen beruhigt. Uebrigens wurden über die Umgangsformen und das Auftreten des Personals, insbesondere des Oberinspektors, gegenüber den Gästen der Wärmehalle vom Alexanderplatz verschiedentlich Klagen geäußert, und zwar von Leuten, deren Keuschen einen durchaus vertrauens-erweckenden Eindruck machte. Unter anderem sollte einigen Besuchern der Halle vom Alexanderplatz das Wesen von Zeitungen von dem Inspektor untersagt worden sein. Wir machten nun selbst die Probe aufs Exempel, um uns von dieser allerdings fast ungläublichen Maßregel durch eigenen Augenschein zu überzeugen und setzten uns längere Zeit, den „Vorwärts“ studierend, mitten mang die Obdachlosen. Jedoch ließen uns sowohl der Herr Inspektor als auch die übrigen Angestellten gänzlich unbeteiligt. Was uns aber auffiel, das war die Art, wie ein Wärter einen Mann hinausbugsierte, indem er ihn, im Genick fassend, unter Schütteln und Stoßen auf eine mehr als unsanfte Weise hinausbeförderte. Es war dies um so weniger angebracht, als die Ursache ein kleiner Wortwechsel war, wie er unter solchen Verhältnissen und an einem derartigen Orte erklärlich ist, andererseits wäre, unseres Erachtens, der Mann auch von selbst hinausgegangen, und der ganze Vorgang hätte somit vermieden werden können. Es ist selbstverständlich, daß besonders an einem solchen Orte, wo die verschiedenartigsten Elemente zusammenkommen, strenge Ordnung herrschen muß. Deshalb braucht man aber den Drogen nicht zu überspannen und kann in der Wahl der Mittel immer eine gewisse Ruhe und Bedacht walten lassen. Und nach dieser Richtung scheinen die Beschwerden nicht ganz unberechtigt zu sein.

Die Plakatstellung, die der Bildungsausschuß der Berliner Stichtographen, Steinbrüder und verwandten Verufe am 10. und 11. Januar im Saal III des Gewerkschaftshauses veranstaltet hatte, erfreute sich eines sehr starken Besuches. Sie demonstrierte anschau-



Nach den erzieherischen und geschmackbildenden Einfluß, den das künstlerische Plakat auf eine Zusammenstellung künstlerischer Plakate auf großen Plakattafeln auszuüben vermag. Die Gefahren, die der Plakattast und dem graphischen Gewerbe durch die geplante Anzeigenersteuer drohen, wurden durch Steuerberechnungen veranschaulicht, die auf kleinen, einigen Plakaten angehefteten Zetteln zu lesen waren. Besonders will man für ausgehängte Plakate je nach der Größe des Ortes, in dem sie ausgehängt werden, eine Steuer von 1, 2 und 3 Pfennigen für je tausend Quadratmeter erheben. Ein Plakat in der Größe 70 x 100 Zentimeter, d. h. also mit Flächenraum von 7000 Quadratcentimeter, würde demnach in Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern für jedes ausgehängte Exemplar, dessen Herstellungspreis vielleicht 15 Pf. beträgt, allein 7 x 3 = 21 Pf. Steuer kosten! Ein großes Plakat in der Größe von 130 x 200 Zentimeter oder mit einem Flächenraum von 26 000 Quadratcentimeter kostete dann pro Exemplar 26 x 3 = 78 Pf. Steuer. Wenn also von diesem Plakat nur 1000 Exemplare in Großstädten ausgehängt werden sollten, würden allein 780 M., d. h. mehr als die Herstellungskosten betragen, als Steuer zu entrichten sein. Die ganze Unvernunft und der volle, gewerbeschädigende Charakter dieser Steuer wurde durch die lehrreiche Ausstellung klar veranschaulicht.

Ein Gemeindefachlehrer, dem man's „nicht übernehmen darf“. In unseren Gemeindefachschulen kommt es nicht selten zu erregten Austritten zwischen Lehrpersonal und Eltern. Das Geschehen gewährt der Lehrerschaft einen erhöhten Schutz gegen Belästigungen: schon mander Vater und manche Mutter haben es hart haben müssen, daß sie einem Lehrer oder einer Lehrerin allzu deutlich ihre Meinung gesagt hatten. Wer einem Lehrer oder einer Lehrerin Anlaß gibt, sich beleidigt zu fühlen, wird nur zu rasch vor Gericht geschleppt und hat empfindliche Strafen zu gewärtigen. Nun müßten unseres Erachtens die Lehrpersonen aus dem besonderen Schutz, den das Gesetz ihnen gewährt, für sich auch eine besondere Pflicht herleiten, ihrerseits im Verkehr mit den Eltern möglichst alles zu vermeiden, was zu einer unfreundlichen Auseinandersetzung führen und die Eltern zu strafbaren Belästigungen verleiten könnte. Es scheint aber, daß das Gefühl einer solchen Pflicht leider nicht überall in der Lehrerschaft stark genug entwickelt ist. Immer wieder gelangen an uns Beschwerden und Klagen darüber, daß Lehrer oder Lehrerinnen gegenüber den Angehörigen ihrer Scholaren einen unangenehm wirkenden Ton anschlagen, der verletzend wirken muß und zu ähnlichen verletzenden Gegenäußerungen reizen kann.

Lehrerin wurde in der 244. Mädchen-Gemeindefachschule (am Leopoldplatz) von dem Herrn Rektor Köhne einer Frau H. eine derartige Szene bereitet. Frau H. kam zu ihm im Auftrage ihrer erkrankten Schwester Frau C., um für deren kranke Tochter eine Dispensierung vom Schulbesuch zu erwirken. Das Kind hatte bereits vier Monate hindurch in einer Lungenheilstätte gewohnt, war zu Neujahr nach Hause entlassen worden, wurde aber von den Anstaltsärzten als noch der Schonung bedürftig bezeichnet. Als Frau H. dem Rektor Köhne ihr Anliegen vortrug und auf Befragen antwortete, daß sie nicht die Mutter des Kindes sei, wozu der Herr Rektor erregt die Arme in die Höhe: „Na, so was! Hat die Frau nicht mal so viel Zeit, selber hierher zu kommen und das Kind zu entschuldigen!“ Frau H. antwortete, Frau C. sei plötzlich erkrankt, so daß man einen Arzt habe holen müssen. „Ist gut, ist gut!“ beendete der Rektor kurz angebunden die Unterredung. Da Frau H. nicht sofort erkannte, was er damit sagen wollte, so blieb sie unschlüssig vor ihm stehen. „Machen Sie doch, daß Sie rauskommen!“ rief ihr der Rektor zu. Frau H. wollte jetzt gehen, aber sie wandte sich noch einmal um und fragte, ob denn nun der Herr Rektor das Kind dispensieren werde oder ob sie zu diesem Zwecke einen Schularzt aufsuchen solle. „Es ist gut“, wiederholte der Rektor in grobem Tone, „die Sache ist erledigt, das Kind ist bis Ostern dispensiert.“ Nummehr erkrankte sich Frau H. mit den Worten: „So was ist mir ja bisher noch nicht passiert.“ Da lief ihr der Herr Rektor nach und schrie hinterher: „Wenn Sie nicht bald machen, daß Sie gehen, dann lasse ich Sie durch den Schuldiener wegbringen.“ Ehe Frau H. das Schulhaus verließ, befragte sie sich über diese Behandlung noch bei einer Lehrerin. Von ihr bekam sie die tröstende Antwort, sie solle es dem Herrn Rektor Köhne nicht übernehmen, der sei sehr nervös. Am anderen Tage lief bei Frau C. eine Postkarte ein, durch die der Herr Rektor die Dispensierung bestätigte. Der Schluß seiner Zuschrift lautete: „Aber schicken Sie mir, bitte, nicht wieder irgendeine mir unbekannt Frau.“ Dieser Satz klingt fast wie eine Entschuldigung des Herrn Rektors, dem wohl inzwischen klar geworden war, daß er am Tage vorher die nötige Besonnenheit hatte vermissen lassen.

Vielleicht hat die Lehrerin recht, die von ihm sagte, man dürfe es ihm nicht übernehmen. Sollte er tatsächlich „sehr nervös“ sein, so läge darin allerdings eine gewisse Entschuldigung, aber nur für ihn, nicht für die Schulverwaltung. Daß ein Rektor nervös ist — nervöser, als sich mit seinem Amte verträgt —, das kann doch den zu seiner Beaufichtigung bestellten Instanzen nicht lange verborgen bleiben. Einen solchen Rektor sollte man, wenn nicht schon in seinem eigenen Interesse, so doch im Interesse der Schule schleunigst beurlauben, damit er sich auskurieren kann. Nervöse Lehrpersonen können der Schule keinen Segen bringen und sollten schon deshalb genötigt werden, sich einer Kur zu unterziehen. Sie bilden auch eine Gefahr für die Eltern, die mit ihnen verhandeln müssen, wobei es dann nur zu leicht zu Zusammenstößen kommt. In dem vorliegenden Falle handelt es sich nicht um Vater oder Mutter, sondern um die Tante einer Schülerin, aber auf die betreffende Familie hat die Manier des Herrn Rektors deshalb nicht weniger verstimmend gewirkt. Solche Austritte sind wahrlich nicht geeignet, die Beziehungen zwischen Schule und Haus freundlicher zu gestalten. Rektor Köhne hat es nur der Besonnenheit der Frau H. zu danken, daß hier nicht, wie man zu sagen pflegt, „auf einen groben Klotz ein grober Keil“ gesetzt wurde. Wäre das geschehen, so wäre freilich das Ende vom Liede wohl wieder mal eine Belästigungsklage gewesen, die der durch den Rektor gereizten Frau noch eine Strafe eingetragen hätte.

### Werde ich Soldat?

Diese Frage beschäftigt wohl zurzeit Tausende von jungen Militärpflichtigen. Hier hofft einer wegen Kurzsichtigkeit frei zu kommen, ein anderer, weil er eine schwache Brust hat, dieser wegen Herzklappen, jener weil er schielt oder gar krumme Beine hat. Aus den folgenden Zeilen sollen nun die Militärpflichtigen einen Überblick gewinnen, welche körperlichen Fehler die Fähigkeit zum Dienst mit Waffe nicht ausschließen. — Vorausgesetzt sei noch, daß das geringste Maß der Körpergröße, soweit die Infanterie und der Ersatzdienst in Betracht kommen, 1,54 Meter beträgt und daß der Brustumfang in der Regel die Hälfte der Körperlänge betragen soll.

1. Allgemeine Fehler: Gutartige Hautausschläge, kleine Geschwüre, danach zurückgebliebene Narben, kleine gutartige Geschwülste oder Knochenabschübe, gut geheilte Knochenbrüche.
2. Auge: Geringes Schielen, Hornhautleide, Herabziehung der Sehschärfe, solange sie aus dem besseren Auge mehr als  $\frac{1}{3}$  beträgt, Kurzsichtigkeit, ausgleichbar durch Hohlgläser bis 8,5 Dioptrien, solange die Sehschärfe aus dem besseren Auge mehr als  $\frac{1}{3}$  beträgt, Farbenblindheit.
3. Ohr: Geringe Schwerhörigkeit auf einem Ohre, die eine Hörweite von 4 Meter abwärts bis höchstens 1 Meter umfaßt.
4. Nase: Verengerung der Nasenhöhle ohne wesentliche Störung der Atmung.
5. Mund: Schlechte Zähne, geringes Stämmeln, nicht auffallende, anderweitig fehlerhafte Sprache.
6. Hals- und Wirbelsäule: Leichter Kropf, der bei geringem Druck keine Atembeschwerden verursacht, in beseitigtem Zustande nicht auffallende Schiefheit des Halses, Erhöhung einer Schulter oder Hüfte, geringe Abweichung der Wirbelsäule.

7. Brust: Unregelmäßig gebaute Brust (z. B. Hühnerbrust) bei sonst kräftigem Brustkorb.

8. Unterleib: Die als Bruchanlage bezeichnete bloße Erweiterung des äußeren Leisteninges oder Hervorwölbung der verdünnten Bauchwand in der Gegend des Leisteninges bei Hustenstößen.

9. Obere Gliedmaßen: Verunstaltungen des Schlüsselbeins, die das Tragen von Truppen, machen untauglich für Truppen, die einen Tornister tragen; Verlust eines Gliedes an einem Finger bei voller Gebrauchsfähigkeit der Hand, Verküppelung der Fingerglieder mit erhaltener Beweglichkeit, Krümmung der kleinen Finger im zweiten und dritten Gelenk bei vorhandener Beweglichkeit des Fingers im ersten Gelenk.

10. Untere Gliedmaßen: Geringe X- oder O-Beine, geringe Erweiterung der Blutadern an den Venen, unangegebener Plattfuß, sogen. Breit- oder Hohlfuß, stark gekrümmte oder sich zum Teil deckende Zehen, gestatten meist nicht den Dienst zu Fuß, Verlust einer Zehe oder eines Zehengliedes (ausgenommen die große Zehe), Verwachsung einzelner Zehen miteinander, Ueberzahl einer durch ihre Stellung nicht hinderlichen Zehe.

### Revolverjournalisten.

Kann man sich neben den Zubehörlern, die aus der Schande der Prostitution Vorteile ziehen, eine verächtlichere Menschenorte denken als die Revolverjournalisten, die die Kenntnis der persönlichsten und privatesten Angelegenheiten ihrer Nebenmenschen dazu benutzen, sie öffentlich zu verwerfen und so für sich Geld herauszuschlagen wollen? Wohl kaum!

Der Revolverjournalist will Geld verdienen, viel Geld. Um zu diesem Ziele zu kommen, ist ihm jedes Mittel recht und sei es das verwerflichste. Skrupel kennt er nicht. Er läßt sich zu allem gebrauchen, wenn es ihm nur recht viel einbringt. Er zerrt die privatesten Angelegenheiten auf den öffentlichen Markt, nur um Geld zu machen, kurz, er ist für alles feil. Gibt ihm jemand viel Geld, unterläßt er das auch.

Solche ekelhafte Kreaturen können nur ihr Wesen treiben durch die Existenz einer Presse, die diesem Treiben dient. Und leider gibt es derartige Pressezeugnisse, die die Revolverjournalistik zum Geschäft erhoben haben; auch Berlin verfügt über solche Blätter. Schweres Unheil ist durch dieses Pressevergnügen schon angerichtet worden und wird noch angerichtet.

Gestern wurde ein derartiger Journalist verhaftet, der es auf einen hiesigen Aristokraten abgesehen hatte. Eine Frau Schumardi, in Schöneberg wohnhaft, erschien vorgestern am Telephon, um den Genannten, einen schlesischen Magnaten, um eine Unterredung zu ersuchen, es handle sich um eine Prehangelegenheit. Frau Sch. wurde in die Wohnung des „hohen Herrn“, eines Grafen F., dessen Gattin bürgerlicher Herkunft ist, bestellt. Sie teilte mit, einer ihrer Freunde, ein Redakteur, der zu allen großen Blättern Beziehungen habe, bestie über ihn und seine Gattin eine Fülle von Material, dessen Veröffentlichung ihm sehr peinlich sein würde. Der Freund wäre aber bereit, die Artikel nicht zu schreiben, wenn... na, wenn er entsprechend entschädigt würde. Es fand noch eine zweite Unterredung statt, die von Kriminalbeamten beaufsichtigt wurde, bei welcher der eventuell zu veröffentlichende oder zu unterdrückende Artikel zur Stelle war. 1000 Mark sollte die Summe betragen, für welche die Nichtveröffentlichung feil war. Das Ende vom Liede war die Verhaftung der Frau Sch., die im Verlaufe ihres Verhörs als den eigentlichen Spiritus rector den Redakteur Dahfel, Kulinstraße 4, angab.

Auch Dahfel wurde verhaftet. Wie sich herausstellte, hatte Dahfel tatsächlich zu Blättern Beziehungen, die ihre Spalten derartigen persönlichen Invektiven und Sensationen öffnen. Er war Mitarbeiter der „Wahrheit“. Die Redaktion der „Wahrheit“ (Wilhelm Bruhn) hält es für nötig, der Presse mitzuteilen, daß Herr Dahfel nicht Redakteur der „Wahrheit“, wohl aber Mitarbeiter der „Wahrheit“ ist. Will die „Wahrheit“ durch diese Mitteilung von Herrn Dahfel besonders abblenden? Warum auf einmal so zimperlich, wo man sich doch sonst in dieser Redaktion keine besonderen Skrupel in der Verwertung privater Angelegenheiten in der Öffentlichkeit macht und Existenzen, wie Dahfel eine ist, den Boden bereiten läßt?

Im übrigen teilt die „Tägliche Rundschau“ mit, daß Herr Dahfel früher Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung“ gewesen sei. War das zu Ihrer Zeit, Herr Bruhn?

Vom städtischen Rettungswesen. Die Magistratskommission für die Reorganisation des Berliner Rettungswesens hat am Mittwoch unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reide ihre Beratungen beendet und wird nunmehr das Ergebnis derselben dem Magistrat in der nächsten Sitzung unterbreiten.

Zu dieser endlichen Beschleunigung hat wohl der sozialdemokratische Antrag, der heute in der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung steht, nicht zuletzt mit beigetragen.

Wegen der polizeilichen Verfügung über das Verbot, in den städtischen Markthallen künstliche mit Draht gebundene Kränze und andere Waren ferner selbsterhalten, wozu bereits berichtet, ist gestern früh eine Deputation beim Oberbürgermeister Kirchner vorstellig geworden. Die aus Markthallenstandinhabern bestehende Kommission hofft auf tatkräftige Unterstützung in der die Interessen der Stadt und der gesamten Bürgerchaft aus schwerster bedrückender Sache.

Zu dem schweren Betriebsunfall im Eispaß, über den wir gestern berichteten, wird uns mitgeteilt, daß der Maschinenist Albert Wittmann, der in ein Kettengeräte geraten war, gestern im Krankenhaus verstorben ist.

Durch die Heißegegenwart der Schauspieler und der anwesenden Feuerwache ist Dienstagabend im Neuen Operetten-Theater am Schiffbauerdamm 25 eine Panik verübt worden. Während der Vorstellung der „Dollarsprinzessin“ entstand im Regulatorraum im letzten Akt durch Herabfallen eines Drahtschußbolzes auf einen Nebelanschalter kurzlich zwischen dessen beiden Polen unter starker Flamme- und Funkenbildung. Etwa 10 Minuten sprühten die Funken auf die Wände und in den Aulienraum. Die Feuerwache besetzte bald eine etwaige Gefahr. Die Schauspieler bewachten in dieser kritischen Situation ihre volle Ruhe und spielten weiter. Dies beruhigte das Publikum. Nur einzelne im Vorfeld verließen das Theater. Als dann der Drahtschußbolz entfernt war, fiel etwas später ein kleines Metallplättchen, das am Schaltapparat befestigt war, auf zwei Nebelanschalter, wodurch ein zweiter Kurzschluß verursacht wurde. Aus diesem blieb das Publikum ruhig.

Eine traurige Aufführung hat das Verschwinden des 24-jährigen Dienstmädchens Marie Kühnhold aus der Joachimsthaler Straße 13 gefunden. Vor einigen Tagen entfernte sich die K. von ihrer Herrschaft und blieb seitdem spurlos verschwunden. Gestern wurde die Vermisste als Leiche aus dem Landwehrkanal gefischt. Zweifellos liegt Selbstmord vor. Die Gründe, die das lebenslustige junge Mädchen in den Tod getrieben haben, sind unbekannt.

Die Verschärfung der beiden am hiesigen Orte bestehenden Konsumorganisationen wurde von Mitgliedern und Angestellten am Sonntagabend, den 9. Januar, durch eine besondere „Hochzeitsfeier“ in „Kellers Festhallen“ begangen. Es war eine regelrechte Hochzeit infanterisch worden. Sie unterschied sich von einer kirchlichen allerdings dadurch, daß angesichts des Weillischen und des Brautpaares nicht Kirchenlieder, sondern „Wir winden Dir den Jungfernkranz“ gesungen wurde. Der Festabend, der um 9 Uhr begann und durch allerlei Volksbelustigungen und besonders durch Vorträge des „Berliner Ill-Trios“ amüsant gestaltet wurde, endete gegen  $\frac{1}{2}$  12 Uhr.

Dann wurde gerüstet zum Einzuge des Hochzeitspaares. Nachdem der Prolog, der kurz die Berliner Genossenschaftsbewegung zeichnete, gesprochen, eröffneten sich die Saalräume und herein lagte im „Auto“ das Paar. Ein Vertreter der Genossenschaft, Sie, die Vertreterin des Konsumvereins, begleitet von ihren in wilder Ehe gezeugten Kindern, den 40 Verkaufsstellen. Das Lied: „Wir winden Dir“, gesungen von den 40 Kindern und eine kernige Ansprache des Hochzeitsvaters beschloß die eigentliche Feier. Dann blieb man noch im festlich geschmückten Saale, obwohl bei dringender Stelle, in echter Hochzeitsstimmung bis zum frühen Morgen beim Tanz beisammen.

Der eingegangene „Genossenschaftsplaner“ war in einer Extra-Nachausgabe nochmals herausgekommen, um mit einigen faden Wigen zur „Verhönerung“ des Festes beizutragen.

Wir wollen hoffen, daß es nun kräftiger vorwärts geht und die Genossenschaftsbewegung von den Berliner Arbeitern die Förderung erfährt, die sie verdient.

Feuerwehrrichtungen. Am Dienstagabend kam in einer Werkstatt auf dem Hofe Zimmerstraße 92/93 Feuer aus. Ein Automobil brannte dort. Dem 17. Zuge gelang es, die Flammen schnell zu löschen. Der 1. Zug hatte in der Blüchlingsstraße 11 zu tun, wo die Frau Götz Brandwunden ersten Grades im Gesicht und Schnittwunden durch Glasplitter an beiden Armen bei der Explosion einer Lampe erlitten hatte. Die Verletzungen wurden durch Samariter verbunden. In einem Fabrikraum Krausenstr. 33 brannte der Fußboden und in einer Werkstatt Luisenstr. 18 das Zwischengeßel. Am Friedrichsgraben 18 mußte ein Kellerbrand gelöscht werden. Ferner hatte die Feuerwehr in der Jagelbergstraße, Gerichstraße 58, Rigaer Straße 68, Danziger Straße 63a und in der Schinkstr. 22 in Rigdorf zu tun. In der Jagelberger Straße 53 mußte die Feuerwehr einen großen Kellerbrand löschen und mit 2 Schlauchleitungen längere Zeit Wasser geben.

## Vorort-Nachrichten.

### Lichtenberg.

Die Stadtverordneten traten am Dienstag zu ihrer ersten Tagung im zweiten Geschäftsjahre zusammen. Der Stadtverordneter Gedachte in einem kurzen Rückblick der Geschäfte des ersten Jahres städtischer Verwaltung und gab der Meinung Ausdruck, daß sich niemand nach den früheren Verhältnissen zurücksehne. Von der Tätigkeit der Stadtverordneten sei hier erwähnt, daß diese 20 Vollstimmungen und zahlreiche Deputations- und Kommissionsstimmungen zur Erledigung ihrer Geschäfte bedürften. — Die Wahlen des Vorsitzers, seines Stellvertreters, zweier Beisitzer und deren Stellvertreter, eines Schriftführers und Stellvertreters ergab die Wiederwahl der bisherigen Mandatsinhaber. Der Vorsitzende, Herr Bankdirektor Bloß, wurde mit 30 von 45 und sein Vertreter, Herr Kaufmann Dieck, mit 30 von 47 abgegebenen Stimmen gewählt.

Der aus 9 Mitgliedern bestehende Wahlschauschuß verblieb in seiner alten Zusammensetzung, nur tritt an Stelle des Stadtverordneten Dr. Volzger der Stadtv. Moldner. Unsere Genossen Brühl, Düwelle und Grauer gehören dem Ausschuss an, während die Genossen Spiedermann und Seidel dem Bureau der Stadtverordneten als Beisitzer bezw. Stellvertreter verbleiben sind. Die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation der Stadtv. Abraham und Genossen über Vergebung von Bauarbeiten bei dem Neubau des Elektrizitätswerks der Stadt wurde auf Antrag des Genossen Grauer von der Tagesordnung abgesetzt, da das vom Magistrat zugesagte Material noch nicht in den Händen der Stadtverordneten ist. — Der Magistrat ersuchte um die Nachbewilligung von 900 M. für den Titel Unterhaltung der Schulgebäude usw. Die Versammlung trat der Vorlage bei. An den Rechnungsausschuß bezw. die Vorlagen des Magistrats auf nachträgliche Bewilligung von 4507,87 M. für Auffüllung einer Choleraabzage auf dem Grundstück des Armenhauses, ferner die Nachbewilligung einer Kostenüberschreitung um 45 933,91 M. bei dem Bau der Gemeindefachschule in der Schatzweberstraße, dessen Gesamtkosten auf 990 933,91 M. veranschlagt waren. In der lebhaften Debatte über diese beiden Vorlagen wurde zur Begründung vom Magistrat angeführt, daß bei der Choleraabzage Gefahr im Verzuge gemessen sei. Wenn die Bewilligung erst jetzt, nach einem halben Jahre, nachgeschickt würde, so trügen die Lieferanten die Schuld, weil die Abrechnungen erst jetzt zustande gekommen seien, auch sei bei dem Neubau der Schule das Gemeindefachamt ohne verantwortlichen Leiter gewesen, Kostenanschlag und Projekt sind von einem Privatarchitekten geliefert worden. Unsere Genossen Düwelle und Grauer ließen durch ihre Ausführungen beim Magistrat keinen Zweifel darüber aufkommen, daß in Zukunft die Nichtachtung der Stadtverordnetenversammlung und deren Budgetrecht wirksam hinterhand gehalten werden sollen. Auch die Bürgerlichen machten einige Bemerkungen, die darauf schließen lassen, daß im Ausschuss „deutlich“ geredet werden soll. — Eine Vorlage über Ergänzung bezw. Abänderung des Eingemeindungsvortrages wurde einer Kommission überwiesen. Auch die Vorlage über die Erbauung eines Schulgebäudes für die höhere Mädchenschule geht an die Baukommission zurück. — Für das Vermessungsamt und zur Beförderung der Beschaffung besserer Kartenmaterials wurden auf Antrag des Magistrats drei Beamtenstellen neu geschaffen. — Die Kosten der Umpflasterung des Weihenfer Weges wurden mit 33 350,48 M. festgesetzt und bewilligt. In geheimer Sitzung wurde beschlossen, zur Vorbearbeitung der 127 Offerten, die für die ausgeschriebene Stadtsaurgasstelle eingegangen sind, eine Kommission einzusetzen, deren Wahl in der nächsten Versammlung erfolgen soll. — Ein Antrag Abraham und Genossen (Soz.) ersucht die Stadtverordnetenversammlung, sich an der Arbeitslosenzählung, die von Berlin für den 16. Februar geplant ist, zu beteiligen und fordert vom Magistrat die Bereitstellung der Mittel. Der Antrag wünscht, daß die Zählung nach dem Hauslistenystem vorgenommen werde. Ein weiterer Antrag unserer Genossen ersucht die Versammlung um die Einsetzung einer Kommission, die die Frage der Arbeitslosenfürsorge prüfen und geeignete Vorschläge der Stadtverordnetenversammlung machen soll. Der Genosse Brühl begründete im Auftrage der Fraktion beide Anträge. In recht wirksamer Weise und mit reichlichem Material versehen führte der Redner den Hören den ganzen Zimmer vor Augen, der sich infolge der Arbeitslosigkeit dardul. Der Redner sagte aber auch der Majorität, daß in der Arbeitslosenfürsorge bisher leider Lichtenberg noch recht wenig oder gar nichts getan habe. Ja nicht einmal habe es der Magistrat von Lichtenberg für notwendig erachtet, bei der Konferenz, die unter dem Vorsitz des Direktors des Statistischen Amtes der Stadt Berlin sich mit der Frage der Arbeitslosenzählung beschäftigte, durch ein Magistratsmitglied vertreten zu lassen. Ein Bureaubeamter sei der Vertreter der Stadt Lichtenberg gewesen. Der Magistrat habe auch nicht einmal zu verhindern gewußt, den in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeitern den Zimmer der Arbeitslosigkeit zu ersparen. In den letzten Monaten seien mehr als 100 städtische Arbeiter der Stadt, möglichst große Ueberschüsse aus den städtischen Werken zu erzielen, durch Entlassung aus den Betrieben wegen angeblichen Arbeitsmangels zum Opfer gefallen. Der Redner begründete das Schlimme der Hauslistenzählung in besonderen damit, daß ersichtlich mehr als 1000 Arbeitslose, wie bei der Redzählung im November gezählt sind, vorhanden sind, und daß der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung dann erkennen würden, daß unmöglich, wie bisher, die Arbeitslosenfürsorge als Nebenbesatz behandelt werden könne. Als Redner der bürgerlichen Majorität waren es die Herren Rechtsanwalt Schachtel und Sanitätsrat Dr. Wolf, die bestritten, daß eine Verpflichtung dieser Fürsorge in bezug auf die Arbeitslosen bestünde. Sanitätsrat Dr. Wolf im besonderen betonte, daß es eigentlich Uebertreibung sei, wenn man heute noch von der Möglichkeit des Hungertypus rede. Der Verdienst der Arbeiterchaft habe sich gegen früher, wo ein Typus infolge Unterernährung, nicht aber ein Hungertypus, zu verzeichnen gewesen sei, so wesentlich gebessert, daß ihm in seiner



langen Praxis als Arzt ein Fall von Hungerthub nie begegnet sei. Herr Schachtel brachte das sozialpolitische Verzeichnis der bürgerlichen Mehrheit in folgendem Satz zum Ausdruck: „Meine Herren! Sie werden durch die sich immer wiederholenden Anzeigen in bezug auf die Arbeitslosenfürsorge, bei der mehr oder weniger durch das Fenster hinausgesprochen wird, nur das eine erreichen, daß wir, die Majorität, Sie in Zukunft über die Dinge ruhig reden lassen, daß wir aber in unseren Beschlüssen durch Ihre Reden nach keiner Richtung hin beeinflusst werden.“ Die Genossen Brühl, Düwel und Grauer würdigten die Haltung der Majorität in ihrer ganzen Tragweite. Grauer führte im besonderen der Majorität vor Augen, daß sie in ihrer Vernachlässigung der Arbeitslosenfürsorge nicht anderes tue, als ihrem Klasseninstinkt Rechnung zu tragen, daß sie den besten und edelsten Bürgern der Stadt, den Arbeitern, die auf Grund der heutigen anarchischen Produktionsweise dem Elend überantwortet sind, nichts weiter zu bieten habe als den Rat: Geht betteln! Nach langer, stellenweise recht erregter Debatte, wurde der Antrag auf Anteilnahme an der Arbeitslosenzählung durch Hauslistenystem in namentlicher Abstimmung mit 27 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag auf Einsetzung einer Kommission aus 9 Mitgliedern, die die Arbeitslosenfürsorge in die Reihe ihrer Betrachtungen zu ziehen habe, wurde mit 25 gegen 20 Stimmen angenommen. Genosse Düwel nahm noch Gelegenheit, das frohe Lächeln, das sich bei dieser so hochernsten Auseinandersetzung der Direktor der städtischen Werke, Herr Tschö, und der Herr Stadtrat Wiedmann nicht zu verbergen wußten, in recht erster Weise einer Kritik zu unterziehen, und auch diese Art der Anteilnahme an dem Geschick der Arbeitslosen dem Forum der Öffentlichkeit zur Beurteilung zu unterbreiten. Nach Schluß der Sitzung eilte die bürgerliche Majorität zu dem im „Schwarzen Adler“ arrangierten Festessen à la carte 3 R. ohne Zwang, das als Abschiedsfeier für den aus dem Gemeindedienst scheidenden Stadtbaurat Knipping veranstaltet war.

Was muß die Stadtverwaltung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tun? Diese Frage wird in einer heute, Donnerstag, abends 8 Uhr im „Kronprinzengarten“, Frankfurter Chaussee 128, von der Gewerkschaftskommission, dem Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einberufenen öffentlichen Protestversammlung behandelt werden. Referent ist Stadtverordneter Genosse Dr. H. L. Desgleichen wird über Massenentlassung auf den städtischen Werken gesprochen werden. In Anbetracht der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit wird ersucht, regt für den Besuch der Versammlung zu agitieren.

### Nigdorf.

Den Wahlrechtsstreit der bürgerlichen Mehrheit hat ein humoristisch veranlagter Parteigenosse in launiger Weise illustriert und im Lokal von Hoppe aufgestellt. Die erste Zeichnung, ein Kesselfisch, soll, wie die Inschrift, die eine Porobie auf die bekannte Kamelinschrift darstellt, andeutet, zur Ausschmückung unserer entweichten neuen Stadtverordneten-Sitzungsäle dienen. Die zweite Zeichnung zeigt einen Wahlrechtsstreiter an der Himmelstür, den aber Petrus abweist — weil zu „rohlig“.

Eine zahlreich besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter tagte am Dienstag im großen Saale von Thiel, Vergstraße. Dieselbe beschäftigte sich mit der Ablehnung der Anträge der Arbeiter zum Etat durch den Magistrat. Hierzu referierte Polenske. Er führte aus, daß die ohne jegliche Begründung erfolgte Ablehnung die größte Erbitterung unter den Arbeitern hervorgerufen müsse, da zur gleichen Zeit, als der Magistrat die Ablehnung beschloß, den städtischen Beamten in Rücksicht auf die allgemeine Teuerung die Summe von 40 000 M. als Voranschlag auf eine Neuregelung der Gehälter bewilligt und diese Summe unter Zustimmung des Stadtverordnetenkollegiums bereits zur Auszahlung gelangt sei. Dies müsse mit zweierlei Maß sei der Verwaltung einer Arbeiterstadt wie Nigdorf unwürdig. Die Arbeiter werden die Ablehnung ihrer berechtigten und wohl begründeten Anträge nicht ruhig hinnehmen. Die Ablehnung unter den gegebenen Umständen müsse als Provokation der Arbeiter bezeichnet werden.

An der lebhaften Debatte beteiligten sich neben einer Anzahl städtischer Arbeiter, die sämtlich im Sinne des Referenten sprachen, noch die Genossen Kroschke, welcher namens des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins sprach und besonders die Entlassung von 15 Parkarbeitern brandmarkte, und Stadtverordneter Bagels.

### Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 12. Januar 1909 im großen Saale von Thiel, Vergstraße 151/152, zahlreich versammelten Arbeiter aller städtischen Betriebe erheben entschiedenen Protest gegen die Ablehnung ihrer Anträge auf Einführung der acht bzw. neunstündigen Arbeitszeit und Regelung der Löhne durch den Magistrat. Die Versammelten sind über diese Ablehnung um so mehr empört, als die Gründe, welche für ihre bescheidenen Forderungen maßgebend waren, von Magistrat und Stadtverordnetenkollegium dadurch — und mit Recht — anerkannt wurden, daß die städtischen Beamten in Rücksicht auf die immer schwieriger werdenden Existenzbedingungen, Vorstufte auf die in Kürze stattfindenden Gehaltsaufbesserungen erhielten. Unter der gleichen wirtschaftlichen Notlage leiden in noch erheblicherem Maße die schlecht entlohnten städtischen Arbeiter mit ihren Familien; es erheben die Versammelten daher energischen Protest gegen die durch nichts zu rechtfertigende abweichende Behandlung bzw. Nichtachtung der Arbeiterwünsche.“

In der Erwägung, daß die Lebenslage der städtischen Arbeiter durch die dauernde Teuerung der Existenzmittel eine unhaltbare ist und eine Lohnaufbesserung unumgänglich nötig macht, halten die Versammelten an den aufgestellten Anträgen unbedingt fest, und beauftragen die Sektionsleitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, unverzüglich die Anträge erneut dem Magistrat und der sozialdemokratischen Fraktion zu übermitteln.“

Nachdem beschäftigt sich die Versammlung noch mit der Verschleppung der Arbeiterauswahlwahlen in der Tiefbauverwaltung. Die Debatte über diesen Punkt endete mit der Annahme folgender Resolution:

„Die am 12. Januar 1909 bei Thiel, Vergstraße 151/152, versammelten städtischen Arbeiter bedauern lebhaft, daß dem § 43 der Allgemeinen Arbeitsordnung, betreffend Bildung und Wahl von Arbeiterausschüssen, in einer Anzahl städtischer Betriebe noch nicht Rechnung getragen werde.“

Desgleichen, daß ihren Anträgen vom Juni 1908 auf Einberufung einer Sitzung des „Gemeinsamen Arbeiterausschusses“ bisher nicht Folge gegeben wurde. (§ 44 der Arbeitsordnung.) Die Versammelten protestieren ganz entschieden gegen diese Verschleppung und erwarten, daß der Magistrat die Durchführung der Bestimmungen der Allgemeinen Arbeitsordnung baldigt veranlaßt.

Sie beauftragen das Bureau der Versammlung, diese Resolution dem Magistrat zu überreichen.“

Ward oder Selbstmordversuch. Ein Vorkauf, der noch der Aufklärung bedarf, wird und vom Könnischen Hof gemeldet. Vor dem Grundstück Nr. 24 bemerkten Passanten in der sechsten Abendstunde im Schiffsfahrkanal eine weibliche Person, die vergeblich verjagt, sich an der Oberfläche zu halten. Es wurde sofort ein Rettungsboot flott gemacht und nach der betreffenden Stelle gerudert. Noch im letzten Augenblick konnte die dem Tode des Ertrinkens preisgegebene Person ergriffen und aus dem Wasser herausgeholt werden. Die Unbekannte hatte bereits das Bewußtsein verloren. Es handelt sich um ein etwa 20 Jahre altes Mädchen. Die Fremde wurde in einer Drofskule nach dem städtischen Krankenhaus in der Cammerstraße gebracht, wo sie auf kurze Zeit die Besinnung wieder erlangte. Sie konnte angeben, daß sie nicht in selbstmörderischer Absicht in den Kanal gesprungen sei, sondern andere Personen hätten sie gewaltsam ins Wasser gestoßen, um sie auf diese Weise ums Leben zu bringen. Die Täter seien dann fortgelaufen und hätten sie ihrem Schicksal überlassen. Ihren Namen vermochte sie nicht mehr anzugeben.

### Charlottenburg.

Das Ergebnis der Arbeitslosenzählung vom 17. November vorigen Jahres liegt für Charlottenburg in fertiger Verarbeitung durch das Statistische Amt der Stadt jetzt vor. Die Aufrechnung ist ziemlich umfangreich und sie gewährt — soweit das bei der Föhlung gestellten Fragen ermögliehen — einen recht interessanten Einblick in die Art der Arbeitslosigkeit, ihrer Ausdehnung auf die einzelnen Berufe und zum Teil auch in die persönlichen Verhältnisse der Arbeitslosen. Wir können uns nur darauf beschränken, aus dieser Verarbeitung das Wichtigste hervorzuhelien. Um die Uebersicht der Tabellen zu erleichtern und um die Art der Arbeitslosigkeit besser beurteilen zu können, sind die Arbeitslosen geteilt in gelernte Arbeiter, ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen. Für die gelernten Arbeiter sind 183 einzelne Berufe angeführt, die ungelerneten Arbeiter sind über 78 besondere Tätigkeitsfächer verteilt, und von den Arbeiterinnen kommen 18 Berufe für gelernte Arbeiterinnen und 12 für ungelernete Arbeiterinnen in Betracht.

Insgesamt betrug die Ziffer der gemeldeten Arbeitslosen 1948. Das sind 0,7 Proz. der Gesamtbevölkerung Charlottenburgs im Oktober 1908. Von den 1948 gemeldeten Arbeitslosen waren 69 Arbeiterinnen, so daß 1879 männliche Arbeitslose bleiben, die 1,5 Proz. der männlichen Bevölkerung Charlottenburgs zum Beginn Oktober 1908 ausmachen. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen werden 1080 als gelernte und 868 als ungelernete Arbeiter resp. Arbeiterinnen bezeichnet. Es trifft also nicht zu, was allgemein behauptet wurde, daß der ungelernete Arbeiter stärker unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hat als der qualifizierte Arbeiter.

Den Hauptteil der Arbeitslosen stellen die Bauarbeiter. Die Verarbeitung des Statistischen Amtes führt dafür 22 einzelne Berufe an. Aber will man die Wirkungen der Arbeitslosigkeit im Baufach einigermaßen richtig abschätzen, dann müssen zu den Bauarbeitern auch die Bildhauer, Schlosser und Tapezierer gerechnet werden. Dann ergeben sich aber 635 arbeitslose gelernte Bauarbeiter und 303 ungelernete Bauarbeiter, zusammen 938 oder 53,1 Proz. der sämtlichen gemeldeten Arbeitslosen. — Daß es sich bei diesen Zahlen aber durchaus nicht um die saisonmäßige Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter handeln kann, beweist, daß bereits 638 von den arbeitslos gemeldeten Bauarbeitern vor dem 1. November arbeitslos waren.

Den Bauarbeitern folgen die Angehörigen der Metallindustrie. Da meldeten sich 342 Arbeitslose, gleich 18,2 Proz. der Gesamtzahl der Arbeitslosen. Dann wurden 111 arbeitslose Holzarbeiter und nur 34 arbeitslose Angehörige im Handelsgewerbe gezählt. Schon diese beiden Zahlen beweisen zur Genüge, daß diese Föhlung äußerst lüdenhaft gewesen sein muß.

Noch mehr aber sprechen für diese Unvollkommenheiten der Föhlung die ermittelten 69 weiblichen Arbeitslosen. Gelernte Arbeiterinnen wurden 42 gezählt. Darunter befinden sich jedoch 21 Ausübende hausdienstlicher Tätigkeit, so daß unter Außerachtlung einer arbeitslosen Lehrerin und einer beschäftigungslosen Hilfsarbeiterin in der Gemeindevverwaltung nur 19 sonst gewerblich beschäftigte arbeitslose Arbeiterinnen gezählt wurden. Daß diese Zahlen sehr weit von der Wirklichkeit abweichen, braucht wohl nicht noch bes näheren bewiesen zu werden.

Der Grund der Arbeitslosigkeit war in 1739 Fällen Arbeitsmangel, 31mal Frost und Kälte, 31 Mündigungen wurden gezählt, 6mal wurden Streitigkeiten angegeben, in 98 Fällen veranlaßten Krankheiten die Arbeitslosigkeit, 15 Personen waren seit ihrer Entlassung vom Militär noch beschäftigungslos, 12mal waren andere verschiedene Gründe angegeben, und in 17 Fällen fehlte die Angabe des Grundes der Arbeitslosigkeit.

Ueber die Dauer der Arbeitslosigkeit lassen sich nur wenige summarische Angaben machen. 1029 Arbeitslose waren unter vier Wochen ohne Beschäftigung, 673 Arbeiter hatten seit länger als vier Wochen keine Arbeit, über ein Vierteljahr wurden 151, über zwei Vierteljahre 37 und über drei Vierteljahre 23 Arbeiter arbeitslos gezählt.

Verheiratet waren von den gemeldeten Arbeitslosen 975 und ledig 919, die anderen waren getrennt, verwitwet oder geschieden. Von den arbeitslosen Familienvorständen, deren Zahl leider nicht angegeben ist, mußten insgesamt 1510 Kinder unter 16 Jahren versorgt werden.

Ein wesentlicher Mangel der dieser Föhlung anhaftete, war aber, ganz abgesehen von dem System und der Art der Föhlung, die Unterlassung der Frage nach der Zahl der Tage der Arbeitslosigkeit. Diese für die richtige Würdigung der Arbeitslosigkeit so ungemein wichtige Auskunft fehlt, sie ergibt sich auch nicht aus der Berechnung, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit von einer Woche zur anderen angegeben wurde. Fehlen aber die Tage der Arbeitslosigkeit, so ist auch eine auch nur annähernd zutreffende Schätzung der Einbuße der Arbeitslosen durch den entgangenen Arbeitsverdienst vollkommen ausgeschlossen. Aber erst an der Summe des ausgebliebenen Arbeitsverdienstes läßt sich der Grad der für den einzelnen und für die Gesamtheit aus der Arbeitslosigkeit sich ergebenden Folgen erkennen.

Doch alle diese Mängel der Föhlung können nicht verhindern, daß schon das vorliegende Resultat zeigt, wie dringend notwendig ein solches umfangreiches Eingreifen der städtischen Behörden gegen die weiteren Folgen der Arbeitslosigkeit ist. Wenn nur immer gezählt werden und doch nicht gesehen soll, dann kann man den Unwillen der Arbeitslosen gegen jede weitere amtliche Föhlung wohl verstehen.

### Röpenitz.

Der Entwurf zum Etat der Stadtgemeinde für 1909, welcher gegenwärtig öffentlich ausliegt, weist in Einnahme und Ausgabe 1 684 957 M. auf. Die Gemeindefteuern sollen 170 Proz. Zuschlag betragen. Hierin sind 37 Proz. Kreissteuern (198 000 M.) einbezogen. Von den übrigen Steuern sollen bringen: Gemeinde-Grundsteuer 241 000 M.; Gewerbesteuerzuschlag (250 bzw. 180 Proz.) 78 430 M.; Betriebssteuerzuschlag 4784 M.; Bürgerrechtsgeld 3800 M.; Umsatzsteuer 45 000 M.; Lustbarkeitssteuer 5500 M.; Biersteuer 24 000 M. Die allgemeine Verwaltung macht eine Ausgabe von 178 204,48 M. nötig, demgegenüber ist eine Einnahme von 11 662,02 M. zu verzeichnen. Bei der Polizeiverwaltung betrug die Einnahme 10 701 M., die Ausgabe 68 463 M.; Fortwverwaltung: Einnahme 55 538 M., Ausgabe 14 667 M. Die Schulverwaltung erfordert einen städtischen Zuschuß von 374 714,82 M. Die Krankenhäuserverwaltung hat eine Einnahme von 7010 M., eine Ausgabe von 18 818 M. Die Unterhaltung der Straßen und Brücken kostet 91 278 M. Dieser Ausgabe steht eine Einnahme von 8050 M. gegenüber. Aus den Kapitalen und Schulden sollen 521 382 M. einkommen, denen Ausgaben von 667 352 M. gegenüberstehen. Kanalisation und Wasserwerk benötigen 87 883 M. städtischen Zuschuß; das Elektrizitätswerk soll einen Ueberschuß von 100 000 M. bringen, die Einnahmen an Pacht aus Restaurationsgrundstücken belaufen sich auf 31 397 M.; im Vorjahr rund 29 000 M. An laufenden Ausgaben bei der Armenverwaltung sind 98 000 M. in Anrechnung gebracht; an einmaligen Unterstühtungen usw. sind außerdem noch 15 198 M. vorgezogen. Die Einnahme der Armenverwaltung selbst bringt 3350 M. Zur Unterhaltung der Anlagen sind 11 801 M. eingestellt. Die Straßenbeleuchtung kostet der Stadt 46 611 M.

### Friedrichshagen.

Der hiesige Arbeiterbildungsverein veranstaltet, wie bereits mitgeteilt wurde, einen dreitägigen Vortragzyklus mit Lichtbildern über das Thema „Vom Urter zum Menschen“. Die Vorträge finden Freitag, 15. Januar, 29. Januar, 12. Februar und 19. Februar in Verches Bürgerläden, Friedrichstr. 112 (Rundteil), statt. Als Vortragender wurde der Dozent für Biologie an der Freien Hochschule Berlin, Herr Dr. G. Waage, gewonnen. Teilnehmerkarten für den ganzen Zyklus sind zum Preise von 1 M. in Verches Bürgerläden, in den bekannten Bezirkslokalen und für Schöneiche und Umgegend bei Herrn Hans Rühle in Schöneiche zu haben.

Der erste am 15. Januar stattfindende Lichtbildvortrag wird „Die Entstehungsgeschichte der Erde“ behandeln. Die Titel der anderen Vorträge lauten: „Sind die Lebewesen geschaffen oder geworden?“ — „Welches sind die Ursachen und treibenden Kräfte der Entwicklung?“ — „Woher stammen die Menschen?“ — Die Beteiligung an jedem einzelnen Vortrage kostet 30 Pf.; Einzellkarten nur in Verches Bürgerläden und an der Abendkasse.

### Nieder-Schöneiche.

Zu der aufgeschuchten Generalversammlung des Wahlvereins erstattete nach Erledigung von zehn Aufnahmen der Vorsitzende Genosse Dehmel den Jahresbericht. Danach fanden 19 Vorstandssitzungen, 8 Mitgliederversammlungen, 4 Generalversammlungen und 5 öffentliche Versammlungen statt. Die Mitgliederzahl ist von 72 auf 100 gestiegen, darunter sind 16 weibliche. Der „Vorwärts“ wird in 170 Exemplaren gelesen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Paul Bengisch; 2. Vorsitzender: Paul Krabnitz; Kassierer: Voh; Schriftführer: Land; Weisger: Ramsperger; Revisoren: Katen, Brede und Schuffelhauer; Bibliothekar: Krone. In die Lokalkommission wurden Weischnur, Gronius und Friedrich, als Zeitungspediteur vom 1. Februar an Bengisch gewählt. Zu Delegierten der Kreisgeneralversammlung wurden Bengisch und Krabnitz und als Ertragmann Dehmel, für die Generalversammlung von Groß-Berlin Voh, Weid und Brede als Ertragmann gewählt. Unter Verschließens wurde vom Genossen Krabnitz die Vermehrung der Gemeindevetretung angeregt und beschlossen, sich zu diesem Zweck an die Gemeindevetretung zu wenden.

### Wilhelmsruh.

Zu der Ermiffion des taubstummen Ehepaars H. aus dem Hause Fontaneit. 32 ersucht und die Wirtin des Hauses mitzutellen, daß sie zu derselben hätte schreiben müssen, da die Rückstände des H. schen Ehepaars eine sehr erhebliche Höhe erreicht hätten und sie doch genötigt sei, auch ihren Verpflichtungen nachzukommen. Weiter teilt und Frau Wirtin mit, daß sie wiederholt von Mietern infultiert worden sei, insbesondere von der Frau H. Sie behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben, als sie gegen Frau H. und deren Sohn tätlich geworden sei; einen Gummiischlauch habe sie nicht bei sich gehabt.

Wir haben geglaubt, von dieser Erklärung Notiz nehmen zu sollen, um auch die angegriffene Seite zum Wort kommen zu lassen, verhehlen aber nicht, daß die Verlegungen, die Frau Wirtin der Frau H. beigebracht hat, nach dem ärztlichen Attest doch sehr erhebliche sind und darauf schließen lassen, daß Frau Wirtin in der Tat recht deutlich handgreiflich geworden sein muß.

### Bernau.

Das Unwetter, welches am Dienstag gegen Mittag über unsere Stadt zog und von einem heftigen Wirbelsturm begleitet war, hat hier und in der Umgegend erheblichen Schaden angerichtet. Besonders die Laubentolonen und freistehenden Häuser hatten unter dem enormen Sturm zu leiden. So wurde unter anderem von dem Renbau des Kreiskrankenhauses an der Ladeburger Chaussee, auf welchem Zimmerer mit dem Bau des Dachstuhls beschäftigt waren, ein Teil desselben mit solcher Gewalt von dem Sturm heruntergerissen, daß fast sämtliches Holz wie Glas zerbrach. Glücklicherweise hatten Maurer und Zimmerer den herannahenden Sturm bemerkt und sich in Sicherheit gebracht, so daß größeres Unheil dadurch verhindert wurde.

### Potsdam.

Zum Raubmord in Uehin — 1000 M. Besohnung. Wie die Staatsanwaltschaft am hiesigen Igl. Landgericht mitteilt, hat sie auf die Ermittlung des Uehiner Raubmordes eine Prämie von 1000 M. ausgesetzt. Demnach scheint man an maßgebender Stelle von der Schuld des verdächtigten 18 Jahre alten Amtsdiener Otto Schulz nicht abzurufen zu sein. Der Verdächtige wurde einem zweifelhafte Verhör unterzogen, in dessen Verlauf er von heftigen Krämpfen befallen wurde. Ein hier wohnender Bruder des Sch. hält den Otto Sch. der Tat nicht für fähig. Von einer Andeutung der sterbenden Mutter über die Person des Täters ist ihm ebenfalls nichts bekannt.

Infolge Mangels an Aufträgen hat auch der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Potsdam-Spandau-Osthavelland, der konservative Tischlermeister Pauli in Potsdam, in seiner Tischlerei die Hälfte seines Personals entlassen. Unter den Entlassenen befinden sich Weisler, die schon 17 Jahre bei P. beschäftigt waren. Den Junkern wäre eine Ausflüchtung ihres Fraktionsgenossen aus eigener Erfahrung über die Arbeitslosigkeit sehr zu empfehlen.

### Vermischtes.

Die Grubenkatastrophe in Westvirginia. Ueber die bereits in unserer gestrigen Nummer gemeldete Grubenkatastrophe wird weiter aus Blusfield (Westvirginia) berichtet: Es befindet sich, daß durch die Explosion auf der Lidbranch-Kohlenmine mindestens hundert Arbeiter ums Leben kamen. Zehn Leichen wurden bereits geborgen. Infolge schädlicher Gase ist es unmöglieh, in die Grube einzudringen.

Ueber das vorgestrichene Unwetter in Schleswig-Holstein wird noch aus Kiel gemeldet: Die durch das gestrige stürmische Wetter in Schleswig-Holstein verursachten Störungen des Telephonverkehrs sind zum Teil noch nicht behoben. Die direkte Verbindung mit Berlin, Hamburg und dem Norden ist noch unterbrochen.

### Eingegangene Druckschriften.

Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 81. — Schopenhauer von E. Hecht. Bd. 233. — Friedrich Heibel von H. Schapire. Neuzug. — Bd. 244. Byzantinische Charakterköpfe von R. Diederich. — Bd. 249 Das Wahlrecht von D. Voandgen. Einzelb. geh. 1 M., geb. 1,25 M. S. G. Teubner, Leipzig. Soziale Kultur. Von Prof. Dr. F. Olske und Dr. W. Hohn. 64 S. Volksvereins-Berlin, M. Bladbach. Süddeutsche Monatshefte. Heft 2. Herausgeber: P. A. Cohnmann. 1,50 M. Selbstverlag in München. Nord und Süd. Heft 382. Deutsche Monatschrift. Organ der neuen Kunstvereinigungen der Einosenhaft deutscher Schriftsteller usw. S. Schottländer, Breslau. Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft flau, Preise unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise befriedigend. Gelläge: Zufuhr nicht ausreichend, Geschäft flau, Preise wenig verändert. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Karpen ohne jede Nachfrage, Preis im allgemeinen wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säbfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise gedrückt.

### Witterungsübericht vom 13. Januar 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohd mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in C.	Stationen	Barometer hohd mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in C.
Stettin	750,3	SW	4	bettes	0	Kararanda	735,5	SH	geb 15
Damberg	754,3	SW	5	bedekt	1	Petersburg	740,5	SD	2
Berlin	755,3	3	bedekt	1	Schw	754,3	SW	4	
Frankfurt	759,5	1	bedekt	—	Aberdeen	747,5	SW	8	
München	761,5	2	Schnee	1	Paris	756,5	SD	3	
Wien	760,5	4	bettes	2					

Wetterprognose für Donnerstag, den 14. Januar 1909. Etwas wärmer, veränderlich, vorwiegend trübe mit Niederdrücken und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.



2. Ziehung 1. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. Januar 1909, vormittags. Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

1. Ziehung 1. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. Januar 1909, nachmittags. Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

2. Ziehung 1. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. Januar 1909, nachmittags. Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

3. Ziehung 1. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. Januar 1909, nachmittags. Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Verkäufe. 5,00 prachtvolle Betten, 9,00. 2,00 Bettdecken, zwei Deckbetten, zwei Kissen, weißlichgrün 18,00, große Feder 1,00, Damastbezüge, 15,00.

Gardinenhaus, Große Frankfurtstraße 9, Flureingang. 1613R. Kleinfach-Ausgaben, Vorhänge, Decken, Kleider, Schürzen, etc.

Geschäftsverkäufe. Gornitzkowsky & Co., Dranienstraße 149, Telefon: 4, 11 611, verkaufen alle Drucken, etc.

Möbel. Von den ganzen Möbelgeschäften und Speichern verkauft wohl feiner und billiger als sonst.

Musik. Violine, erste Violinstantenfirma, weit unter Wert, sofort verkäuflich.

Musik. Klavier, erste Violinstantenfirma, weit unter Wert, sofort verkäuflich.

Musik. Klavier, erste Violinstantenfirma, weit unter Wert, sofort verkäuflich.

Musik. Klavier, erste Violinstantenfirma, weit unter Wert, sofort verkäuflich.

Arbeitsmarkt. Stellenaussagen. Klavierbauer Sonnabends und Sonntag verlangt Restaurant Nord, etc.

Arbeitsmarkt. Stellenaussagen. Klavierbauer Sonnabends und Sonntag verlangt Restaurant Nord, etc.

Arbeitsmarkt. Stellenaussagen. Klavierbauer Sonnabends und Sonntag verlangt Restaurant Nord, etc.

Arbeitsmarkt. Stellenaussagen. Klavierbauer Sonnabends und Sonntag verlangt Restaurant Nord, etc.

Arbeitsmarkt. Stellenaussagen. Klavierbauer Sonnabends und Sonntag verlangt Restaurant Nord, etc.

Arbeitsmarkt. Stellenaussagen. Klavierbauer Sonnabends und Sonntag verlangt Restaurant Nord, etc.

Arbeitsmarkt. Stellenaussagen. Klavierbauer Sonnabends und Sonntag verlangt Restaurant Nord, etc.

Arbeitsmarkt. Stellenaussagen. Klavierbauer Sonnabends und Sonntag verlangt Restaurant Nord, etc.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“. Zentrum: Fritz Hofe, Baustr. 89, H. Bahlsch, Kugelftr. 50.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“. Zentrum: Fritz Hofe, Baustr. 89, H. Bahlsch, Kugelftr. 50.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“. Zentrum: Fritz Hofe, Baustr. 89, H. Bahlsch, Kugelftr. 50.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“. Zentrum: Fritz Hofe, Baustr. 89, H. Bahlsch, Kugelftr. 50.